

Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Manuskripte 43

Rosa-Luxemburg-Stiftung

# **Der Tod des Diktators.**

Hoffnungen und Enttäuschungen

Karl Dietz Verlag Berlin



Die Deutsche Bibliothek  
Der Tod des Diktators. Hoffnungen und Enttäuschungen /  
Rosa-Luxemburg-Stiftung.  
Berlin : Dietz, 2003  
(Manuskripte / Rosa-Luxemburg-Stiftung ; 43)  
ISBN 3-320-02940-1  
Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2002  
Umschlag: Heike Schmelter  
Druck und Verarbeitung: MediaService GmbH BärenDruck und Werbung  
Printed in Germany

## Inhalt

MICHAEL BRIE Der Tod des Diktators. Zum 50. Todestag von J. Stalin	7
WLADISLAW HEDELER Der Tod des Diktators	10
KARL-HEINZ GRÄFE Stalins Tod und der Neue Kurs in Osteuropa	16
SIEGFRIED PROKOP Intellektuelle im Jahr 1953. Reaktionen auf Stalins Tod	32
JÖRG ROESLER Nach dem Tod des Diktators. Veränderungen der Wirtschaftspolitik und des Wirtschaftsmechanismus in der DDR	41
STEFAN BOLLINGER Die endlose Entstalinisierungskrise. Neue Kurse, neue Wege und alte Modelle	48
FRED S. OLDENBURG J. W. Stalin als Persönlichkeit und politischer Führer	58
ANGELIKA KLEIN Aufbruch und Resignation. Forderungen am 17. Juni 1953 zwischen Gewalt und Egalitären und libertären Sozialismusvorstellungen	81
THOMAS SCHUBERT Der lange Schatten des Stalinismus. Eine Problemeinführung mit Rudolf Bahro	91
HORST SCHÜTZLER „Dossiers ohne Retusche“? Meinungsstreit um Stalin in Rußland	100



Michael Brie

## Der Tod des Diktators-der Hoffnung neues Leben

Zum 50. Todestag von J. Stalin

*Es gibt Namen  
Die gehören nicht mehr dem,  
Der sie trägt:  
Ein jeder hat ihn angenommen  
Und gibt ihn weiter  
Und überträgt ihn –  
Allen Taten  
Wird er vorangetragen –  
Schon nicht mehr  
Eines Menschen Name –  
Name von Millionen.  
Name eines ganzen Lands.  
Name einer Zeit.  
Name eines Jahrhunderts!  
So auch dieser:  
Stalin*

*JOHANNES R. BECHER (1931)*

Die kommunistischen Revolutionen des 20. Jahrhunderts und vor allem die russische Revolution werden in der Erinnerung der nachfolgenden Generationen vielleicht auch – so will ich hoffen – als gescheiterte Experimente der Verwirklichung einer emanzipativen Gesellschaft, „in der die freie Entwicklung eines jeden Bedingung der freien Entwicklung aller“ wird, bleiben. Auf jeden Fall aber werden sie auf ewig mit größten Verbrechen in Verbindung gebracht werden. Dafür steht nicht nur stellvertretend ein Name – Stalin. Der, der diesen Namen trug, starb heute vor fünfzig Jahren. Er war es, der eine kommunistische Entwicklungsdiktatur in eine totalitäre Maschinerie verwandelte, der viele Millionen Menschen zum Opfer fielen; nicht zuletzt jene, für die der Kommunismus mehr als nur absolute Herrschaft war.

Von Stalin kann man sagen, dass er die schlimmsten Potenziale der kommunistischen, der bolschewistischen, der leninistischen Bewegung in Wirklichkeit verwandelt hat und dadurch etwas schuf, was die düstersten Phantasien der Kommunismuskritiker überstieg – ein System, dass sich dadurch erhielt, indem es in immer neuen Wellen seine eigenen Träger mordete, das die „Schaffung des neuen Menschen“ durch die Vernichtung von Menschen ersetzte. Wo es in der Großen

Französischen Revolution noch möglich war, mit dem Revolutionär Robespierre zugleich den Terroristen zu köpfen, mussten die Völker des sowjetischen Blocks auf den altersbedingten Tod des Staatsterroristen warten, der schon längst die Revolutionäre umgebracht hatte.

Wieso dieser Blick zurück in die Vergangenheit, wo doch die Arbeitslosigkeit und soziale Polarisierung mühsam errungene Normalität zerstören, neue Kriege entfacht werden, die Schaffung des „neuen Menschen“ aus der Retorte vorbereitet wird, wo die ganze Zivilisation in ihren Grundlagen aufgelöst zu werden droht? Wozu der Blick auf den Diktator, den Schlichter, denjenigen, der die größten Hoffnungen endgültig in die großen Verbrechen verkehrte?

Zunächst einmal ist der Blick in die fünfzigjährige Vergangenheit ein Blick in die Geschichte meiner Generation – das Erbe des Diktators wurde unsere Kindheit und Jugend. Hatte Stalin die inneren Krisen des sowjetischen Staatssozialismus dadurch unterdrückt, dass er immer neue Wellen des Terrors auslöste und den Mangel an Freisetzung innerer Entwicklungsressourcen durch Unterjochung externer Kräfte unter das System überdeckte, so löste sein Tod die erste internationale Krise des sowjetischen Sozialismus aus. Sie erfasste die Sowjetunion selbst, die Tschechoslowakei, DDR, Ungarn und Polen. Sie zwang alle Staaten des sowjetischen Herrschaftsbereichs zu mehr oder minder deutlichen Anpassungen. Sie beendete die Möglichkeit, derartige Krisen vor allem durch Massenterror zu lösen, auch wenn sie nicht die Nutzung staatsterroristischer Mittel beendete.

Die Erfahrung der kommunistischen Dienstklasse, dass sich der Terror gegenüber den Unterdrückten schnell in den Terror gegen sie selbst verwandelte, zwang sie, diesem engere Grenzen zu setzen. Die Erfahrungen mit den Aufständen von 1953 und 1956 zeigten, welche Kosten mit einer Herrschaft verbunden waren, die sich gegenüber elementaren Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger als blind erwies. Eine Art Stillhalteabkommen, ein sog. Sozialpakt zwischen Herrschenden und Volk wurde durch dieses erzwungen – leben lassen (buchstäblich und im übertragenen Sinne) gegen herrschen lassen, aber in den enger gezogenen Grenzen einer Macht, die keine Allmacht mehr war.

In dem Maße aber, wie der Terror als Mittel unbrauchbarer wurde, und dies nun prägte das Leben meiner Generation in den darauf folgenden dreißig bis fünfunddreißig Jahren, wurde die Frage gestellt, ob es Reformen geben kann, die es erlauben, im Staatssozialismus Entwicklungspotenziale freizusetzen, die seinen dauerhaften Bestand oder sogar seine Transformation in eine emanzipative sozialistische Gesellschaft ermöglichen. Es war für uns die Frage, ob die sozialistische Vision in den Grenzen des Staatssozialismus verwirklicht werden konnte. Als wir 1989 aktiv an der Demontage des Staatssozialismus mitwirkten, hatten wir diese Frage schon negativ beantwortet.

Die ersten zehn bis fünfzehn Jahre nach dem Tod des Diktators waren Jahre, in denen Herrschaftsstabilisierung mit vornehmlich ökonomischen und Verwaltungs-

reformen einhergingen. Da sie im Käfig einer zentralistischen Planwirtschaft verblieben, waren ihre Wirkungen nicht nachhaltig. Das Gespenst der Stagnation zeichnete sich an den Mauern des Staatssozialismus ab. Der kurze Frühling politischer Reformen der sechziger Jahre wurde noch einmal durch eine neue Welle von Repressionen unterdrückt. Die Versuche, dem Pakt mit dem Volk die Gestalt einer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik zu geben, scheiterten an Ressourcenauszehrung. Herrscher und Völker lebten sich auseinander. Polens Solidarnocs durchbrach mit der Gewalt des Massenprotests erstmalig auf Dauer das Monopol der kommunistischen Staatsparteien auf die Organisation größerer Teile der Bevölkerung und behauptete sich als unabhängige Gewerkschaft und starke Opposition.

Die achtziger Jahre wurden zu Jahren des schleichenden Verfalls, reaktiver Unterdrückungsversuche, partieller Reformen und des Wartens auf ein Ende. Die Perestroika führte dieses Ende herbei, indem sie die Grundlagen des Systems zerstörte – zuerst und vor allem seine ideologische Grundlage: den Stalinismus. Die Abrechnung mit dem Diktator wurde zur treibenden Kraft der Zersetzung und Auflösung des ideologischen Zusammenhalts der herrschenden sowjetischen Klasse. Und als der gemeinsame Geist diese Klasse verlassen hatte, suchte sie Machterhalt in systemzerstörenden Reformen und einem utopischen Kapitalismus, in Neoliberalismus sowie Nationalismus. Das aber ist schon die Geschichte nach der Geschichte des Stalinismus.

Der Schatten Stalins ist lang. Er wirft Dunkel über die Zeitspanne unseres Lebens. Die Befreiung von seiner Macht über unser Denken ist eine Aufgabe, die wir nicht als abgegolten ad acta legen können. Aber neue Generationen und neue Bewegungen haben sich formiert, für die das staatssozialistische Experiment und die stalinistische totalitäre Diktatur nur noch Vorgeschichte sind – wichtig bleibend als Mahnung, unwichtig geworden im Sinne von eigener Schuld und Verstrickung. Auch der größte tote Diktator herrscht nicht über das ganze Jahrhundert nach ihm. Die Befreiung der sozialistischen Visionen aus der Hörigkeit gegenüber einer Diktatur hat fünfzig Jahre gebraucht. Jetzt sind Menschen aufgebrochen, die ihre Visionen jenseits dieser Hörigkeit formieren konnten.

Eine andere Welt ist möglich – es kann eine Welt sein zu mehr Freiheit durch mehr Freiheit, zu mehr Gerechtigkeit durch mehr Gerechtigkeit, zu mehr Demokratie durch mehr Demokratie. Und es gibt neue Diktaturen und totalitäre Verführungen sowie staatsterroristische Unternehmungen wie die des globalen Krieges um Weltherrschaft im Namen des Kampfes gegen eine Gefahr, die selbst vor allem eine Ausgeburt dieser neuen Diktaturen ist. Die Auseinandersetzung mit Stalin, mit Lenin, mit den Diktaturen im Namen von Sozialismus und Kommunismus kann dazu beitragen, den neuen Gefahren mit jener Kraft zu begegnen, die allein verhindern kann, dass das 21. Jahrhundert in Barbarei versinkt.

## Der Tod des Diktators

Das, womit niemand gerechnet hatte, ereignete sich in den Morgenstunden des 2. März. Es war ein kalter Tag. Weder die Leibwächter noch die engsten Mitstreiter waren auf den Ernstfall vorbereitet, als der wachhabende Offizier meldete, er habe den Hausherrn bewusstlos im Arbeitszimmer vorgefunden. Wann ihn der Schlag getroffen hatte, konnte niemand genau sagen, denn der Wache war es untersagt, Stalin zu stören. Um 3.00 Uhr – einer der Offiziere hatte durchs Schlüsselloch gesehen – hatte er noch am Schreibtisch gesessen und gearbeitet. Als am Morgen kein Lebenszeichen aus dem Arbeitszimmer zu vernehmen war, die Wachoffiziere aber ohne Befehl nichts unternehmen durften, riefen sie ihre Vorgesetzten an. Diese machten den Geheimdienstchef Lawrenti Berija ausfindig und meldeten ihm das Vorkommnis. Auf dem Dienstweg ging es weiter. Der Gesundheitsminister wurde informiert, er wiederum legte fest, wer von den Fachärzten zum Patienten vorgelassen werden durfte. Hirnlähmung lautete die erste, um 9.00 Uhr erstellte Diagnose durch die eilig herbeigeholten Mediziner. Ihnen saß noch der Schreck in den Gliedern, erinnerte sich später A. Mjasnikow, denn sie waren von NKWD-Offizieren aus ihren Wohnungen abgeholt und nach Kunzewo bei Moskau, wo sich Stalins Datscha befand, gebracht worden. Seit der Absetzung des Ministers für Gesundheitswesen Jefim Smirnow am 9. Dezember 1952 waren Verhaftungen von Ärzten an der Tagesordnung, ein Prozess gegen die Kremlärzte in Vorbereitung. Am 13. Januar hatte die »Prawda« die Verhaftung einer Ärztegruppe gemeldet, die angeblich am Tode der ZK-Mitglieder Andrej Shdanow und Alexander Schtscherbakow schuld war.

Doch die eingetroffenen Mediziner konnten nicht viel tun. Vom neuen Minister für Gesundheitswesen A. Tretjakow hatten sie lediglich erfahren, dass in der Nacht auf den 2. März Blut ins Gehirn eingedrungen war. Mit Befremden nahmen sie zur Kenntnis, dass es in der Datscha nicht einmal eine Hausapotheke gab. Damals wussten nur wenige Mitstreiter des Regierungschefs vom Misstrauen des 73-Jährigen gegen Ärzte, von seiner Angst, vergiftet zu werden. Stalin, der nur noch „Feinde ringsum“ wähnte, war zum Opfer der auf seine Weisung hin inszenierten Prozesse gegen „Giftmischer“ und „Brunnenvergifter“ geworden.

### Die letzten Stunden

Die erste Krisensitzung fand mittags unter Leitung des Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, Georgi Malenkow, statt. Dazu versammelten sich die Mitglieder des Büros des Präsidiums des ZK (der Geheimdienstchef Lawrenti Berija, die Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates Nikolai Bulganin, Kliment Woroschilow und Michail Perwuchin, Lasar Kagano-witsch, der Leiter der Staatlichen Plankommission Alexander Saburow sowie

der Sekretär der Moskauer Parteiorganisation Nikita Chruschtschow) und des Präsidiums des ZK der KPdSU(B) (die Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates Anastas Mikojan und Wjatschewslaw Molotow, der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets Nikolai Schwernik sowie der Vorsitzende des Komitees für Parteikontrolle Matwej Schkirjatow). Sie bestätigten die Zusammensetzung des Ärzteteams und Berija erklärte, dass die Versammlung der vorläufigen Diagnose der Neuropathologen zustimmt. Erst jetzt fühlten sich die Ärzte halbwegs sicher.

Stalin lag in seinen durchgeschwitzten und uringetränkten Sachen auf dem Diwan im Arbeitszimmer. Er war bewusstlos, rechtsseitig gelähmt, das Sprachzentrum angegriffen. Während der Rundfunk die Nachricht verbreitete, dass Stalin in den Moskauer Sowjet gewählt worden ist, trafen weitere Ärzte in Kunzewo ein. Um Mitternacht trat das Konsilium zusammen und beschloss, Kopf und Oberkörper des Kranken durch Unterlegen eines kleinen Kissens leicht anzuheben.

Am 4. März wurde um 8.00 Uhr im Moskauer Rundfunk das zurückdatierte Komunique verlesen. Der ernsthaft erkrankte Stalin, hieß es, halte sich im Kreml auf. Die Sowjetbürger sollten auch weiterhin glauben, dass ER hinter einem der beleuchteten Fenster im Kreml arbeitete. Zahlreiche Sowjetbürger boten an, ihr Herz für Stalin herzugeben. Nachdem Malenkow das Gutachten über die aussichtslose Lage des Patienten gelesen hatte, gab er seiner Hoffnung Ausdruck, die Medizin könne das Leben des Regierungschefs etwas verlängern. Denn die Parteiführung benötigte Zeit, um einen Nachfolger zu benennen.

Die im Moskauer Parteiarchiv aufbewahrten Krankenberichte sind ein Spiegelbild dieses Wettlaufs gegen die Zeit. Am 3. März soll Stalin um 18.10 Uhr für kurze Zeit das Bewusstsein wiedererlangt und die Augen geöffnet haben. In einer anderen, viele handschriftliche Zusätze, Streichungen und Korrekturen enthaltenden Fassung ist von 19.00 Uhr die Rede. Handschriftlich ist eingefügt: „Stalin atmete schwer, stöhnte, es schien, dass er einmal kurz zu sich kam und alle Anwesenden musterte. Da beugte sich Woroschilow zu ihm herab und sagte zu ihm: ‘Genosse Stalin, wir alle hier sind deine treuen Freunde und Kampfgefährten. Wie fühlst Du Dich, mein Lieber?’ Aber Stalins Blick blieb leer.“ Zu später Stunde, um 22.45 Uhr soll er noch einmal die Augen geöffnet und versucht haben, mit Malenkow und Berija zu sprechen. Damit waren drei der sechs Führungsmitglieder namentlich benannt, die sich am Krankenbett ablösten. Die Namen von Chruschtschow, Bulganin und Kaganowitsch tauchten im Journal nicht auf.

„Am 4. März schlichen wir ums Bett herum und hielten uns im Nebenzimmer auf“, erinnert sich ein behandelnder Arzt. „Bulganin sah uns misstrauisch an. Den ganzen 5. März über machten wir dem Patienten irgendwelche Injektionen, führten das Krankenbuch. Inzwischen versammelten sich die ZK-Mitglieder in der 2. Etage, die rangniederen Funktionäre schauten gelegentlich zur Tür herein, ohne den Raum zu betreten.“ Das Fieber und der Blutdruck des Kranken blieben gefährlich hoch, immer wieder setzte die Atmung aus.

## **Der Mensch, der zum Gott wurde**

Es war 21.50 Uhr, als die Ärzte am 5. März 1953 den Tod feststellten. Die Kinder Swetlana und Wassili sowie Mitglieder der Partei- und Staatsführung betraten das Sterbezimmer und verharrten reglos fast 30 Minuten lang. Am Morgen des 6. März, um 4.30 Uhr, wurde der Tod offiziell mitgeteilt. Dmitri Manuilski, Außenminister der Ukraine, wies diese Meldung als Provokation zurück. Das Unfassbare war geschehen. Die Parteiführung rief das schockierte Volk zur Einigkeit und Geschlossenheit auf. „Wir hatten“, erinnert sich Ilja Ehrenburg, „völlig vergessen, dass Stalin ein Mensch war. Er hatte sich in einen allmächtigen und geheimnisvollen Gott verwandelt. Und nun war dieser Gott an Gehirnblutungen gestorben. Das erschien uns unwahrscheinlich.“

Am Vormittag fand die Obduktion statt. Aus dem ausführlichen, elf Seiten umfassenden Bericht geht hervor, dass das Nervensystem stark angegriffen war. Stalin litt in den letzten Lebensjahren unter Orientierungsverlust und neigte zu Wutanfällen. Genau genommen hatte ein Kranker den Staat regiert.

Diese „Tradition“ wurde bis zum Ende der Sowjetunion gepflegt. Nur die Abstände zwischen den Totenfeiern wurden immer kürzer. In den 80er Jahren ging es Schlag auf Schlag. Im Todesjahr von Leonid Breschnew, er starb am 10. November 1982, hatten alle Politbüromitglieder der KPdSU das Rentenalter erreicht. Bis 1990 starben dreizehn Mitglieder und sechs Mitglieder des Zentralkomitees. Juri Andropow, Vorsitzender des Komitees für Staatssicherheit und Breschnews Nachfolger, befand sich von September 1983 bis zu seinem Tod am 9. Februar 1984 im Krankenhaus. Sein Nachfolger Konstantin Tschernenko, er hatte die Allgemeine Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU geleitet, trat am 13. Februar 1984 sein Amt als schwerkranker Mann an. Am 10. März 1985 starb auch er. Vier Stunden nach dem Tode von Tschernenko wurde Michail Gorbatschow zum neuen Generalsekretär ernannt. Sein Konzept der Demokratisierung sollte der Agonie des Systems ein Ende machen. „Es ist vollkommen offensichtlich“, führte Gorbatschow in seiner Rede aus Anlass des 70. Jahrestages der Oktoberrevolution aus, „dass gerade das Fehlen des nötigen Niveaus der Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft sowohl den Personenkult als auch die Verletzungen der Gesetzgebung, die Willkür und die Repressalien der dreißiger Jahre ermöglichte. Offen gesagt – Verbrechen, verübt auf dem Nährboden des Machtmissbrauchs.“

In der Nacht vom 4. zum 5. März war die Entscheidung über die Nachfolge im Führungszirkel gefallen. Im Leitartikel der „Prawda“ vom 5. März war nur von Malenkow die Rede gewesen.

Am Abend des 5. März, auf der letzten gemeinsamen Tagung des ZK der KPdSU(B), des Ministerrates und des Präsidiums des Obersten Sowjets vor Stalins Tod, schlug Berija Malenkow als Vorsitzenden des Ministerrates vor. Malenkow seinerseits bestimmte den Innenminister Berija zu seinem Ersten Stellvertreter.

Die Versammlung, deren Leitung Chruschtschow innehatte, stimmte diesem Vorschlägen einstimmig zu. Molotow und Kaganowitsch behielten ihre Posten, Bulganin wurde Verteidigungsminister.

### **Die Rückkehr der „Alten Garde“**

Am 7. März 1953 stand die Führung vor einem anderen Problem. Ein gemeinsamer Beschluss des Plenums des Zentralkomitees, des Ministerrates und des Präsidiums des Obersten Sowjets machte Stalins „Reform“ der Führung des ZK und des Ministerrates rückgängig. Das Büro des Präsidiums des Zentralkomitees und das Büro des Ministerrates wurden aufgelöst. Die „Alte Garde“ holte sich die Macht zurück. Während von der Wiederherstellung der kollektiven Führung die Rede war, tobte hinter den Kulissen der Kampf um die Posten, kurz unterbrochen durch die Zeremonie der Aufstellung des Sarkophags im Mausoleum am 9. März 1953. Das Volk hatte drei Tage Zeit, sich vom teuren Toten zu verabschieden. Der Sarg stand in jenem Saal, in dem in den 30er Jahren die Moskauer Schauprozesse stattfanden. Am dritten Tag sollen über 500 Menschen an den Absperrungen von der Menge zerquetscht oder zertrampelt worden sein. Selbst der Verstorbene riss noch Landsleute in den Tod.

Als sich der Trauerzug vom Gewerkschaftshaus zum Roten Platz in Bewegung setzte, war Stalin für die neue Führung nur noch Geschichte. Die Laken, das Kissen sowie die zur Behandlung verwendeten Utensilien – das Übergabeprotokoll enthält 22 Positionen – befanden sich bereits im Zentralen Leninmuseum. In der Hauptstadt ging das Leben weiter. Die Moskauer Theater blieben geöffnet. Im Opernhaus spielte man „Boris Godunow“, vor einem enthusiastischen Publikum, das beim Tod von Boris frenetisch applaudierte.

Fünf Tage später, am 14. März 1953, entsprach das Plenum des Zentralkomitees der KPdSU Malenkows Bitte, ihn von der Funktion des Ersten Sekretärs des ZK zu entbinden. Auf Grund der Doppelfunktion könne er den Verpflichtungen als Vorsitzender des Ministerrates nicht nachkommen. Mit seinem Nachfolger Chruschtschow kam das Tauwetter, die Zeit der Hoffnungen brach an.

### **Der Kampf um die Macht**

Zunächst begann eine aus Chruschtschow, Berija und Malenkow bestehende Kommission Stalins Nachlaß zu sichten und die Dokumente zu ordnen. Berija trat von Anfang an offensiv auf. Die Rehabilitierung der Kreml-Ärzte war ein geschickt inszenierter Auftakt. Im Anschluß daran setzte Berija am 13. März vier Arbeitsgruppen ein, die innerhalb von zwei Wochen Berichte über die Repressalien gegen Militärs und Führungsmitglieder der HV Staatssicherheit vorlegen mußten. Berija sammelte Belastungsmaterial gegen Chruschtschow und Malenkow. Im Sommer 1953 hatte er offensichtlich genug gegen sie in der Hand.

Der Minister für Staatssicherheit Ignatjew, ein Gefolgsmann von Malenkow war bereits verhaftet. Rjumin, dem die Untersuchung besonders wichtiger Fälle –

darunter die Verschwörung der Kreml-Ärzte - im Ministerium für Staatssicherheit oblag, saß ebenfalls in Haft.

Doch das war noch nicht alles. Berija ging noch einen Schritt weiter, er wandte sich am 26. März mit dem Vorschlag einer Amnestie an Malenkow. Eine Million der über zweieinhalb Millionen Häftlinge sollte aus den Besserungsarbeitslagern entlassen werden. Es handelte sich überwiegend um Kriminelle, die politischen Häftlinge blieben in den Lagern. Diese Amnestie ging mit einer Vertuschung des gegen die Bevölkerung praktizierten Terrors einher. Auskünfte über die wahren Todesursachen wurden den Angehörigen nicht erteilt.

Nachdem im April auf Weisung des Politbüros die Anwendung der Folter in den Gefängnissen der Staatssicherheit verboten, die Folterkammern liquidiert und die Folterinstrumente vernichtet worden waren, wandte sich Berijas Apparat Mitte Mai der Überprüfung der politischen und wirtschaftlichen Lage in der Westukraine zu.

### **Der „Fall Berija“**

Am 2. Juni kam ein außenpolitisches Thema hinzu: Berija schlug Maßnahmen zur Gesundung der politischen Situation in der DDR vor. Genaugenommen ging es um eine Abkehr von der Linie der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 auf „beschleunigten Aufbau des Sozialismus“ in der DDR.

Berijas Vorschläge liefen darauf hinaus, die Kommunistische Partei als oberste Kontrollinstanz in Frage zu stellen. Das war mehr als nur eine Absage an das Programm der KPdSU(B). Der von Berija empfohlene Maßnahmenplan liest sich wie eine Kritik an der Innenpolitik Stalins. So und nicht anders wurde Berijas Vorschlag von seinen Opponenten dann auch ausgelegt.

Am 12. Juni begann Chruschtschow die Arbeit am Fall Berija, der gerade die Weisung erteilt hatte, die Partei- und Staatsführung in Weißrußland durch das Ministerium für Staatssicherheit überprüfen zu lassen. Die politische Polizei dehnte ihre Befugnisse aus, die sogenannte Sonderberatung, jenes außergerichtliche, in der Verfassung nicht vorgesehene Terrorinstrument war nicht mehr zeitgemäß. Zunächst wurden die Vollmachten eingeschränkt, gänzlich abgeschafft wurde sie erst am 1. September 1953.

Nach zwei Wochen hatte Chruschtschow alle Politbüromitglieder auf seiner Seite und schlug zu. Am 26. Juni 1953 wurde Berija während der Sitzung des Präsidiums des ZK verhaftet und in den Bunker des Stabes der Luftstreitkräfte verbracht. Der am 29. Juni zum Generalstaatsanwalt berufene Rudenko wurde mit der Untersuchung der partei- und staatsfeindlichen Tätigkeit von Berija und dessen Umgebung beauftragt.

Auf der Plenartagung am 2. Juli wurden Berijas Leute entmachtet, die von ihm gestürzten Funktionäre wieder in ihre Funktionen eingesetzt und die Helfer beim Coup gegen Berija befördert. Ignatjew war wieder ZK-Mitglied, Goglidse und

Kobulow aus der Partei entfernt, Shukow vom Kandidat zum Mitglied des ZK aufgestiegen.

Legt man den von Berija für die DDR vorgeschlagenen Maßnahmenkatalog als Maßstab an, so änderte sich in der Sowjetunion wenig. Gangbare Wege hinsichtlich der Preisgestaltung, des Marktes und der Ware-Geld-Beziehung, um nur die Punkte zu nennen, die Mikojan in seinen Erinnerungen hervorhebt, waren – so paradox es klingt – in Stalins Abhandlung über die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR enthalten.

Doch in Chruschtschows Referat auf dem Juliplenum des ZK 1953 war von anderen Orientierungspunkten als den einzig vernünftigen die Rede. Chruschtschow wollte das Land im Kommunismus sehen. Aber „was ist das schon für ein Kommunismus ohne heiße Plinsen“, hatte Chruschtschow gefragt und seine Antwort auch gleich nachgereicht. Das fehlende Mehl und die zum Braten erforderliche Butter sollten nicht die rentabel arbeitenden Sowchosen, sondern die unrentablen Kolchosen bereitstellen.

Da sich der Sozialismus national und international auf dem Siegeszug befand, wähnte sich die Gruppe um Chruschtschow sicher und war lediglich bereit, Verhandlungen von der Position der Stärke aus zu führen. Während Berija nach Westeuropa geblickt hatte, schauten die Mitglieder der Parteiführung nach Asien.

Am 23. Dezember 1953 wurde Berija zum Tode verurteilt und erschossen. Als Sündenbock wurde er für alles verantwortlich gemacht, auch für das, was nur in Stalins Macht gelegen hatte. Auf diesem Hintergrund wird deutlich, warum die von Chruschtschow vorgetragene Kritik am Personenkult nicht in eine konsequente Entstalinisierung mündete. Das Tauwetter blieb eine Episode.

# Stalins Tod und der Neue Kurs in Osteuropa.

## I. Stalins Erbmasse und seine Erbgemeinschaft

Josef Stalins Tod am 5. März 1953 löste Trauer und Hilflosigkeit, aber auch zaghafte wie übertriebene Hoffnungen, verhohlene wie offene Freude aus. Die Erbgemeinschaft des „Vaters aller Völker“, die politischen Eliten und die Bevölkerung des Imperiums nahmen nur zum Teil die historische Dimension des Stalinschen Erbes wahr. Um ihrer eigenen Existenz willen suchten seit März 1953 die drei mächtigsten Diadochen des Imperiums nach Wegen aus der Krise: *Georgi Malenkow*, der zweite Mann nach Stalin und einer der Hauptverantwortlichen für den Einsatz der Kader und den Terror, rückte zum Ministerpräsidenten auf. *Lawrenti Berija*, der Verwalter des Terrorapparates seit 1939 (Innenministerium, GULAG, Sonderkomitees für Atomfragen einschließlich der „geheimen Städte“ und der Verwaltung der Uranvorkommen in Osteuropa seit 1945) erhielt nun noch das KGB. ZK-Sekretär *Nikita Chruschtschow*, der langjähriger Parteichef der Ukrainischen Sowjetrepublik (1938-1941, 1944-1949) und Moskaus (1935-1938, seit 1949), stieg zum primus inter pares im ZK-Präsidium der KPdSU auf. Auch *Wjatscheslaw Molotow*, einer der engsten Vertrauten Stalins, einstiger Regierungschef der UdSSR 1930-1941 und langjähriger Kommissar bzw. Minister für Auswärtiges (1939-1949) beeinflusste seit März 1953 als Außenminister den Machtkampf innerhalb der sog. Kollektiven Führung. Neue Quellen seit Anfang der 90er Jahre machen eine *grundlegende Neueinschätzung der Rolle Berijas* in Bezug auf seine Tätigkeit zwischen März und Juni 1953 nötig. Laut Mitteilung der *Iswestija* vom 30. Mai 2000 entschied das russische Gericht über einen Antrag zur Rehabilitierung Berijas. Es hob das Urteil gegen ihn vom Dezember 1953 auf, lehnte aber eine Rehabilitierung wegen seiner herausragenden Rolle im Stalinschen Terrorsystem ab.<sup>1</sup>

Worin bestand die welthistorische Dimension des Nachlasses von Stalin ?

**Erstens ging es um eine noch heute aktuelle Frage der internationale Balance der Weltmächte, um die Frage von Krieg und Frieden im Atomzeitalter.** Das Gleichgewicht der „Großen Drei“ (Roosevelt, Churchill, Stalin) war entstanden im gemeinsamen Krieg und Sieg über die bis dahin größte Gefahr für die Menschheit - gegen das Weltherrschaftsstreben des deutschen Faschismus und japanischen Militarismus samt ihrer Satelliten. Stalins Nachfolger hatten es im März 1953 nunmehr mit einer Weltmacht, den USA, zu tun, die die Gleise der Kooperation mit der UdSSR verlassen hatte und auf die Bahnen eines Kalten Krieges übergegangen war. Stalin fand auf diesen Strategiewandel der USA seit 1947 keine konstruktive Antwort. Seit seiner unumschränkten Macht ab 1928 änderte sich sein Denken in dieser Frage wenig: Für ihn war der Krieg der gegensätzlichen

Gesellschaftssysteme seit 1917 unvermeidlich; auch noch im bereits begonnen Atomzeitalter nach 1945. Die Gefahren lokaler Militärkonflikte, auch ein Dritter Weltkrieg, ja sogar ein nukleares Inferno lagen im Bereich des Möglichen. Die kurze Berlinkrise 1948 und der dreijährige Koreakrieg (er kostete das Leben von 2 Mio. Nordkoreanern und Chinesen, aber auch 4.000 Südkoreanern, 142.000 Amerikanern und 17.000 unter ihrem Kommando stehender UN-Soldaten aus anderen Staaten sowie 299 Angehörige der Sowjetarmee) seit Juni 1950 können so gedeutet werden. US-Strategen sahen in diesem Konflikt einen Krieg zur „Befreiung“ eines kommunistischen Teilstaates.<sup>2</sup>

*Auf Grund ihrer besonderen Einsicht in die Gefahren einer nuklearen Konfrontation für die menschliche Zivilisation, lenkten Berija und Malenkow (ganz im Unterschied zu Stalin) die sowjetische Außenpolitik auf den Abbau des Kalten Krieges in Richtung einer friedlichen Koexistenz der beiden Systeme.* Beide Nachfolger, die über eine starke politische Hausmacht verfügten und (im Unterschied zu Chruschtschow oder Molotow) mehr pragmatisch als ideologisch dachten, stellten Stalins Außenpolitik in Frage und begannen sie zu korrigieren. Sie stießen teilweise auf Widerstand des wieder einflußreichen Außenministers Molotow. Nach Rücksprache mit Mao Tse-tung beschloß die sowjetische Regierung am 19. März 1953 Richtlinien für Waffenstillstandsverhandlungen. Die Sondergesandten Wassili Kusnezow und Jakow Malik verständigten sich zwei Tage später mit den Führungen in Peking und Pjöngjang über den Abschluß eines Waffenstillstands, der am 27. Juli 1953 den heißen Regionalkrieg beendete.<sup>3</sup> Berija initiierte eine Revision der Politik Stalins gegenüber Jugoslawien. Molotow, für den Tito noch immer ein „Rechtsabweichler“ und „Verräter“ der kommunistischen Bewegung war, setzte im Parteipräsidium durch, mit Jugoslawien lediglich „Beziehungen derselben Art zu etablieren, wie sie zu anderen bourgeoisen, mit dem aggressiven nordatlantischen Block verbundener Länder bestehen.“<sup>4</sup> Danach handelte Berija auf eigene Faust und setzte einen Brief an den jugoslawischen Innenminister Alexandar Rankovic auf, in dem er wissen ließ, daß er und „seine Freunde von der Notwendigkeit einer grundsätzlichen Neueinschätzung und Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern eintreten“.<sup>5</sup> Als Malenkow und Berija drängten, mit Österreich Separatverhandlungen für den Abschluß eines Friedensvertrages einzuleiten, lehnte Molotow eine solche „isolierte Entscheidung“ ab: „Es wäre unangemessen, unsere Haltung in einer so wichtigen Frage zu ändern, bevor wir nicht die Haltung der drei (westlichen) Mächte zu dieser und vielen anderen Fragen kennen.“<sup>6</sup> Auch die deutsche Frage erschien wieder auf der Agenda der neuen Kremelführung. Die Diskussionen darüber begannen im April 1953 im Parteipräsidium auf der Grundlage eines von Molotow ausgearbeiteten Memorandums. In den Beratungen im Mai 1953 nahm offenbar die innere Lage in der DDR einen größeren Stellenwert ein. Aufgrund seines Herrschaftswissens war Berija über die schon lange schwelende Krise in der DDR wohl am besten informiert. Selbst Molotow gestand ein, daß in der DDR kein

„erzwungener Aufbau des Sozialismus... durchgeführt“ und im Interesse des Prestiges der ostdeutschen Führung das Besatzungsregime aufgehoben werden sollte. Berija schlug vor, das Wort „erzwungen“ zu streichen. Sein Vorschlag ging davon aus, daß der Hauptgrund der unvorteilhaften Lage in der DDR der falsche Kurs in Richtung Sozialismus sei und schlug vor, die LPG aufzulösen und die Politik der Unterdrückung der kapitalistischen Elemente in Industrie, Handel und Gewerbe einzustellen. Es kam zu keiner Beschlußfassung. Berija nahm seine Formulierung, daß der Aufbau des Sozialismus in der DDR „unrichtig“ war, zurück und einigte sich mit Molotow; „fehlerhaft“ sei nur der „Kurs auf den beschleunigten sozialistischen Aufbau“ gewesen.<sup>7</sup> *Die Unruhen in der Tschechoslowakei seit dem 1. Juni 1953 bestätigten, daß es jetzt darauf ankam, sowohl in der DDR als auch in Osteuropa eine politische Kurswende einzuleiten.* Das Präsidium des Ministerrates der UdSSR verabschiedete am 2. Juni 1953 eine Verordnung „Über Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der DDR“ und verordnete Parteichef Ulbricht und Ministerpräsident Grotewohl während ihres Aufenthalts in Moskau vom 2. bis 4. Juni 1953 den Neuen Kurs. Er wurde der vom Politbüro der SED am 5. Juni 1953 absegnet und offiziell am 11. Juni 1953 verkündet.<sup>8</sup>

**Zweitens war die UdSSR als Symbol der Alternative zum Weltkapitalismus seit 1917 nicht zuletzt durch die Politik Stalins zwischen 1928 und 1953 in eine historische Sackgasse und existentielle Krise geraten.** Nicht nur das stalinistische System, sondern das Gesellschaftsmodell und der Vielvölkerstaat UdSSR standen auf dem Prüfstand. *Der Lösungsweg hieß damals Neuer Kurs*, den Malenkow offiziell erst am 8. August 1953 verkündete.

Dieser Begriff galt bald als Synonym für Veränderungen der politischen Praxis der sowjetischen Partei- und Staatsorgane, um das Sowjetsystem stalinistischer Prägung aus der tiefen Krisezuführen. So paradox es klingen mag - dieser Kurswechsel ist sofort nach dem Ableben des Diktators von Berija, einem der am Massenmord Stalins mit am stärksten belasteten Nachfolger mit besonderer Aktivität in Gang gesetzt worden. Er besaß dazu Macht und Herrschaftswissen wie kein anderer. *Der neue Kurs beinhaltete keinen Systemwechsel, sondern zunächst Schritte, um das Sowjetsystem von den selbstzerstörerischen Elementen zu befreien* wie dem Massenterror gegenüber der Dienstelite, und der beachtlichen Teilen der Bevölkerung des Vielvölkerreiches.

Neben den 2,5 Mio. Häftlingen des GULAG, befanden sich darüber hinaus ganze Völker und nationale Minderheiten in der Verbannung (2,6 Mio. Menschen), in den sog. Sonderlagern. In der von Berija initiierten Amnestie am 28. März 1953 wurden zunächst 1,6 Mio. GULAG-Häftlinge befreit, die sog. Arbeitsbesserungslager in die Kompetenz des Justizministeriums übergeben, die Folter abgeschafft und die Tätigkeit der 1934 von Stalin geschaffenen „Besonderen Beratungen beim Innenminister“ eingeschränkt. *Der lange Weg der Rehabilitierung der Opfer des Stalinismus, der 1989 noch nicht abgeschlossen war, begann:*

Bereits im April 1953 wurden die Verfolgung gegen die „Ärzteverschwörer“, die Prozesse in der „Angelegenheit der mingrelischen nationalistischen Gruppe“ und der hochrangige Militärs im Verteidigungsministerium eingestellt, die Inhaftierten freigelassen und KGB-Chef S. Ignatjew aus dem ZK ausgeschlossen. Berija deckte den Mord am Vorsitzenden des Jüdischen Antifaschistischen Komitees Solomon Michoels auf, schlug 27. Mai 1953 vor, die Zwangsdeportationen der Rußlanddeutschen während des Krieges zu überprüfen und leitete Schritte gegen Stalins Russifizierungspolitik in Georgien, der Ukraine, Weißrußlands und Litauen ein.<sup>9</sup> Auf die Rehabilitierung der zu Unrecht verhafteten jüdischen Ärzte erklärte der israelische Außenminister in der „Jerusalem Post“ am 5. April 1953, „daß sein Land die Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen zur UdSSR begrüßen würde.“ Die wegen eines Bombenattentats auf die sowjetische Botschaft in Tel Aviv im Februar 1953 von Moskau abgebrochenen Beziehungen wurden ungeachtet von Protesten arabischer Staaten wieder hergestellt.<sup>10</sup>

*Zum Neuen Kurs gehörten die Korrekturen am kriegskommunistischen Wirtschaftssystem wie die Zurücknahme des 30 Mrd.- Rubel-Projektes des Turkmenischen Hauptkanals (27. Mai 1953) oder der enormen Steuerlasten von 40 Mrd. Rubel seit Februar 1953, die den Kolchosbauern fast alle Einkünfte wegnahmen. Die kriegs- und systembedingten niedrigen Lebensverhältnisse sollten nun durch bevorzugte Entwicklung der Produktion von Konsum- und Nahrungsgütern überwunden werden. Das war allerdings noch weit entfernt von einer effektiven Wirtschaft, die dauerhaft auf die sozialen Grundinteressen der Bevölkerung orientierte. Die sowjetische Dienstklasse, von der tödlichen Willkür des Tyrannen befreit, war nicht willens, auf ihre soziale und politische Sonderstellung zu verzichten, die Entfremdung von Macht und Eigentum aufzuheben.*

Liest man die Dokumente aus dem Jahre 1953, fällt auf - alles geschah noch immer im Namen Lenins und „seines großen Fortsetzers Stalin“. *Auch Versuche, die Autorität Stalins in Frage zu stellen stießen in der höchsten Führung auf Mißfallen.* Lasar Kaganowitsch, Mitglied des Präsidiums des ZK und Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR wies noch im Juli 1953 besonders die Angriffe des gestürzten Berija auf Stalin entschieden zurück: „Nach dem Tod des Genossen Stalin begann dieser unverschämte Mensch ... Stalin zu diskreditieren. ...Es muß offen gesagt werden, daß wir unter Stalin ... ruhiger gelebt haben, obgleich Genosse Stalin ... in der letzten Zeit nicht mehr so aktiv ... an der Tätigkeit des Politbüro teilnehmen konnte. ... Sofort nach Stalins Tod beeilte er (Berija) sich, alle diese Fragen aufzuwerfen. Und dies alles, um zu zeigen, seht her, dies ist mein neuer Kurs. Das sah wie eine Revision Stalins aus. Jeder von uns ist davon überzeugt, daß Stalin selbst die Fehler korrigiert hätte.“ Regierungschef Malenkow, der sich auch zum „leninschen-stalinischen Weg“ bekannte, beharrte jedoch entschieden auf der Kritik am „Personenkult“ um Stalins: „Hier ist ... vom Personenkult gesprochen worden und man muß dies wohl sagen, falsch gesprochen worden. (Zwischenruf Chruschtschows: Einige, die hier nicht gespro-

chen haben hegen dieselben Gedanken.) In erster Linie muß man offen zugeben, daß in unserer Propaganda in den letzten Jahren ein Abrücken vom marxistisch-leninistischen Verständnis über die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte zu verzeichnen war. ... Die Frage des Personenkultes steht in einem direkten .... Zusammenhang mit der Kollektivität innerhalb der Führung.“ Da einige ZK-Mitglieder in Malenkow Stalins Nachfolger sahen, erklärte er: „Niemand kann sich anmaßen, die Rolle eines Nachfolgers für sich in Anspruch zu nehmen, niemand kann, darf oder möchte das tun. Nachfolger des großen Stalin ist ein fest zusammengefügtes, in sich geschlossenes Kollektiv von Parteiführern, die sich in den schwierigen Jahren des Kampfes...für das Glück der Völker der Sowjetunion bewährt haben...“<sup>11</sup>

*Machtkämpfe einzelner Personen oder Cliques gingen nach Stalins Tod jedoch weiter. Chruschtschow ließ mit Hilfe von Malenkow und einiger Militärs am 26. Juni 1953 Berija und seine Anhänger verhaften und später hinrichten. Das bot die Möglichkeit, den mächtigsten Diadochen zum Sündenbock für nahezu alle Verbrechen Stalins zu machen.*

Der im September 1953 offiziell zum Erster Sekretär des ZK der KPdSU gekürte Chruschtschow führte danach den Kampf um die Alleinherrschaft unter dem Banner, die führende Rolle der KPdSU durchzusetzen, schaltete im April 1955 Ministerpräsident Malenkow aus und vereinte 1958 bis 1964 erneut Partei- und Staatsmacht in seiner Person.

**Drittens umfaßte Stalins Nachlaß die osteuropäischen Volksdemokratien, den westlichen Vorposten des sowjetischen Imperiums.** Diese osteuropäische Region war in eine tiefe Krise geraten, weil Stalin aus vermeintlichem Sicherheitsinteresse seit 1948 die nationalen demokratischen Wege abbrach und die Sowjetisierung der DDR und der Volksdemokratien erzwang. Das ging einher mit der Ausschaltung bürgerlicher, bäuerlicher, christlicher, sozialdemokratischer und kommunistischer Eliten durch erzwungene Rücktritte ranghöchster bürgerlichen Politiker (Ferenc Nagy und Stanislaw Mikolajczyk 1947, Edvard Benes 1948), die durch Verfolgung einflußreicher Kirchenführer (Stefan Wyszynski, Jozsef Mindszenty) und „Säuberungen“ von „Nationalisten“ und „Zionisten“ in den kommunistischen Parteien (Rudolf Slansky, Wladislaw Gomulka, Paul Merker, Laszlo Rajk, Ana Pauker, Traitscho Kostov, Koci Xoxe).

Moskau stützte sich auf willfährige Statthalter (Klement Gottwald, Boleslaw Bierut, Walter Ulbricht, Matays Rakosi, Georgij Dimitrov, Gheorghe Gheorghiu-Dej, Enver Hoxha).

Eine Ausnahme blieb der jugoslawischen Partisanenführer Marschall Josip-Broz Tito, der sich als einziger seit 1948 gegen Stalin erfolgreich wehrte wie David gegen den übermächtigen Goliath. *So stand die alte Frage der nationalen Emanzipation der Völker erneut auf der Tagesordnung.* Das waren Warnzeichen für eine möglich Ex- oder Implosion des Imperium. Das US-Strategie-Papier NSC

58 vom 14. September 1949 setzte gerade darauf: „Bei dem Bestreben, die sowjetische Herrschaft in den Satellitenstaaten zu beseitigen, sind zwei grundlegende Maßnahmen denkbar. Die eine ist der Krieg; die andere sind Maßnahmen, die bis an die Schwelle des Krieges heranreichen. Das gegenwärtig geeignete Verfahren ist demnach, einen häretischen Ablösungsprozeß in den Satellitenstaaten zu begünstigen. So gering sie jetzt auch erscheinen mögen, Gründe für ketzerische Abspaltungen existieren bereits. Wir können zur Vertiefung der Risse beitragen, ohne Verantwortung zu übernehmen.“<sup>12</sup>In diese Falle war Stalin getappt. Die USA honorierten das Ausscheren Jugoslawiens zwischen 1948 und 1961 mit 2,2 Mrd. \$, ohne das es ihnen aber gelang, das Land in den Kapitalismus zurückzuführen oder in das westliche Lager einzubinden. Das wird erst vierzig Jahre nach Stalins Tod den USA und der EU durch Krieg gelingen, dessen letzter Akt die NATO-Aggression ohne UNO-Mandat 1999 war.

Der Kalte Krieg, der mit dem Koreakrieg seit 1950 einen gefährlichen Höhepunkt zu-strebte, löste einen internationalen Rüstungsschub aus. Stalin ordnete auf einer Beratung mit den Parteiführern und Verteidigungsministern Osteuropas am 9. Januar 1951 an, die historisch rückständigen, durch Krieg, Besatzungskosten und Reparationen geschwächten Wirtschaften radikal auf Rüstung umzustellen. Das ruinierte die entstehende staatssozialistische Ökonomik vollends, bewirkte ein Absinken des Lebensstandards der zumeist bäuerlichen Bevölkerungsmehrheit, des städtischen Mittelstandes, aber auch der Arbeiter. Neue soziale und politische Konfliktpotentiale waren herangereift.

## **II. Die osteuropäische Krise und der neue Kurs**

### **Die „unbekannten Unruhen“ im Sommer 1953 in der Tschechoslowakei und der Versuch eines neuen Kurses**

Das fünf Tage nach dem Tod des Diktators vorgelegte CIA-Dokument für den Nationalen Sicherheitsrat der US-Administration „Wahrscheinliche Konsequenzen von Stalins Tod und der Aufnahme Malenkows in die Führung der UdSSR“ prognostizierte den bevorstehenden Kampf um die Nachfolge, der auch auf Osteuropa ausstrahlen könne. Die Kontrolle des Kreml über die Satellitenstaaten sei gesichert, „da wir nicht glauben, daß sie allein durch den Tod Stalins beeinträchtigt wird.“ Falls der Westen die kritische Lage ausnutze, könne das die neue sowjetische Führer zu unüberlegten Schritten provozieren. Außenminister John F. Dulles forderte bereits auf der Sitzung des Sicherheitsrates am 11. März 1953, jetzt den Nationalismus hinter dem Eisernen Vorhang zu fördern, um die sowjetische Kontrolle über Osteuropa zu brechen. Schwierigkeiten der Versorgung, Unruhen oder Aufstände sollten zum Sturz der volksdemokratischen Regime genutzt werden.<sup>13</sup>

Wenn ich im folgenden die Krise und versuchte Krisenlösungen am Beispiel der Tschechoslowakei und Ungarns in Erinnerung rufe, will ich dem heutigen Generalthema einen gewissen internationalen Rahmen geben.

Warum sich die Systemkrise nach Stalins Tod außer in der DDR nur noch in dem mitteleuropäischen Land mit demokratischen Traditionen ohne sowjetisches Besatzung vom 1. bis 4. Juni 1953 in größeren Unruhen entlud, hat sehr komplexe Ursachen.

Der Abbruch des recht erfolgreichen demokratischen und nationalen Weges seit 1948 durch die KPC, der nach Titos Kommunistischer Partei die einflußreichste kommunistischen Kraft in der Region, ging einher mit einer destruktiven Wirtschaftspolitik nach sowjetischen Muster. Zwischen 1948 und 1952 stieg die Industrieproduktion um 67 Prozent, der Maschinenbau wuchs überproportional um das 3,5 fache. Die Zwangsablieferungspflicht und die überstürzte Kollektivierung (Anteil der Einheitsgenossenschaften an der landwirtschaftlichen Nutzfläche erreichte 1952 25 Prozent) verschlechterte die Versorgung mit landwirtschaftlichen Produkten. Der für die Versorgung der Bevölkerung wichtige städtische Mittelstand verschwand fast aus der Gesellschaft. Soziale Errungenschaften für die Werktätigen wurden seit 1950 abgebaut.

Das unzureichende Angebot an Nahrungsmitteln, Dienstleistungen und Waren des täglichen Bedarfs löste schon im Dezember 1952 im mährischen Brno Protestdemonstrationen von 10.000 Bürgern aus. Die politische Führung machte innere wie äußeren „Klassenfeinde“ für den Rückgang von Arbeitsmoral und Lebensstandard verantwortlich und reagierte mit zusätzlichen Repressionen. Die im Februar 1948 errichtete „Diktatur des Proletariats“ der KPC organisierte Schauprozesse gegen Wirtschaftsfachleute und kommunistische Funktionäre, seit 1950 ging sie auch mit Massenrepressalien gegen die sog. führende Klasse, die Arbeiter, und deren angeblich bäuerlichen Bündnispartner vor. Von 1949 bis 1952 wurden 5.618 Landwirte inhaftiert, über 100.000 wegen Nichterfüllung staatlicher Abgabepflicht mit Geldstrafen belegt. Allein von den zwischen 1951 und Mitte 1953 verhafteten 15.210 Personen waren 5.962 Arbeiter und 3.162 Klein- und Mittelbauern. Bis 1952 wurden 25.000 Personen in Arbeitslager und 24.000 „Wehrunwillige“ und Andersdenkende zwangsweise in sog. Technisierte Hilfsbataillone eingewiesen.<sup>14</sup>

Das Bombenattentat auf das Gebäude des KPC-Stadtausschusses im ostböhmischen Hostinne (7. März 1953) und die Proteste einiger Hundert Bürger im mittelmährischen Prostejov gegen die Zerstörung des Masaryk-Denkmal (10. April 1953) waren Signale für die angespannte Situation nach dem Ableben Stalins und kurz darauf Klement Gottwalds. Der plötzliche Tod des immer noch populären 57 jährigen Partei- und Staatschefs am 14. März 1953 löste Betroffenheit wie Unsicherheit in der Bevölkerung und im Machtzentrum aus, denn er war einer der wenigen Autoritäten gewesen, die zur Lösung der Krise hätten beitragen können. Ähnlich wie im Kreml kam es auch auf dem Hradschin zum Machtgerangel. Der

Prager Stadtparteisekretär *Antonin Novotny* empfahl am 18. März 1953 dem sowjetischen Berater in Prag den bisherigen Regierungschef und langjährigen Gewerkschaftsführer *Antonin Zapotocky* als Staatspräsidenten. Denn er sei „die einzige politische Persönlichkeit, die Autorität besitzt und im Volk bekannt ist. Zapotocky ist ein aufrechter Mensch. Schon vor der Ausschaltung Slanskys (!) führte er den Kampf gegen diesen. Die Schwächen Zapotockys bestehen darin, daß er die Parteiarbeit nicht kennt, da er zwischen 1927 und 1948 auf dem Gebiet der Gewerkschaften wirkte und danach Regierungschef wurde. Zapotocky ist zu nachgiebig im Charakter.“ Novotny schlug in eigener Sache vor, „aus den Reihen der ZK-Sekretäre einen Ersten Sekretär auszuwählen, der große Erfahrungen in der Leitungsarbeit der Partei besitzt.“ Er informierte über Machtambitionen des slowakischen Parteichefs *Viliam Siroky*, der beabsichtige das Amt des Staatspräsidenten abzuschaffen und durch einen Vorsitzenden des Präsidiums der Nationalversammlung zu ersetzen. Novotny schloß nicht aus, „daß es zwischen den Mitgliedern des Politischen Sekretariats zu Meinungsverschiedenheiten kommen kann. Schon jetzt ist zu spüren, daß Siroky mit seinen Anhängern diese Linie durchzusetzen versucht.“ Am 19. März 1953 konstituierte sich in Prag die sog. Kollektive Führung nach Moskauer Vorbild: Zapotocky erhielt das Amt des Staatspräsidenten, Siroky übernahm die Regierung und Novotny wurde Parteichef der KPC.

Im Zusammenhang mit seiner Amtsübernahme und angesichts „nationalen Unglücks“, des Todes „unseres weisen und umsichtigen Führers“, erließ Zapotocky am 5. Mai 1953 eine Amnestie. Sie käme vor „allem Bürgern zugute, die mit den Gesetzen in Konflikt gerieten und deshalb bestraft werden mußten.“ Der Gnadenakt erstreckte sich nicht „auf schwerwiegende staatsfeindliche Handlungen und schwere Fälle von Diebstahl oder Beschädigungen von Volks- und Genossenschaftseigentum.“ Er war gedacht als „eine Warnung an alle Volksfeinde, an die Feinde unserer Heimat und des Sozialismus“, aber auch als ein „Aufruf an alle Staatsbürger, die Wachsamkeit gegenüber den Agenten des Klassenfeindes noch zu erhöhen“.<sup>15</sup> *Die Amnestie war zwar Teil der Krisenlösung, d. h. einer politischen Entspannung, aber noch weit entfernt von einer Rehabilitierung der Opfer des KPC-Staatsterrors seit 1948. Die nächste einschneidende Aktion, die Abschaffung des seit 1939 bestehenden Rationierungssystems für Lebensmittel und Konsumgüter sowie eine Währungsreform war eigentlich noch kein neuer Kurs.*

Ähnliches war in Ungarn und Polens schon zu Stalins Lebzeiten geschehen, um die Balance zwischen Kaufkraft und Warenangebot zu sichern. Die streng geheim vorbereitete Aktion wurde erst am Samstag, den 30. Mai 1953 17 Uhr im Rundfunk bekanntgegeben. Die Währungsreform sollte - laut Zapotocky - den großen Kaufkraftüberhang, „der sich zum größten Teil in den Händen des Klassenfeindes, in den Händen der ehemaligen Kapitalisten und Dorfreichen befindet“<sup>16</sup> beseitigen. Altguthaben, Versicherungen und staatliche Schuldpapiere verfielen. Geldbestände

wurden nach jeweiliger Höhe der Bar- und Sparguthaben unterschiedlich umgetauscht, das Markensystem für Lebensmittel und Industriegüter aufgehoben. Löhne, Gehälter, Stipendien wurden im Verhältnis 5:1 umgerechnet. Mindestlöhne (bis zu 1.200 Kronen), Renten (bis zu 600 Kronen) und vor allem Kinderzulagen aufgebessert. Die Preise sanken bei Lebensmitteln um 31 und bei Industriewaren um 37 Prozent.<sup>17</sup> Die Regierung erhoffte sich durch den Zufluß von 14 Mrd. Kronen in die Staatskasse größeren Spielraum für den Wirtschaftsumbau.

*Diese Senkung des Realeinkommens um durchschnittlich 20 Prozent wurde jedoch Auslöser für Unruhen zwischen dem 1. und 4. Juni 1953, die in Pilsen, Prag, Ostrava und weiteren acht Orten ausbrachen. 130 Streikaktionen wurden registriert. In Pilsen fanden sich am 1. Juni 1953 gegen 9 Uhr bis zu 15.000 Menschen zusammen und protestierten vor dem Gebäude des Bezirksnationalrats gegen die Währungsreform. Eine Gruppe von 50 Personen stürmte das Rundfunkgebäude und verlas einen Aufruf zum Sturz der Regierung auf. Nach dem Einsatz von Einheiten der Armee, des Nationalen Sicherheitskorps und der Polizei (verstärkt durch zwei Bataillone aus Prag) waren mittags noch 6.000 Menschen auf den Straßen, nachmittags nur noch kleinere Gruppen vor dem Rathaus (300), am Masaryk-Denkmal (500) und am Gerichtsgebäude (800), in das etwa 60 Leute eindringen. Erst um 19 Uhr war die „Ordnung“ wieder hergestellt. Der Sicherheitsberater des KGB in Prag General Bestschastnow teilte seinem Chef Marschall Berija am 1. Juni 1953 mit, daß die verhafteten Personen in Speziallager überführt werden. Von den 650 Inhaftierten wurden einen Monat später 331 vom Bezirksgericht Pilsen abgeurteilt. Aus dem Telegramm geht auch hervor, daß am 1. Juni 1953 um 9.30 Uhr in den Prager Rüstungsbetrieben „Stalingrad“, „Prag“ und „Aero“ 5.000 Arbeiter für zwei Stunden in den Streik traten und eine Überprüfung der Geldreform verlangten. Im ganzen Land wurden 738 Personen festgenommen.<sup>18</sup>*

*Berija machte bereits in der Nacht zum 2. Juni 1953 Regierungschef Malenkov auf eine Kardinalfrage der weiteren Politik gegenüber Osteuropa aufmerksam: Die Ereignisse aus Prag und Pilsen „müssen wir als Signal dafür werten, daß wir keine ausreichenden Vorstellungen über die tatsächlichen Zustände der inneren und wirtschaftliche Lage in der Tschechoslowakei haben.“ Das träfe auf alle Volksdemokratien zu. Das - „was sich in der Tschechoslowakei ereignete, kann sich auch in anderen Ländern wiederholen und zu noch größeren unerwünschten Folgen führen.“<sup>19</sup> Man müsse umgehend mit der Prager Führung den neuen Kurs ausarbeiten. Staatspräsident Zapotocky äußerte sich erstmals öffentlich zu den Ereignissen am 10. Juni 1953 vor der Belegschaft des Prager Großbetriebes „CKD Sokolovo“. Er räumte ein, daß die Währungsreform nicht nur bei dem „Klassenfeind“, sondern auch bei jenen Bürgern, die mit „unserer Regierung noch nicht verwachsen sind, große Bestürzung hervorgerufen“ habe. Am Geschrei der in- und ausländischen Reaktion könne man ersehen, daß „unser Schlag gesessen hat.“ Zwar hätten auch Arbeiter Opfer bringen mußten, aber vor allem hätten die Reichen*

und Schieber ihre versteckten Geldreserven verloren. Die Währungsreform sei ein Garant für die langfristige Verbesserung der Lebensverhältnisse und den Leistungsanstieg. Die Löhne würden künftig „nur in dem Maße steigen, wie die Produktion und die Arbeitsproduktivität steigen. Die Folge davon wird das Absinken der Preise sein.“ Es habe sich um Maßnahmen gehandelt, „die uns eine bessere Bewertung der Arbeit, die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, neue Werte, bessere Marktversorgung und damit erhöhte Befriedigung der steigenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse bringen sollen.“ Er gab zu, daß es „auch Proteste gegeben (habe). ... Sehr geschadet hat uns die Undiszipliniertheit derjenigen Direktoren, der Betriebsleitungen und Ämter, die trotz ausdrücklicher Weisung die Gehälter im Monat Mai nicht ausbezahlten.“<sup>20</sup> Am 11. Juni 1953 begründete Staatspräsident Zapotocky seine harte Linie gegenüber den Streikenden vor Vertretern aller Bezirksleitungen der KPC: Arbeiter hätten kein Recht ohne Gewerkschaftszustimmung in den Streik zu treten. „Wir dürfen nicht denken, daß dem Arbeiter alles erlaubt ist. Sobald der Arbeiter auf der Seite des Klassenfeindes auftritt, gebe ich mir keine Mühe, ihn zu überzeugen. In diesem Falle mache ich ihm seine Tätigkeit unmöglich. ... Wir haben allen Grund dafür, eine starke Hand zu zeigen.“<sup>21</sup>

*Der sog. Neue Kurs wurde gemeinsam mit der sowjetischen Führung und unter dem Eindruck der Ereignisse in der benachbarten DDR erarbeitet.* Am 26. Juni 1953 beschlossen das Politische Sekretariat des ZK der KPC und die Regierung der CSR, die Versorgung mit Konsumgütern und Lebensmitteln zu verbessern, die Finanzdisziplin zu festigen, die Selbstkosten zu senken, einige geplante industrielle Großprojekte aus dem laufenden Fünfjahrplan herauszunehmen. Moskau hatte kritische Einwände gegen die von Novotny anvisierten „Säuberungen“ der Gewerkschaften und des Partei- und Staatsapparates von jenen Personen, die Anfang Juni 1953 „kleingläubig und schwankend waren oder manchmal auch feindliche Positionen bezogen“<sup>22</sup> hätten. Das könne unter den gegenwärtigen Bedingungen nur zu weiteren Unzufriedenheiten in der Bevölkerung führen.<sup>23</sup> Die Kursbestimmung zog sich bis zum Herbst 1953 hin.

Die im engsten Zirkel erarbeiteten sog. Augustthesen begründete Zapotocky in seinem Bericht nicht nur mit dem Umbau der Wirtschaft. Doch Parteichef Novotny ließ nicht zu, daß die wenigen Ansätze einer politischen Reform (Revision der politischen Prozesse und Rehabilitierung der Opfer des Stalinismus, Überwindung der diktatorischen Methoden des Parteiapparates usw.) auf die Agenda des Septemberplenums 1953 kamen.<sup>24</sup> *Der wirtschaftliche Kurs auf Erweiterung der Nahrungsmittel- und Konsumgüterproduktion, auf Förderung des staatlichen und privaten Wohnungsbaus sowie die seit Oktober 1953 beginnenden regelmäßigen Preissenkungen führten zur spürbaren Anhebung der Lebensbedingungen.*

Auch die mit dem internationalen Entspannungsprozeß seit Frühjahr 1953 beginnende Umstellung von Teilen der Rüstungswirtschaft auf zivile Produktion war ein wichtiges Moment. *Der auf die Wirtschaftspolitik begrenzte sogenannte*

*Neue Kurs führte zu einem langfristigen Konsens zwischen Volk und Herrschaftselite.*

Wenig erfolgreich war deshalb die US-Diversion von „Free Europe Press“ und „Radio Freies Europa“ mit der Bezeichnung „Prospero“ („Wohlstand“) gegen die Tschechoslowakei (seit 13. Juli 1953 warfen 6.512 Ballons zwölf Millionen Flugblätter ab), die darauf zielte die damals „unbekannten Pilsner Unruhen“ zu einem antikommunistischen Aufstand auszuweiten. Ähnlich wirkungslos war die Operation „Veto“ („Einspruch“) 1954, in der „Zehn Forderungen der Volksopposition“ in einer Auflagenhöhe von 20 Mio. Exemplaren über 100.000 Ballons abgeworfen wurden.<sup>25</sup>

*Die stabile Lage war für die neostalinistische Novotny-Fraktion kein Anlaß, das politische Regime zu reformieren, den Raum politischer Emanzipation und Machtpartizipation der Bevölkerung zu erweitern. Im Gegenteil - die bisherige Repressionspolitik wurde weitergeführt. Da es auch keinen Druck aus Moskau gab, wurden sogar Nachfolgeprozesse des Slansky-Schauprozesses von 1952 bis Ende 1954 fortgesetzt.<sup>26</sup> Gewissermaßen symbolisch für die Weiterführung des stalinistischen Kurses auf der politischen Ebene war die Enthüllung eines Denkmals für den Verbrecher Stalin am 1. Mai 1955 in Prag. Unter dem mächtiger werdenden Parteichef Novotny galt die Doktrin: Gottwalds Kurs vom Februar 1948 ist richtig und bedarf keiner Korrektur, es gab lediglich zeitweilige Fehler bei der Umsetzung. Der Neue Kurs begann schließlich (ähnlich wie in der DDR) an Auszehrung zugrunde zu gehen, bevor er sich richtig durchgesetzt hatte.<sup>27</sup>*

Die eigentliche Entstalinisierung begann erst unter dem Reformkommunisten Alexander Dubcek 1968. Sie scheiterte erneut am Widerstand Moskaus, diesmal an der noch nicht zittrigen, sondern recht entschlossenen Hand des Neostalinisten Breshnew.

### **Der alternative reformkommunistische Kurs zum Stalinismus in Ungarn**

Im Unterschied zur DDR und zur Tschechoslowakei kam es 1953 in den anderen Volksdemokratien lediglich zu sporadischen lokalen antistalinistischen Aktivitäten. Die alten Machttechniker, die „Stalins“ im osteuropäischen Kleinformat, blieben am Ruder und setzten die Politik der Repressionen ohne Moskaus Order fort. Wie mächtig Stalins Schatten noch immer war, offenbart die Tatsache, daß die polnische Führung zwei Tage nach dem Tod des Diktators entschied, Katowice in Stalinstadt umzubenennen und dem Palast der Wissenschaft und Kultur den Namen Stalins verlieh. Im Agrarland Ungarn war infolge der Überindustrialisierung und der kriegskommunistischen Politik gegenüber der Bauernschaft die Lage besonders kritisch. Die Ernteerträge fielen zwischen 1949 und 1952 unter dem Stand der 30er Jahre (Kartoffeln, Futtergetreide und Weizen um 13, 15 und 6 Prozent. Die Mißernte und die Zwangsablieferung lösten im Sommer 1952 in den Komitaten Bacs-Kiskun, Bekes und Pecs Unruhen aus. Das Regime der persönlichen Macht des treuesten Stalin-Schülers Matyas Rakosi hielt sich nur noch durch Massenterror am Leben. Wurden von 1949 bis 1951 295.000 Personen in Strafverfahren

abgeurteilt, so stieg diese Zahl allein im Jahre 1952 etwa auf eine halbe Million. Rakosi ahmte auch Stalins antizionistische Terrorwelle nach, schaltete hochrangige Funktionäre jüdischer Herkunft aus (Sicherheitschef Gabor Peter, die Politbüromitglieder Zoltan Vas und Istvan Kovacs).

Erst nach sowjetischer Aufforderung schlug Rakosi am 3. Juni 1953 im ZK-Sekretariat vor, die Wirtschaftspläne zu überprüfen, die Partei- und Staatsämter zu trennen und eine Amnestie zum Nationalfeiertag im August 1953 zu erlassen.<sup>28</sup>

Die Ereignisse in Prag veranlaßten das Kreml-Triumvirat, die Kursänderungen in Budapest ohne Zeitverluste festzumachen. Das erfolgte zwischen dem 12. und 14. Juni 1953 in Moskau nicht nur mit Matyas Rakosi und seinem Stellvertreter Ernö Gerö. Zusätzlich eingeladen waren der parteilose Staatspräsident Istvan Dobi, der Leiter des Sekretariats des Ministerrates Bela Szalai, der Budapester Parteichef Rudolf Földavari, die Minister für Staatsgüter und Landwirtschaft, Istvan Hidas und Andras Hegedüs.

Überraschend war die Teilnahme von Imre Nagy. Nach der Befreiung Ungarns hatte sich der ehemalige Kominternfunktionär, informeller Mitarbeiter des NKWD, als Landwirtschaftsminister einen Namen gemacht. Nachdem ihn Rakosi 1949 wegen „rechtsnationalistischer Abweichungen“ aus der Führung entfernt hatte, stieg er im November 1952 zum stellvertretenden Ministerpräsident auf.<sup>29</sup>

Den Grundtenor der Beratung im Kreml gab Ministerpräsident Malenkow vor: „Wir als Kommunisten sind allesamt verantwortlich für die Dinge in Ungarn. Auch die Sowjetunion ist dafür verantwortlich, was für ein Regime in Ungarn herrscht.“ Berija stellte den persönlich Verantwortlichen für den ungarischen Sicherheitsdienst AVH, Partei- und Staatschef Rakosi die Frage: „Ist es in Ungarn akzeptabel, daß bei einer Bevölkerung von 9,5 Mio. Verfahren gegen 1,5 Mio. im Gange sind?“ Er verlangte gemäß der Neuerung des Kreml auch in Ungarn die AVH dem Innenministerium zu unterstellen. Es sei angebracht, daß der Regierungschef Ungarns (hier spielte er auf Rakosis jüdische Herkunft an) „ein Ungar ist“ und schlug dafür Imre Nagy vor. „Rakosi, ein Genosse mit großer Erfahrung“, solle weiter die Partei führen. Da eines Tages die sowjetischen Truppen aus Ungarn abziehen würden, „muß man sich vorbereiten und stärker werden.“ Chruschtschow bescheinigte Rakosi, daß er unfähig sei, kollektiv zu arbeiten und forderte von ihm „tiefgehende Schlußfolgerungen“, kritisierte die forcierte Kollektivierung der Landwirtschaft und den Ausschluß von Imre Nagy 1949 aus der Führung. Berija und Malenkow verlangten, die Politik gegenüber den Bauern zu verändern, die Schwerindustrie zu drosseln und der Konsumgüterproduktion größere Aufmerksamkeit zu widmen. Das in einer Klausurberatung von den Ungarn ausgearbeitete Dokument wurde vom Kreml abgesehnet. Malenkow und Berija versicherten, daß das Verhältnis Moskaus zur neuen ungarischen Führung künftig „verantwortungsvoller, seriöser und andersartig sein werde.“<sup>30</sup>

*Das am 27. Juni 1953 in der erweiterten Sitzung des ZK der Partei der ungarischen Werktätigen beschlossene Dokument des Neuen Kurses in Ungarn*

*war mehr als eine Kurskorrektur der Wirtschaftspolitik wie in Berlin, Prag, Warschau, Bukarest und Sofia. Es war das für die damalige Zeit das radikalste reformkommunistische Programm, eine Alternative zur Ideologie und Politik des ungarischen Stalinismus.*

Der ZK-Beschluß, der allerdings erst 1986 in Ungarn bekannt wurde, stellte fest, „daß von der Parteiführung mit dem Genossen Rakosi an der Spitze in den politischen Zielvorgaben und der praktischen Arbeit der vergangenen Jahre schwere Fehler begangen worden sind. Diese Fehler haben sich auf den Lebensstandard der Bevölkerung allgemein und besonders auf den der Arbeiterklasse ungünstig ausgewirkt, durch sie wurden ... generell die Beziehungen zwischen Partei, Staat und den werktätigen Massen negativ beeinflußt und in der Volkswirtschaft gravierende Probleme erzeugt. ... Die zu schnelle Kollektivierung der Landwirtschaft stellt einen gravierenden Fehler dar, und das um so mehr, da Genosse Imre Nagy innerhalb der Parteiführung gegen diese Politik aufgetreten war.“ Die Rakosi-Führung habe mit Polizei und Gerichten die Werkätigen „massenhaft verfolgt und abgeurteilt.“ Noch immer bestehe das „Internierungssystem, das der Willkür Tür und Tor öffnet und mehr als acht Jahre nach dem Ende des Krieges nicht mehr zu rechtfertigen ist.“ Es sei falsch gewesen, „daß Genosse Rakosi der AHV unmittelbare Befehle erteilte, wie diese ihre Ermittlungen zu führen, wen sie zu verhaften habe, und daß er Befehle zur physischen Mißhandlung von Gefangenen geben hatte, was gesetzlich verboten ist.“<sup>31</sup>

Das von Imre Nagy auf der Nationalversammlung am 4. Juli 1953 unterbreitete Regierungsprogramm wurde von der Bevölkerung mit großen Hoffnungen aufgenommen und trug wesentlich zur Entspannung der zugespitzten politischen Lage bei. Großprojekte wie das Hüttenwerk in Sztalinvaros (Stalinstadt) und die Budapester U-Bahn wurden gestoppt. Es ging um den Umbau des Wirtschaftssystems nach den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung. Einer der wichtigsten Eckpfeiler war das für drei Jahre konzipierte Landwirtschaftsprogramm, das auf leistungsfähige Bauernwirtschaften setzte. Die Reserven des Akkumulationsfonds wurden für die Nahrungs- und Konsumgüterproduktion, den Bau und die Sanierung von Wohnungen sowie für Lohnerhöhungen von einer Mio. Beschäftigten und Preissenkungen umgeleitet.

Auseinandersetzungen entbrannten zwischen den Stalinisten um Rakosi und den Reformkommunisten um Nagy nicht nur wegen der Wirtschaftsstrategie, sondern auch in Bezug auf die Überwindung des Massenterros und Rehabilitierung seiner Opfer. Die von Imre Nagy am 24. Juli 1953 erlassene Amnestie befreite 784.000 Ungarn. Die Polizei besaß mit dem Gesetz vom 14. August 1953 nicht mehr die gerichtliche Kompetenz. Aufgehoben wurden die Zwangsaussiedlung von 14 486 Bürgern aus Budapest und anderen Städten. Aus den vier Internierungslagern der AVH kamen 3 234 von 5.000 Inhaftierten bis Oktober 1953 frei, auch alle auf die Hortobagy verbannten 7.281 Menschen. Geldstrafen für 427.000 Personen wurden annulliert.<sup>32</sup> Die Rakosi-Gruppe verhinderte jedoch die Rehabilitierung der Opfer

des ersten und größten osteuropäischen Schauprozesses gegen Lazlo Rajk und Genossen, angeblich um die Autorität der Partei nicht zu schädigen.<sup>33</sup> Ungeachtet des ungarischen Reformkurses starteten die USA 1954 die staatsfeindliche Propagandaaktion „Operation Focus“ gegen Ungarn. Auf das Land fielen durch eine Ballonaktion allein am 1. Oktober 1954 eine Mio. Exemplare der sog. Zwölf Forderungen der „Nationalen Opposition“, abgekürzt NEM, also „Nein“ gegen die Nagy-Regierung. Damit sollten auch Erinnerungen an revisionistischen Forderungen gegen Trianon (1920) assoziiert werden („Nem, Nem, soha! - Nein, nein, niemals!“). Als es mit dem Neuen Kurs im Frühjahr 1955 zu Ende ging, weil Imre Nagy auf Moskaus betreiben ausgeschaltet worden war, endete auch die Diversionsaktion „Focus“ - allgemein übersetzt als „Brennpunkt“, im medizinischen auch als „Krankheitsherd“ bezeichnet.<sup>34</sup>

Bereits im Januar 1955 geriet Nagys reform-kommunistische Politik unter Beschuß des Kreml. Im April 1955 wurde er abgelöst. Wohl auch, weil er die Grenzen des von Moskau definierten sog. Neuen Kurses überschritt. Chruschtschow, der zum einflußreichsten sowjetischen Politiker aufstieg, kritisierte die Landwirtschaftspolitik als „bucharinistisch“ und den Kurs auf Anhebung der Lebensbedingungen als „pazifistisch“: Es reiche nicht aus, genügend Reserven an Speck zu haben, der Sozialismus brauche auch Flugzeuge.

*Chruschtschow sah in der fehlenden Einheit der ungarischen Führung die Hauptgefahr für künftige Instabilitäten; zudem noch in einem Land, das in absehbarer Zeit infolge der zu erwartenden Unabhängigkeit Österreichs (1955) zu einem Frontstaat an der Trennlinie der gegensätzlichen Systeme aufrückte. Mit dem Sieg der Rakosi-Fraktion endete das einzigartige antistalinistische Reformprojekt Osteuropas zwischen Juni 1953 und April 1955.*

Der neue Kurs barg ein Oppositionspotential gegen das Rakosi-Regime. Der charismatische und visionäre Imre Nagy, den der ungarische Historiker Gosztony als eine „Art Vorgänger von Alexander Dubcek in Prag 1968“<sup>35</sup>, erhielt im Krisenjahr 1956 eine neue Chance. Daß ihm wiederum kein dauerhafter Erfolg beschieden war, lag vor allem an sowjetische Militärintervention im Herbst 1956. Dazu erhielt der Kreml-Chef Rückendeckung durch die US-Administration, die damals an der Beendigung der Aggression Großbritanniens, Frankreichs und Israels gegen Ägypten (Suezkrieg) interessiert war. Für den nordamerikanischen Fuchs hingen die Trauben im sowjetischen Einflußbereich Ungarn viel zu hoch; sie waren hier auch nicht so verlockend wie jene im Orient.

## Anmerkungen

<sup>1</sup> Nach seiner Ausschaltung aus dem politischen Leben wurde Berijas Rolle bei der Überwindung des Stalinismus zwischen März und Juni 1953 von der sowjetischen Partei- und Staatsführung verfälscht. Er wurde zum Hauptschuldigen an den Verbrechen des Stalin-Systems abgestempelt. Dieser Mythos hielt sich bis in die 90er Jahre in der Geschichtsschreibung und Politik und hatte zur Folge, daß die durchaus bedeutsame Rolle Chruschtschows im Kampf gegen den Stalinismus seit 1953 im Zusammenhang mit seiner mutigen Geheimrede auf dem XX. Parteitag überhöht wurde. Zu den Hauptanschuldigungen gegen Berija vgl. Viktor Knoll/Lothar Kölm: Der Fall Berija. Protokoll einer Abrechnung. Das Plenum des ZK der KPdSU Juli 1953. Stenographischer Bericht, S. 132ff, 315f. und 320. Zu neueren Einschätzungen über Berijas tatsächlichen Anteil an der Überwindung des Stalin-Erbes vgl. u.a. W. Subok/K. Pleschakow: Der Kreml im Kalten Krieg. Von 1945 bis zur Kubakrise, Hildesheim 1997; Lina Pleines: Der „Neue Kurs“ Berijas nach Stalins Tod, in: Osteuropa, Stuttgart 1998, Heft 11/12, S. A 367-374 (Dokumente); Christoph Kleßmann/Bernd Stöver: 1953 - Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, Böhlau/Weimar/Wien 1999, S. S. 29ff. und 49ff.; Vladimir Nekrassov (Hrsg.): Berija Henker in Stalins Diensten. Ende einer Karriere, Berlin 1952; St. Merl: Berija und Chruschtschow: Entstalinsierung oder Systemerhalt, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Hamburg 2001, Nr. 9, S. 484ff. Auf der Grundlage der erschlossenen Archivbestände erschienen in russischer Sprache zu dieser Thematik u.a. R.G. Pichoja: Sovetskij Sojuz: Istorija vlasti 1945-1991, Novosibirsk 2000; M. Narynskij Cholodnaja Vojna. Noveye podchody, novye dokumenty, Moskva 1995; V. P. Naumov: Bor'ba N.S. Chrusceva za edinolicuju vlast' v partijno-gossudarstvennych verchach SSSR vesnoj 1953 goda, in: Novaja i novejsaja Istorija, Moskva 1996, Nr. 5-6, S.39ff; ders.: Posle smerti Stalina, in: Rossija i sovremennij mir, Moskau 1995, Nr. 4, S. 143ff; ders.: Byl li zagovor Berii? Noveye dokumenty o sobytiach 1953g., in: Novaja und novejsaja istorija, Moskva 1998, Nr. 5, S. 23ff.; B. Starkov: Sto dnej „Ljublanskogo Marsala“, in: Istocnik, Moskva 1993, Nr. 4, S. 83ff.; Amy Nnight: Berija. Stalins First Lieutenant, New York 1993.

<sup>2</sup> Vgl. R. G. Pichoja: Sovetskij Sojuz, S. 116; Bernd Stöver: Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische Liberation Policy im Kalten Krieg 1947-199, Köln/Weimar/Wien 2002, S. 176.

<sup>3</sup> Vgl. Wladislaw Subok/Konstantin Pleschakow: Der Kreml im Kalten Krieg. Von 1945 bis zur Kubakrise, Hildesheim 1997, S. 222f.

<sup>4</sup> Zitiert und aus dem Russischen vom Autor übersetzt nach Boris Starkov: Sto dnej, S. 86.

<sup>5</sup> Zitiert und aus dem Russischen übersetzt nach Izvestija CK KPSS, 1991, Heft 1, S. 143.

<sup>6</sup> Zitiert in deutscher Sprache nach Wladislaw Subok/Konstantin Pleschakow: Der Kreml, S. 226

<sup>7</sup> Zitiert und vom Verfasser übersetzt nach Istoriceskij archiv, Moskau 1994, Nr. 2, S. 88.

<sup>8</sup> Vgl. Rolf Stöckigt: Ein Dokument von großer historischer Bedeutung vom Mai 1953, in: BzG 32 (1990), Heft 5, S. 648-659

<sup>9</sup> Vgl. Reabilitacija: Kak eto bylo. Dokumenty Prezidiuma CK KPSS i drugie materialy, tom 3 Mart 1953-Februarj 1956, Moskva 2000; A. I. Kokurin/I. V. Petrov: GUALG (Glavnoje unpravlenie lagerej) 1917-1960, Moskva 200, S. 431ff.

<sup>10</sup> Vgl. Sovetsko-izrail'skie otnosenija. Sbornik dokumentov, tom I 1943-1953, Kniga 2 Maj 1949-1953, Moskva 2000, S. 438ff.

<sup>11</sup> Viktor Knoll/Lothar Kölm: Der Fall Berija, S. 132ff, 315f. und 320.

- <sup>12</sup> Zitiert nach Bernd Greiner/Kurt Steinhaus: Auf dem Weg zu, 3. Weltkrieg? Köln 1980, S.182f.
- <sup>13</sup> Zitiert nach Bernd Stöver: Das Umbruchsjahr 1953. Ein Resümee, in: Christoph Kleßmann/Bernd Stöver: 1953 - Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, Köln/ Weimar/Wien 1999 , S. 200.
- <sup>14</sup> Vgl. Karel Kaplan: Die politischen Prozesse in der Tschechoslowakei 1948-1954, München 1986, S. 55ff.
- <sup>15</sup> Zitiert und vom Verf. übersetzt nach: Vostocnaja Evropa v dokumentach rossijskich archivov 1944-1953, Moskva/Novosibirsk 1997, Bd. 2, S. 883f.
- <sup>16</sup> Zitiert und vom Verf. übersetzte nach: Rude Pravo, Prag, vom 5. Mai 1953.
- <sup>17</sup> Zitiert nach Jiri Pernes: Die politische und wirtschaftliche Krise, S. 99.
- <sup>18</sup> Der Umtausch von Guthaben bis zu 5 000 bzw. 10 000 Kronen erfolgte ebenfalls im Verhältnis 5 bzw. 6,25:1, von über 10.000 bzw. 25.000 im Verhältnis 10:1 bzw. 25:1, was über 50.000 Kronen lag 1:30. Vgl. Rude Pravo, Prag vom 31. Mai 1953; Dana Musilova, Menova reforma 1953 a jeji socialni dusledky. Studie a dokumenty, Praha 1994.
- <sup>19</sup> Vgl. Vostocnaja Evropa, Bd. 2, S. 921-923.
- <sup>20</sup> Zitiert und vom Verf. übersetzt nach Vostocnaja Evropa, Bd. 2, S. 918f.
- <sup>21</sup> Zitiert und vom Verf. übersetzt nach Rude Pravo, Prag, vom 11. Juni 1953
- <sup>22</sup> Zitiert nach Jiri Pernes: Die politische und wirtschaftliche Krise, S. 102.
- <sup>23</sup> Zitiert und vom Verf. übersetzt nach: Vostocnaja Evropa, Bd. 2, S. 926, Anm. 2.
- <sup>24</sup> Vgl. Ebenda, S. 934f.
- <sup>25</sup> Vgl. Regierungserklärung von Viliam Siroky in der Nationalversammlung vom 15. September 1953: in Rude Pravo , Prag, vom 16. September 1953.
- <sup>26</sup> Bernd Stöver: Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische Liberation Policy 1947-1991, Köln/ Weimar/Wien 2002, S. 448ff.)
- <sup>27</sup> Vgl. Karel Kaplan: Die politischen Prozesse in der Tschechoslowakei 1948-1954, München 1986.
- <sup>28</sup> Vgl. Jiri Pernes: Die politische und wirtschaftliche Krise, S. 102.
- <sup>29</sup> Janos M. Rainer: Ungarn 1953-1956, Die Krise und die Versuche ihrer Bewältigung, in: Andras B. Hegedüs/ Manfred Wilke (Hrsg.): Satelliten nach Stalins Tod. Der Neue Kurs. 17.Juni in der DDR Ungarische Revolution 1956, Berlin 2001, S. 137ff.
- <sup>30</sup> Vgl. : Vostocnaja Evropa, Bd. 2, Dokument 275, S. 753ff., Dokument 282, S. 787ff. und Dokument 298, S. 824ff.
- <sup>31</sup> Zitiert nach Janos M. Rainer: Ungarn 1953-1956, S. 147, 145 und 147, Anmerkung 3 und S. 149
- <sup>32</sup> Zitiert nach dem Wortlaut des Dokuments in deutscher Sprache vgl. György Litvan/Janos Bak (Hg.): Die ungarische Revolution 1956. Wien 1996. S. 36 ff.
- <sup>33</sup> Vgl. Janos M. Rainer: Ungarn 1956, S. 137 ff.; vgl. ders.: Der neue „Neue Kurs“ in Ungarn 1953, S. 71ff.
- <sup>34</sup> Vgl. Imre Nagy: Politisches Testament. Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Hugh Seton-Watson, München 1959, S. 336f.)
- <sup>35</sup> Vgl. Bernd Stöver: Die Befreiung vom Kommunismus, S. 457ff.
- <sup>36</sup> Peter Gosztony: Der Volksaufstand in Ungarn 1956. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Bonn 48 (1996). B37-38. S. 4

## **Intellektuelle im Jahr 1953.**

Reaktionen auf Stalins Tod<sup>1</sup>

### **Der psychisch kranke Diktator**

Im Oktober 1952 fand erstmals seit 1939 wieder ein Parteitag der KPdSU, der XIX. Parteitag, in Moskau statt. Auf einer kurz nach diesem Parteitag durchgeführten Plenartagung sprach, wie wir aus einer erst im Jahre 1989 veröffentlichten Mitschrift Konstantin Simonows wissen, als einziger Stalin.<sup>2</sup> Er warf die Frage danach auf, was nach seinem Tode kommen werde und gab zu erkennen, dass er mit einer unmittelbar bevorstehenden militärischen Auseinandersetzung zwischen den USA und der UdSSR rechne. Damit überschätzte Stalin die akute Kriegsgefahr. Er glaubte, klarer als andere in der KPDSU (B) – Führung die „tödliche Gefahr“<sup>3</sup> zu erkennen, die über allen schwebte.

Durch die Moskauer Führungsetagen schwirrten böse Gerüchte über eine ausbrechende Geistesverwirrung. Stalin, der psychisch krank und voller Misstrauen war, hatte seine frühere Fähigkeit zur realen Lagebewertung offenbar weitgehend eingebüßt. Das sich nunmehr abzeichnende Ende des Koreakrieges musste nicht bedeuten, dass der Krieg in Europa ausbrechen würde, wie Stalin glaubte. Die sich nach Stalins Tod abzeichnenden vorsichtigen Entspannungstendenzen vom April und Mai 1953 mit der Perspektive neuer Drei- bzw. Viermächte-Verhandlungen, Waffenstillstandsverhandlungen und die Verhandlungen über den Gefangenenaustausch in Panmunjon sollten dies bestätigen. Nichtsdestoweniger hatte angesichts der Machtfülle, die sich in der Hand von Generalissimus Stalin angehäuft hatte, diese Fehleinschätzung schwerwiegende Auswirkungen auf die DDR.<sup>4</sup>

Die vom 20. bis 22. November 1952 stattfindende 10. Plenartagung des ZK der SED legte die DDR noch stärker auf das sowjetischen Modell fest und fasste einen fatalen Beschluss, der auf eine „Beschleunigung“ des sozialistischen Aufbaus<sup>5</sup> zielte. Für deren Notwendigkeit gab Ulbricht die Pseudobegründung, dass auf Grund der Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung „das, was gestern richtig war, heute bereits überholt und unrichtig“ sei.<sup>6</sup> Das Charakteristische der gegenwärtigen Situation bestehe darin, dass sich der Klassenkampf verschärfe, behauptete Ulbricht. Auf sowjetischen Vorschlag beschloss die Tagung, für die Landesverteidigung zusätzlich 1,5 Milliarden Mark einzusetzen. Eine Aufstockung der Mittel für das Militär mussten auch andere europäische sozialistische Länder vornehmen. Finanzminister Willy Rumpf auf der Tagung begründete Programm der Sparsamkeit. Es sah vor:

- höhere Besitz- und Einkommenssteuern
- gezielte Preiserhöhungen, ausgenommen Waren des Grundbedarfs
- Einsparungen in der volkseigenen Wirtschaft.

Das alles aber bedeutete eine Überdehnung der volkswirtschaftlichen Möglichkeiten der DDR. Kürzungen des Realeinkommens und Einschränkung sozialer Leistungen stellten die einfache Reproduktion der Ware Arbeitskraft in Frage. Der Bogen wurde überspannt.

Auch machten einige Vorgänge in Moskau es für aufmerksame Zeitgenossen schwer zu verstehen, was da eigentlich vorging. Am 13. Januar 1953 meldete die sowjetische Nachrichtenagentur TASS die Verhaftung von „Mörderärzten“. Im Gefolge der „Verschwörung der Kreml-Ärzte“, denen Spionage und versuchte Ermordung hoher Sowjetführer vorgeworfen wurde<sup>7</sup>, schwappte eine Woge des Antisemitismus von der UdSSR in die DDR über und verunsicherte jüdische Bürger. Dieser Antisemitismus war nicht rassistisch motiviert wie im NS-Regime. Es handelte sich um einen eher taktisch geprägten Antisemitismus.

Im Bezirk Cottbus diskutierten Ärzte darüber, dass es sehr gefährlich sei, Mitglieder der SED zu behandeln: „Bei dem geringsten Misslingen einer Behandlungsmethode würde sofort eine gerichtliche Bestrafung einsetzen ... Unter den jüdischen Ärzten wird bewusst das Argument verbreitet, dass im Zusammenhang mit dem Prozess eine Judenverfolgung zu erwarten sei. Es wird vom Gegner unser Kampf gegen die feindlichen zionistischen Organisationen gleichgesetzt mit einem Kampf gegen die Juden.“<sup>8</sup>

Nach Angaben von Wilhelm von Sternburg hielt Arnold Zweig am 13. Januar 1953 in der Volkskammer der DDR eine leidenschaftliche Rede, die sich gegen die Methoden der DDR-Justiz richtete, die 25 Jahre Zuchthaus mit Leichtigkeit verhängte.<sup>9</sup> Da im Januar 1953 keine Plenartagung der Volkskammer stattfand, hat sich der Vorgang vermutlich im Petitions-Ausschuss der Volkskammer abgespielt, dessen Mitglied Zweig war. Zweig, der sehr unter den willkürlichen Verhaftungen in der DDR litt und der sich darüber mehrfach ungehalten äußerte, war nach Auffassung des westlichen Freundeskreises in Gefahr. Robert Neumann schrieb an Lion Feuchtwanger: „Ich frage mich, was wir für unseren Arnold Zweig tun können. Sie wissen ja wohl, dass er durch Becher in der Akademie ersetzt worden ist. Er ist zweifellos gefährdet. Andererseits kann ich nicht ermessen, ob auch er das fühlt und ob er weg will. Es ist ja so schwer, all das von hier aus zu beurteilen. Wie denken Sie darüber?“<sup>10</sup> Feuchtwanger beschwichtigte jedoch Neumann. Von ernsthafter Gefahr könne keine Rede sein. Zweig habe gerade in einem Aufruf in der DDR-Presse den Zionismus verteidigt. Was für Zweig gerade noch glimpflich abgegangen war, hatte in anderen Fällen Folgen, worauf hier nicht näher einzugehen ist.

Im Zusammenhang mit der vom Stalinismus arg geschädigte Sowjetwissenschaft war von Wissenschaftlern der DDR noch zu Stalins Lebzeiten wiederholt Widerspruch eingelegt worden, wovon das mutige Auftreten des Genetikers Hans Stubbe gegenüber dem Scharlatan Trofim D. Lyssenko besonders hervorstach. Lyssenko verunglimpfte die traditionelle Vererbungslehre als „bürgerliche“ und „reaktionäre“ Wissenschaft. An ihre Stelle wollte Lyssenko eine „proletarische Biologie“

setzen. Stubbe erklärte öffentlich, dass die Behauptungen der Lyssenko -Schule einer Prüfung nicht standhielten.<sup>11</sup>

Der Historiker Ernst Niekisch sprach wiederholt die Diskussion über den Formalismus kritisch an. Gegen den Formalismus sei gewiss unendlich viel einzuwenden. Jedoch gäben viele, die sich gegen den Formalismus wandten, dem Verdacht Nahrung, dass ihr Kampf weniger gegen eine Stilart ginge als vielmehr gegen den Geist an sich: „Form und Stoff: in dieser Gegenübersetzung vertritt die Form das geistige Prinzip. Wenn man hier diskutiert hat, dann hat man häufig die Grenzen dessen überschritten, was erlaubt war, insofern man das Wesen des Geistes berücksichtigen und achten wollte.“<sup>12</sup>

Nach Stalins Tod schien die sich bereits bemerkbar machende Nachdenklichkeit und der Zweifel von Intellektuellen und Wissenschaftlern am Genius des Diktators in Moskau zunächst einmal wie weggewischt zu sein. War es tatsächlich so oder hatte es nur den Anschein? Vielleicht sollte nicht unberücksichtigt bleiben, dass Diplomatie gegenüber der übermächtigen Besatzungsmacht immer auch bei denen mit im Spiele war, die schon über einen Ansatz von Durchsicht verfügten. Dass es daneben auch viele Blauäugige, Tumben und Ideologen unter den Intellektuellen und Wissenschaftlern gab, muss nicht unbedingt betont zu werden.

### **Gedenken anlässlich Stalins Tod**

Am 7. März 1953 veranstaltete der Präsidialrat des Kulturbundes eine Trauergedenkstunde anlässlich des Todes von Jossif W. Stalin. Becher eröffnete die Veranstaltung mit dem Hinweis, dass der Kulturbund an Armeegeneral Wassilij Tschuikow folgendes Telegramm gerichtet habe:

„Im Auftrage des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands bringen wir Ihnen und Ihrer Regierung unser Gefühl tiefster Ergriffenheit und Trauer zum Ausdruck über das Ableben des Gen. Stalin, des besten Freundes des deutschen Volkes. Die deutschen Kulturschaffenden mit den Kulturschaffenden der ganzen Welt verlieren in ihm den genialen Lehrer und Baumeister einer neuen humanistischen Menschheitskultur. In unerschütterlicher Verbundenheit mit dem sowjetischen Volke geloben wir in dieser schweren Stunde, im Geiste Stalins für die Erhaltung des Friedens zu kämpfen.“<sup>13</sup>

Zugleich verlas Becher den dreieinhalb Seiten langen Entwurf einer Erklärung des Präsidialrats, die sich an alle deutschen Kulturschaffenden wandte. Becher sah die Zustimmung des Präsidialrats für gegeben an und erteilte Bundessekretär Wendt das Wort. Dieser, 1936 bis 1938 und 1941 bis 1945 selbst Opfer stalinistischer Repression in der UdSSR<sup>14</sup>, sprach von tiefem Schmerz und großer Trauer. Es lebe ein Gefühl des unendlichen Dankenwollens gegenüber dem Mann, der Unvergleichliches für die Menschheit geleistet habe. Stalin habe in der Menschheitsgeschichte eine neue lichte Epoche eröffnet. Die ganze Menschheit danke Stalin. Auch die Intelligenz danke. Wendt richtete auch den Blick auf die von „Widersprüchen zerfressene“ und „untergehende Gesellschaft des

Kapitalismus“ und die widersprüchliche Wissenschaft: „Die bürgerliche Philosophie, die bürgerliche Ökonomie ist von einem Fäulnisprozess ergriffen, der auch die Künste nicht unberührt gelassen hat, der auch sie erfasst hat. Verschwunden sind die großen Ideen der Vergangenheit, nichts ist in dieser Philosophie geblieben von der großen Seele unserer klassischen Literatur, von dem großen Geist unserer klassischen Philosophen. Diese Seele und dieser Geist, sie haben die Fratze des modernen Kapitalismus gesellschaftlich gezeichnet als Fratze einer Bestie, die den Untergang herannahen fühlt, die gezeichnet ist von obskurantem Menschenhass.“<sup>15</sup>

Diese von Wendt genutzte Terminologie war der Terminologie Stalins durchaus adäquat. Mehr kam dann aber nicht. Becher stellte noch eine Delegation zusammen, die bei der Sowjetischen Botschaft kondolieren und am Stalindenkmäl einen Kranz des Kulturbundes niederlegen sollte. Becher schloss die Gedenkstunde mit den Worten: „Möge die Größe unserer Trauer der Größe Stalins entsprechen, möge die Größe unserer Trauer der Größe unserer Bemühungen entsprechen, alle Hoffnungen der Feinde des Friedens zunichte zu machen, die sie aus dem Tod Stalins schöpfen mögen, aus der Größe unserer Trauer für uns Kraft und Stärke entstehen, unsere deutsche Kultur einem neuen Aufstieg entgegenführen.“<sup>16</sup>

Der Schriftstellerverband der DDR schickte dem sowjetischen Schriftstellerverband ein Telegramm, in dem die Schriftsteller versicherten: „Auch wir deutschen Schriftsteller sind in diesen schweren Tagen reifer geworden. Immer werden wir nach Moskau blicken, nachzueifern versuchen. Wir versprechen Euch, gute nachbarliche Verwandte in der großen Familie derer zu sein, die den Sozialismus bereits aufbauen oder noch im Kampf um ihre Befreiung stehen.“<sup>17</sup>

Willi Bredel wühlte sich betäubt von Schmerz, als er vom Tode Stalins hörte: „Es ist als halte die Stadt den Atem an. Niemand von den vielen Menschen in den Straßen spricht. Ich blicke in die Gesichter. Ernst sind sie und traurig.“<sup>18</sup> Anna Seghers schrieb den Satz, der Zeitgenossen vielleicht auch zum Nachdenken veranlasste, dass sie am liebsten schweigen möchte. Jedoch sei ein junger Freund zu ihr gekommen, dem zumute war, als würde die Welt zum Stillstand gekommen sein. Dem sagte die Seghers: „Wenn plötzlich der teuerste Mensch fehlt, kommt einem die ganze Welt entleert vor. Jetzt ist's Dir zumute, als stünde alles still. Denn die gewaltigste aller Bewegungen, der Herzschlag Stalins, hat aufgehört. In Wirklichkeit aber ist die Welt gerade durch diese Kraft, in der die besten Kräfte der Welt zusammenströmten, in eine solche Bewegung versetzt, sie ist voll von vollendeten, von halbfertigen, von geplanten Leistungen..., dass wir jetzt unsere Kräfte und Gedanken einsetzen müssen bis zum äußersten.“<sup>19</sup> Dass Vieles erst „halbfertig“ oder erst „geplant“ sei, was meinte die Anna Seghers damit?

Stefan Heym gab auch später im Rückblick zu, dass ihn Trauer befallen hatte, nachdem er vom Tode Stalins gehört hatte: „Diese Trauer war echt: wäre nicht Stalin gewesen, Hitler hätte gesiegt. Ein Riese, der Mann; in seiner ruhigen, selbstsicheren Haltung, in dem harten Gesicht und dem prüfenden Blick war

personifiziert, was man unter Sozialismus verstand; er war die Autorität, sein Wort galt, bis zum Tag seines Todes; nun waren die Völker verwaist, wie sollte man auskommen ohne die große Vaterfigur?“<sup>20</sup> Heym hatte aber schon 1953 ein Gespür für viele falsche Töne und die wohlklingenden Elogen einiger seiner Zeitgenossen auf Stalin. Am 21. Dezember 1953 durfte er aus Anlass des ersten Geburtstages Stalins nach dessen Tod einen Nachruf für Stalin in der „Täglichen Rundschau“ veröffentlichen. Nicht ungeschickt lobte Heym Stalin, indem er sich von den „künstlichen Lorbeerblättern“ distanzierte: „Und dann waren die Lobhudeiler, die sich gar nicht genug tun konnten mit schönen Adjektiven. Als ob er das nötig gehabt hätte! Der Mann war von solchem Format – als Mensch, als Parteiführer, als Wissenschaftler, Historiker, General und Staatsmann – dass weder der Dreck noch die künstlichen Lorbeerblätter, die man ihm in den Weg warf, auch nur an seine Schuhsohlen reichten.“

Das war deutlich, zeugte aber auch noch von vielen Illusionen über die Stalin zugeschriebenen Fähigkeiten, von denen sich viele alsbald als pure Scharlatanerie entpuppen sollten. Es sei hier nur darauf verwiesen, dass Stalins Image als Wissenschaftler, wenn man überhaupt davon sprechen kann, darauf beruhte, dass er Forschungsergebnisse sowjetischer Wissenschaftler als seine eigene Leistung ausgab. Die Kritik an Nikolai Marrs sprachwissenschaftlicher Schule war von Viktor Winogradow und Arnold Tschikobawa ausgearbeitet worden. Stalin machte daraus Artikel für die „Prawda“, die dann als Broschüre veröffentlicht zu einem Gegenstand großer Konferenzen auch in der DDR gemacht wurden. Stalins letztes Werk „Ökonomische Probleme des Sozialismus“ (1952) beruhte auf Materialien einer Konferenz führender sowjetischer Ökonomen vom November 1951. Die „Geschichte der KPdSU: Kurzer Lehrgang“ war von einem Autorenkollektiv verfasst, aber als Stalins Werk ausgewiesen worden. Auf die Bitte des Direktors des Revolutionsmuseums, M. Samoilow, einige Seiten des Manuskripts für die Ausstellung zur Verfügung zu stellen, antwortete Stalin: „Genosse Samoilow, ich habe nicht gedacht, dass Sie sich in ihrem Alter mit solchen Trivialitäten abgeben. Das Buch ist in Millionen Exemplaren erschienen, wozu brauchen Sie dann noch ein Manuskript? Damit Sie beruhigt sind: Ich habe alle Manuskripte verbrannt. J. Stalin.“<sup>21</sup>

Diese Zusammenhänge wurden erst später aufgedeckt. Heym hatte davon 1953 noch keine Kenntnis. Nichtsdestoweniger versuchte das Hamburger Nachrichtenmagazin im Jahre 1994 Heym wegen dessen Äußerungen nach Stalins Tod unter Nutzung zurechtgestutzter Zitate zu einem Erzstalinisten zu stempeln. In einem offenen Brief wandte sich Heym gegen diesen „guten, alten stalinistischen Journalismus“, der „ohne Zusammenhang mit dem Vorhergehenden und dem Nachfolgenden, und missachtend die historischen Zeitumstände, unter denen einer schreibt, und ausgerichtet nach politischen Zwecken, über die man sich ausschweigt – dabei aber tiefend von Moral“<sup>22</sup> agierte.

Stalins Tod markierte noch einmal die Manifestation eines Personenkultes, wie er schon kurze Zeit später in dieser Entäußerung und Dimension nicht mehr vorstellbar war, wenngleich die Tendenz zum Aufblühen neuer Kulte bestehen bleiben sollte. Für die Verantwortlichen in der DDR begann eine Zeit des Nachdenkens darüber, wie es wohl in Moskau weitergehen würde. Viel Zeit blieb angesichts der drückenden Krisenerscheinungen nicht. Otto Grotewohl berichtete darüber, dass schon ab Februar der fehlerhafte Kreislauf in der DDR Anlass für gründliche Analysen gegeben hätte. Es sei die Überzeugung gereift, dass die notwendige und schnelle Veränderung mit eigenen Kräften nicht zu erreichen sei: „Wir wandten uns darum Anfang April mit der Bitte an unsere Freunde, die entstandene Lage zu überprüfen und uns durch Rat und Tat zu unterstützen.“<sup>23</sup> Bald sollte sich zeigen, dass die „Freunde“ sich zu „Rat“ aufrafften, aber hinsichtlich der „Tat“ vorerst stumm blieben. Mit anderen Worten: eine spürbare Entlastung von den Reparationen wäre neben den Korrekturen in der Innenpolitik unabdingbar für eine Stabilisierung der DDR gewesen, daran wollten die Nachfolger Stalins vorerst nicht denken. Im sowjetischen Außenministerium erfolgte zur gleichen Zeit eine kritische Überprüfung der sowjetischen Deutschlandpolitik unter Stalin. Bemängelt wurde, dass es trotz der Notenoffensive 1952 nicht gelungen war, die westliche Front in entscheidendem Maße aufzureißen.<sup>24</sup> Diesem kritischen Prüfungsprozess kam Winston S. Churchill mit einer außenpolitischen Rede im Unterhaus am 11. Mai 1953 sehr entgegen.<sup>25</sup> Erstmals zeichnete sich eine Chance ab, die starre Front der Ost-Westkonfrontation aufzubrechen.

### **Die Widerspiegelung von Stalins Tod in der Kulturbund – Enquête.**

Die Enquête wurde im März 1953 angefertigt, so dass sich der Tod Stalins darin widerspiegelte.

#### **Gera<sup>26</sup>**

In ihrer fachlichen Tätigkeit sind sie hervorragende Persönlichkeiten. In ihrer gesellschaftlichen Arbeit stehen sie den Fragen völlig ablehnend gegenüber. Das trifft vor allen Dingen auch für ausgezeichnete Intellektuelle zu, wie z. B. Prof. Dr. Hans K., der sich weigert, den Appell des Weltfriedensrates zu unterschreiben; Ingenieur L. von der Maxhütte, der, obwohl Mitglied der SED, nur nach längeren Diskussionen aus ganz prinzipiellen Erwägungen heraus ein Beileidschreiben an die SKK aus Anlass des Ablebens J. W. Stalins gab.

Nachdem im neuen Bezirk Gera nach der Teilung eine schlechte Verbindung zu den Geistesschaffenden bestand, (das ostthüringische Gebiet war durch die ehemalige Landesleitung stark vernachlässigt worden) demonstrierte sich die Aufgeschlossenheit der Geistesschaffenden weiter darin, dass sie ohne größere Anstrengung zahlreich zum Ableben J. W. Stalins Stellung nahmen und in diesen Stellungnahmen konkrete Verpflichtungen besonders in wissenschaftlicher Hinsicht übernahmen.

Der Personenkreis der Referenten wurde wesentlich erweitert (innerhalb der letzten drei Monate von 120 auf 250). Die meisten sind bereit, auch Dispositionen zu prüfen und selbst welche auszuarbeiten.

Unter den Architekten und Künstlern gewinnt der Kulturbund ebenfalls laufend neue Mitstreiter. Das zeigte sich besonders als nach dem Beschluss der SED, eine Stalin-Gedenkstätte in Gera zu errichten, der Kulturbund die Architekten zur Mitarbeit aufrief. Fast alle Architekten und Künstler (27) haben sich bereit erklärt, in gesellschaftlicher Arbeit die Renovierung eines verfallenen Barockgebäudes, sowie den Bau eines Pavillons zur Aufstellung einer Stalinbüste in die Hand zu nehmen.

Die gegnerische Arbeit beginnt mit systematischen RIAS-Sendungen. Eine ganze Reihe solcher Sendungen werden regelmäßig von Intellektuellen gehört. Aufgrund der Parolen, die [der] RIAS herausgibt, werden in Versammlungen und Veranstaltungen gewisse Meinungen ungläubig belächelt. So brachten nach Äußerung von Intellektuellen die westlichen Sender die Erkrankung und den Tod Stalins wesentlich früher, das nach ihrer Meinung wiederum ein Beweis dafür ist, dass unsere Nachrichten streng zensiert nur solche Meldungen bringen, die nach Meinung der Regierungsstellen dem Volk zuträglich seien.

Schwerin<sup>27</sup>

Die positive Einstellung zur Politik der SED und der Regierung der Sowjetunion und vor allem zum Genossen Stalin wurde u. a. bestätigt durch die Teilnahme einer sehr großen Anzahl von Angehörigen der Intelligenz an den Feierlichkeiten anlässlich des Ablebens vom Genossen Stalin. Sie wird auch durch die Beteiligung an den Konsultationen und Zirkeln, die zum Studium des Marxismus-Leninismus durchgeführt werden, zum Ausdruck gebracht.

Der Bezug zu Stalins Tod ist in seiner Dimension gemessen an den 180 Seiten der Kulturbund-Enquête eher als marginal einzuschätzen. Es fallen hier auch, im Unterschied zu den sonst sehr konkreten Aussagen in der Enquête, die eher phrasenhaften Formulierungen, die auf Stalin Bezug nehmen, auf. Hinsichtlich der in Gera geplanten Stalin-Gedenkstätte und der Bereitschaft von Architekten und Künstlern, daran mitzuwirken, ist deren dramatische soziale Situation mit in Rechnung zu stellen. Thüringische Architekten und bildende Künstler lebten in dieser Zeit mit ungesicherten Einkommen deutlich unter dem Existenzminimum. Durch Kohleausladen und andere einfache Arbeit verdienten sie oft ihren Lebensunterhalt. Wäre 1953 in Gera ein Denkmal für den Teufel ausgeschrieben worden, auch daran hätten Geraer Architekten und bildende Künstler mitgewirkt. Daran sollte ebenso kein Zweifel bestehen, wie sicher zu sein scheint, dass viele Zeitgenossen im Jahre 1953 Stalin noch nicht mit dem Teufel in Verbindung zu bringen vermochten.

## Anmerkungen

<sup>1</sup> Der Vortrag stützt sich auf Ergebnisse von Forschungen, die etwa zeitgleich in dem Buch des Vf.'s „Intellektuelle im Krisenjahr 1953. Enquete über die Lage der Intelligenz. Analyse und Dokumentation“, Schkeuditz 2003, erschienen sind.

<sup>2</sup>Vgl. Konstantin Simonow: Mit den Augen eines Menschen meiner Generation. Nachdenken über Stalin, in: Sowjetliteratur, Moskau 1989, H.6, S.56.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 59.

<sup>4</sup>Vgl. Heinz Heitzer: Arbeiterprotest, Putsch oder Volksaufstand? Ursachen und Charakter des Juni-Konflikts 1953, in: Brüche, Krisen, Wendepunkte. Neubefragung von DDR - Geschichte. Leipzig, Jena, Berlin 1990, S. 129.

<sup>5</sup> Später sollte mit dem Begriff des „beschleunigten sozialistischen Aufbaus“ noch Politik betrieben werden, indem die sowjetische Seite, den Begriff bereits der Zweiten Parteikonferenz zuordnete. So ließ sich die Grenze zwischen Rücknahme des „beschleunigten Aufbaus des Sozialismus“ und der Rücknahme des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus überhaupt verwischen.

<sup>6</sup> Walter Ulbricht: Lehren des XIX. Parteitages der KPdSU für den Aufbau des Sozialismus in der DDR, Berlin 1952, S.54.

<sup>7</sup> Am 4. April 1953 teilte die sowjetische Presse mit, dass das sogenannte Ärztekomploit sorgfältig überprüft worden sei. Die Ärzte seien vom ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit zu Unrecht verhaftet und beschuldigt worden. Kurz danach wurden im Kreml für Mitglieder und Kandidaten des ZK der KPdSU Geheimpapiere zur Ansicht ausgelegt, die Stalin als Urheber der beklemmenden Geschichte der „Mordärzte“ auswiesen. Es wurde offenbar, dass Stalin in seiner letzten Lebensphase in psychisch kranker Verfassung war, ein Mann voller Misstrauen und anomaler Grausamkeit.

Paul Wandel sagte dazu am 31. Mai 1956 Schriftstellern der DDR: „Diese Ärzte waren noch am Leben und den Mitgliedern des Präsidiums bekannt. Sie waren meistens auch ihre Ärzte gewesen. Man hatte bestimmte Zweifel und lud diese Ärzte ins Präsidium. Sie waren beschuldigt worden auf Grund der Anzeige einer Ärztin, die darauf hingewiesen hatte, dass diese Ärzte auf Grund des Krankheitszustandes falsche Arzneien ausgegeben hätten. Dabei kam heraus, dass die Geständnisse, die sie gemacht hatten, unter Anwendung von physischer Gewalt von ihnen erzwungen worden waren. Das Präsidium beschloss darauf, drei Kommissionen einzusetzen, um die Arbeit des Staatssicherheitsapparates zu prüfen. Kurze Zeit darauf kam es zum Konflikt mit Berija.“

SAPMO BArch, DY 30 IV 2/1.01/309, Bl. 20.

<sup>8</sup> ebenda, DY 27/500, Bl. 116. Vgl. Dokumentation 2.3.

<sup>9</sup> Vgl. Wilhelm von Sternburg: „Um Deutschland geht es uns“. Arnold Zweig. Die Biographie. Berlin 1998, S. 274.

<sup>10</sup> Lion Feuchtwanger/Arnold Zweig: Briefwechsel. Bd. I, S. 179.

<sup>11</sup> Vgl. Gerald Diesener: Kulturpflanzenforschung und Pflanzengenetik in Gatersleben, in: Auf dem Weg zur „Produktivkraft Wissenschaft“. Herausgegeben von Clemens Burrichter und Gerald Diesener. Leipzig 2002, S. 189-211.

<sup>12</sup> SAPMO - BArch, DY 27/916, Bl. 214/242.

<sup>13</sup> Ebenda, Bl. 111.

<sup>14</sup> Erich Wendt (1902-1965). Geb. in Leipzig. Volksschule in Eisleben. 1916-20 Schriftsetzerlehre bei Ullstein in Berlin. 1922 Mitglied der KPD. 1925/26 Redakteur der KJI in Moskau. 1931 Einleitung eines Gerichtsverfahrens wegen „Hochverrat“ in Berlin, Emigration in die UdSSR. Stellv. Vorsitzender der Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR. Ehe mit Lotte Kühn (Lotte Ulbricht) bis 1936. 1936-1938 NKWD-Haft in Saratow, Ausschluss aus der KPD. 1940/41 Übersetzer bei der Zeitung „Die Nachrichten“ in Saratow. 1941 mit Wolgadeutschen zwangsausgesiedelt nach Kansk (Krasnojarsker Gebiet). Arbeit als Hilfsbuchhalter und Übersetzer. 1947 Rückkehr nach Ostberlin. Tätigkeit beim Berliner Rundfunk und beim Deutschlandsender. 1947 bis 1954 Leiter des Aufbau Verlages. 1951 bis 1953 1. Bundessekretär des Kulturbundes. 1963 Beauftragter der DDR für die Verhandlungen mit dem Westberliner Senat über das Passierscheinabkommen, das Privatbesuche von Westberlinern in Ostberlin ermöglichte.

<sup>15</sup> DY 27/916, Bl. 116.

<sup>16</sup> Ebenda, Bl. 121/122.

<sup>17</sup> Neue Deutsche Literatur, 1. Jg., H. 4. Berlin 1953, S. 3.

<sup>18</sup> Ebenda, S. 10-11.

<sup>19</sup> Ebenda, S. S.5-6.

<sup>20</sup> Stefan Heym: Nachruf. Frankfurt/Main 1990, S. 559.

<sup>21</sup> Zit. nach: Roy Medwedew: Das Urteil der Geschichte. Stalin und der Stalinismus. Bd. 3. Berlin 1992, S. 337.

<sup>22</sup> Stefan Heym: Offene Worte in eigener Sache 1989-2001. München 2003, S. 91.

<sup>23</sup> SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/1/121, Bl. 224.

<sup>24</sup> Vgl. Gerhard Wettig: Die beginnende Umorientierung der sowjetischen Deutschland-Politik im Frühjahr und Sommer 1953, in: Deutschlandarchiv, Köln 1995, H. 5, S. 495.

<sup>25</sup> Vgl. Klaus Larres: Politik der Illusionen. Churchill, Eisenhower und die deutsche Frage. Göttingen 1995.

<sup>26</sup> Vgl. Prokop: Intellektuelle im Krisenjahr 1953, 2.7.

<sup>27</sup> Vgl. ebenda, 2.13.

## **Nach dem Tod des Diktators.**

Veränderungen der Wirtschaftspolitik und des Wirtschaftsmechanismus in der DDR

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit der Frage, inwieweit Wirtschafts- und Ordnungspolitik im „sozialistischen Lager“ generell und in der DDR speziell zu Stalins Lebzeiten auf dessen Person zurückzuführen waren und im welchem Maße Stalins Tod auf wirtschaftlichem Gebiet zu Veränderungen führte.

### **1. Vor Stalins Tod**

Der Übergang zur Planung der Volkswirtschaft hat sich in der UdSSR erst in einer Zeit vollzogen, als Stalins bereits absolut herrschte. Der Diktator hat persönlich zweifellos auch die hohen Planziele wesentlich beeinflusst. Das sich herausbildende Planungssystem entsprang aber ebenso wenig seinem Kopf wie es sich aus den Grundsätzen des Leninismus ableiten ließ. Es war das Ergebnis von Versuch und Irrtum. Das war auch ganz verständlich. Denn man befand sich weltweit auf Neuland. Es gab keine Theorie oder Methode, auf die man zurückgreifen konnte. Am Anfang stand das praktische Handeln.<sup>1</sup>

Die später immer wieder vertretene These, die Sowjetunion sei die Geburtsstätte der wissenschaftlichen Planung gewesen<sup>2</sup> entsprach nur sehr bedingt dieser historischen Realität. Zwischen dem Ende der 20er und dem Anfang der 40er Jahre entstand durch Ausprobieren in der UdSSR ein System der Volkswirtschaftsplanung, das sich durch zwei Eigenschaften auszeichnete: Die Entscheidungsbefugnisse waren außerordentlich stark zentralisiert und die Planaufgaben wurden von der Spitze der Planungshierarchie abwärts administrativ vorgegeben. Ökonomische Anreize für die Betriebe waren so gut wie nicht vorgesehen.

Dieses administrativ-zentralistischen Planungsmodell hatte sich in den 40er Jahren unter den Bedingungen der Mobilisierung der sowjetischen Wirtschaft für den Krieg gegen den nationalsozialistischen Eindringling bewährt und nach Kriegsende eine rasche Wiederherstellung der Volkswirtschaft ermöglicht. Der so erfolgreiche Planungsmechanismus wurde in Stalins späten Jahren gewissermaßen kanonisiert. Die osteuropäischen Länder hatten Ende der 40er Jahre ihre eigenen, durchaus erfolgversprechenden Ansätze der Entwicklung einer indikativen Wirtschaftsplanung, deren Ziele zu einem beträchtlichen Maße mit Hilfe materieller Anreize durchgesetzt werden sollten, zu vergessen, und zur direktiven Planung nach sowjetischem Muster überzugehen.<sup>3</sup>

Während der 30er und 40er Jahre hatte sich bezüglich der wirtschaftspolitischen Zielstellungen in der UdSSR ebenfalls eine bemerkenswerte Entwicklung vollzogen. In den 30er Jahren stand die Industrialisierung im Mittelpunkt, in der ersten Hälfte der 40er Jahre die Sicherung der Anforderungen der Front und in der zweiten Hälfte der 40er Jahre der Wiederaufbau der in einem großen Teil der

europäischen Sowjetunion stark zerstörten Industrieanlagen. Wie ein roter Faden zog sich durch alle drei Perioden die Notwendigkeit des Auf- und Ausbaus der Schwerindustrie. Auch diese im wesentlichen aus den historischen Umständen resultierende Betonung einer bestimmten Industriestruktur wurde durch Stalin zu einer Gesetzmäßigkeit erhoben und die osteuropäischen Staaten zur Übernahme der Doktrin des vorrangigen Aufbaus der Schwerindustrie gegenüber der Konsumgüterindustrie bzw. der Abteilung I gegenüber der Abteilung II (volkswirtschaftlich gesehen) bzw. Abteilung A gegenüber Abteilung B (auf die Industrieproduktion bezogen) als verbindlich vorgeschriebenen Weg der „sozialistischen Industrialisierung“ verpflichtet.<sup>4</sup>

Bereits während der Einführung des sowjetischen Planungssystems in den Staaten Osteuropas wurde dort von einem Teil der führenden Wirtschaftsfunktionäre erkannt, dass Veränderungen am Wirtschaftsmechanismus und in der Wirtschaftspolitik notwendig waren, um in diesen Ländern die Kosten des sozialistischen Aufbaus in Industrie und Landwirtschaft nicht zu hoch werden zu lassen.<sup>5</sup>

Zwei Hindernisse standen der Anpassung des sowjetischen Planungssystems an die Gegebenheiten der osteuropäischen Länder und dem Streben nach einer verlustarmen wirtschaftlichen Umgestaltung entgegen. Erstens die Tatsache, dass Stalin in seiner 1952 veröffentlichten Schrift „Ökonomische Probleme des Sozialismus“ das sowjetische Wirtschaftssystem, das unter bestimmten historischen Umständen entstanden war, zu einer Gesetzmäßigkeit des Marxismus-Leninismus erhoben hatte, der überall und für alle Zeiten zu folgen war. Ein zweites Hindernis war der feste Glaube der unterschiedlich, einheitlich aber nur am „Kurzen Lehrgang“ geschulten ehemaligen Arbeiterfunktionäre, die nunmehr in Osteuropa regierten, dass man im eigenen Lande nur erfolgreich sein könne, wenn man dem sowjetischen Beispiel folge –in der Planung wie in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.<sup>6</sup>

So herrschte Anfang der 50er Jahre in der DDR wie in ganz Osteuropa in der Ordnungs- und auch der Wirtschaftspolitik geistiger Stillstand.

## **2. Die Wirtschaftspolitik in der DDR nach Stalins Tod**

Bereits kurze Zeit nach Stalins Tod kam es in Osteuropa zu substantiellen Veränderungen in der Industriepolitik. Das Primat der schwerindustriellen Entwicklung wurde de facto zugunsten einer stärkeren Betonung der Konsumgüterindustrien aufgehoben, wenn auch prinzipiell der Vorrang der Schwerindustrie nicht angetastet wurde. In der DDR und ihren östlichen und südöstlichen Nachbarländern war die Wirtschaftspolitik für einige Jahre durch „Neue Kurse“ bestimmt.<sup>7</sup>

Der Wechsel in der Wirtschaftspolitik zugunsten der stärkeren Nutzung bestehender Kapazitäten der Konsumgüterproduktion vollzog sich in der DDR durch teilweise Aufhebung der seit Anfang der 50er Jahre der Privatindustrie auferlegten Restriktionen. Auf ähnlicher Grundlage, durch Wiederzulassung der Großbauern und

Verlangsamung des Kollektivierungstempos, gelang es die Agrarproduktion wieder anzukurbeln. Konsumorientierte Investitionen blieben jedoch weitgehend dem staatlichen Sektor vorbehalten. Die Mittel wurden teilweise durch Umverteilung aus den Bereichen der Schwerindustrie zur Verfügung gestellt, teilweise wurden sie durch Verringerung bzw. Abschaffung der Reparationslieferungen an die Sowjetunion bzw. durch die kostenlose Übertragung von 33 SAG-Betrieben - durchweg Großunternehmen – an die DDR und die Umwandlung der Lieferungen dieser Betriebe an die Sowjetunion in ordentliche Außenhandelsgeschäfte verfügbar.<sup>8</sup>

Seiner Zielstellung nach war der „Neue Kurs“ in der DDR wirklich neu. Der Methode seiner Einführung nach war er – anders als in der Tschechoslowakei und Ungarn- „alt“, wenn man so will, stalinistisch. Das Umschwenken in der Wirtschaftspolitik erfolgte auf Grund eines Diktats aus Moskau – Diktat ist hier auch wörtlich zu nehmen. Der Wechsel war in kürzester Frist, ohne Berücksichtigung der politischen Situation der DDR, die wesentlich infolge der Durchsetzung noch unter Stalin der SED-Führung übergebenen sowjetischer Forderungen äußerst angespannt war, zu vollziehen. Der Aufstand vom 17. Juni 1953 war auch Ergebnis der seitens der neuen Führung in Moskau erzwungenen rüden Umstellung der wirtschaftspolitische Ziele „über Nacht“.<sup>9</sup>

Politisch erwies sich nach der militärischen Niederschlagung des Aufstandes die mit Brachialgewalt durchgesetzte Konsumorientierung als stabilisierend und setzte wirtschaftlich kurzfristig bis dahin unterdrückte Kräfte, vor allem im private Bereich frei, deren Aktivität rasch zu einer besseren Versorgung der Bevölkerung beitrug. So gesehen war der „Neue Kurs“ hilfreich. Aber er konnte weder frühere Verluste wiedergutmachen, noch neue verhindern. Investruinen an etlichen „Großbaustellen des Fünfjahrplanes“ kündeten noch jahrelang sichtbar von der neuerlichen Verschwendung von finanziellen und materiellen Mitteln.<sup>10</sup>

Kurz gesagt: Die Plötzlichkeit der neuerlichen Änderung – so nötig sie auch war, - beinhaltete selbst einen negativen Aspekt, weil sie einen weiteren Unsicherheitsfaktor für den langfristigen Entwicklungsprozess darstellte.<sup>11</sup> Tatsächlich war der Schwenk in der Wirtschaftspolitik teilweise überzogen. Dass der „Neue Kurs“ 1955 in der DDR offiziell beendet war und der Produktionsmittelindustrie wieder ein stärkeres Gewicht beigemessen wurde, lag nicht nur an einem Wink mit dem Zaunpfahl aus Moskau und auch nicht nur an der Verliebtheit leitender Wirtschaftsfunktionäre in Großbaustellen, sondern auch an volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten. Vor allem war ein Ausbau der energetischen Basis erforderlich, sollten nicht die gesamte Industrie, einschließlich der Konsumgüterzweige, behindert werden.<sup>12</sup>

Die Methoden, mit denen der „Neue Kurs“ eingeführt wurde, waren in der DDR, wenn man so will, genau so „stalinistisch“ wie vor Stalins Tod. Der Garant für den – verlustreichen – Vollzug der wirtschaftspolitischen Wende war das bestehende Planungssystem. Der Wirtschaftsmechanismus wurde nicht angetastet,

weder theoretisch in Frage gestellt, noch praktisch korrigiert. Veränderungen im Wirtschaftsmechanismus blieben einem späteren Zeitraum vorbehalten.

### **3. Veränderungen im Wirtschaftsmechanismus der DDR nach dem Tode des Diktators**

Der Wirtschaftsmechanismus, der sich in der Sowjetunion herausgebildet hatte und auf die osteuropäischen Staaten übertragen worden war, galt zu Lebzeiten des Diktators als sakrosankt. Er blieb – anders als die wirtschaftspolitischen Zielstellungen – in der Sowjetunion auch nach dem Tode des Diktators für ca. vier Jahre – bis zu den 1956/57 eingeleiteten Reformen durch Chruschtschow – prinzipiell unverändert. Wenn trotzdem vor diesem Zeitraum in mehreren osteuropäischen Staaten – vor allem Polen, aber bis zu einem gewissen Grade auch die DDR, Ungarn und die Tschechoslowakei – Anstrengungen unternommen wurden, den Wirtschaftsmechanismus zu reformieren,<sup>13</sup> dann hat das mit drei Momenten zu tun:

Erstens mit der schon vor Stalin Tod erkannten Notwendigkeit, diesen Wirtschaftsmechanismus stärker den nationalen Bedingungen anzupassen.

Zweitens mit dem Verschwinden der unumstrittenen halbgöttlichen Autorität Stalins. Niemand, der in Moskau an seine Stelle trat, konnte auf die Dauer eine derartige Ergebenheit einfordern. Interne Meinungsverschiedenheiten und Kämpfe in der sowjetischen Führung eröffneten Ulbricht, der seine besonderen Fähigkeiten als geschickter Taktierer in den Tagen um den 17. Juni 1953 unter Beweis gestellt hatte, zusätzliche Möglichkeiten, die eigene Verhandlungsposition gegenüber Moskau zu verbessern.

Drittens hatte jeder, der in der DDR am Wirtschaftsmechanismus etwas ändern wollte, auch mit einer Mehrheit im eigenen Politbüro zu rechnen, die Abweichungen vom sowjetischen Planungsmodell mitzutragen nicht sonderlich gewillt war.

Die von Ulbricht 1954 initiierten und von wenigen älteren und einer größeren Anzahl junger Wirtschaftswissenschaftler und -praktiker aktiv mitgetragenen Maßnahmen zur Lockerung des zentralistisch-administrativen Planungssystems fielen unter diesen Umständen nicht nur vergleichsweise zaghaft aus, sondern führen auch unter falscher Flagge. Es wurde die Fiktion aufrechterhalten, dass man dem sowjetischen Vorbild (weiterhin) nacheifere.

Die im November 1953 mit dem Auftrag, die Betriebsweise der demnächst von der UdSSR zurückzugebenden Sowjetischen Aktiengesellschaften zu studieren, vom zuständigen Branchenminister Heinrich Rau in die Maschinenbau-SAG geschickten jungen Wirtschaftswissenschaftler, meist Absolventen der 1950 in Berlin-Karlshorst gegründeten Hochschule für Planökonomie, stießen dort auf eine Funktionsweise der Unternehmen, die sich deutlich von der Leitungsstruktur der dem sowjetischen Vorbild nachgeformten VEB abhob. Das war darauf zurückzuführen, dass die 1946 geschaffenen SAG so konstruiert worden waren, dass sie auch in

einem wiedervereinigten, entwaffneten und neutralen, durch indikative Wirtschaftsplanung charakterisierten Deutschland (man vergleiche die damaligen Planungsvorstellungen der SPD)<sup>14</sup> wirtschaftlich hätten bestehen können.<sup>15</sup> Im Abschlussbericht der „Arbeitsgruppe SAG-Betriebe“ des Ministeriums für Maschinenbau vom August 1954 hieß es dann auch: „In den ehemaligen SAG-Betrieben wurde die Kaderwahl vorwiegend nach fachlichen Gesichtspunkten getroffen. ... Das System der Planung war wesentlich einfacher und elastischer als in der volkseigenen Industrie. ... Die Betriebsleiter hatten bedeutend größere Bewegungsfreiheit im Rahmen des Planes, da ihnen nur wenige Eckziffern vorgegeben waren in deren Rahmen sie eigenverantwortlich arbeiten konnten. ... Der Plan war aufgebaut nach dem Prinzip der Bedarfsdeckung *und* der Rentabilitätssteigerung. Der Umfang der Betriebspläne war bedeutend geringer als in der volkseigenen Industrie. ... Die Vorteile des Rechnungswesens waren ein geringerer Verwaltungsapparat und schnelle Rechnungslegung. Die (Leitungs-)Struktur passte sich den Gegebenheiten des Betriebes an.“<sup>16</sup>

Noch als die Untersuchungen in den ehemaligen SAG-Betrieben liefen, im Frühjahr 1954, hielt die SED ihren IV. Parteitag ab. Der Maschinenbauminister Heinrich Rau wollte die Tribüne des Parteitages nutzen, um die Reformidee zu propagieren. Er erklärte: „Wir geben gegenwärtig den Betrieben für ihre Produktion sehr spezifische Planaufgaben, die in einer großen Zahl von Nomenklaturnummern untergebracht sind... Es ist notwendig, dass wir uns hier die Erfahrungen der ehemaligen SAG-Betriebe... für alle volkseigenen Betriebe des Maschinenbaus zunutze machen...“<sup>17</sup> Der damalige Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Bruno Leuschner, nahm als zuständiger Ressortfunktionär die Anregung von Rau nur scheinbar auf, plädierte tatsächlich aber gegen jede Veränderung im Planungssystem, als er erklärte: „Die sowjetischen Freunde haben uns ... das Wirtschaften mit sozialistischen Methoden gelehrt. ... Ich denke, dass unser Parteitag ein guter Anlass ist, unseren sowjetischen Genossen für ihre mühevollen und für uns so erfolgreiche Arbeit unseren herzlichen Dank auszusprechen.“<sup>18</sup>

Im September/Okttoberheft der neugegründeten Fachzeitschrift „Wirtschaftswissenschaft“ erschien ein umfangreicher Artikel mit „Vorschläge(n) zur Änderung der Planmethodik im Bereich des Ministeriums für Maschinenbau aufgrund der Erfahrungen der ehemaligen SAG-Betriebe“. Im November, auf der 21. Tagung des ZK der SED, trat dann Ulbricht mit der Forderung nach Veränderung der Planmethodik in der volkseigenen Industrie entsprechend den Erfahrungen der sowjetischen Aktiengesellschaften auf den Plan. Im Dezember 1954 machte ein Ministerratsbeschluss „über die Vereinfachung der Planung in der volkseigenen Industrie“ jenen ersten, bis 1957 fortgeführten Versuch einer Reformierung der Wirtschaft durch Dezentralisierung der Entscheidungsbefugnisse und stärkere Berücksichtigung der wirtschaftlichen Rechnungslegung für alle VEB der zentralgeleiteten Industrie der DDR verbindlich. In der Präambel des Gesetzes wurden nicht nur die Vorgeschichte und die Grundsätze der „Vereinfachung der Planung“

benannt, sondern auch noch einmal die Fiktion des sowjetischen Ursprungs der Veränderungen auf ordnungspolitischem Gebiet beschworen. „In den Betrieben und staatlichen Verwaltungen haben sich die Planungskader in den letzten Jahren weiterentwickelt, ihre Qualifikation ist gestiegen. Sie drängen nunmehr auf eine Vereinfachung der Betriebsplanung und damit im Zusammenhang auf eine weitere Erhöhung der Eigenverantwortlichkeit der Betriebe. Die Erfahrungen in der Planung der ehemaligen SAG-Betriebe zeigen, dass ein einfaches und übersichtliches System der Betriebsplanung besser geeignet ist, die Werktätigen für den Kampf um die Planerfüllung zu mobilisieren“<sup>19</sup>. Die Zahl der Staatsplanpositionen wurde bis 1957 – im Vergleich zu 1953 - deutlich von 497 auf 98 oder auf ein Fünftel gesenkt, im Maschinenbau noch stärker – auf ein Zwölftel.<sup>20</sup>

#### **4. Schlussbemerkungen**

Die Wirkungen der Reformmaßnahmen dürfen nicht überschätzt werden. Abgesehen von ihrer zeitweiligen Gültigkeit – ab 1958 erfolgte wiederum eine Rezentralisierung, die bis 1963 andauerte – kamen in der DDR, anders als während des NÖS in knappes Jahrzehnt später, kaum ökonomische Hebel zur Anwendung. Vorstellungen von Seiten einiger Wirtschaftswissenschaftler, vor allem von Behrens, Benary und Kohlmeier, die eingeleiteten Reformmaßnahmen nach dem Vorbild der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung auszuweiten, wurden von Ulbricht in der sogenannten Revisionismusdebatte als auf die Schwächung der Staatsmacht gerichtet, verurteilt.<sup>21</sup> Ähnlich wie in der DDR verliefen die „Teilreformen“<sup>22</sup> zwischen 1956 und 1958 auch in Polen, Ungarn und der CSSR.<sup>23</sup>

Festzuhalten ist gemäß dem in diesem Beitrag erörterten Zusammenhängen jedoch, dass sich in ordnungspolitischen Fragen einige Zeit nach dem Tod des Diktators in der DDR wie auch in anderen osteuropäischen Ländern eine relative Selbständigkeit der nationalen Führungen dieser Länder gegenüber der sowjetischen Führung auszuprägen begann, die in den sechziger Jahren – als Ulbricht bei der Einführung des NÖS das oben beschriebene Manöver scheinbarer Adaption aktueller sowjetischer Standards mit der Berufung auf die Liberman-Diskussion wiederholte – andere Dimensionen annahm. Das ging bis hin zum heimlichen (DDR) bzw. offenen (CSSR) Dissenz.

Im Bereich der Wirtschaftspolitik waren die „neuen Kurse“ seitens der Sowjetunion angeordnet oder ausgehandelt worden. Malenkov machte die vorrangige Entwicklung von Abteilung II bzw. der Konsumgüterherstellung zu seinem Regierungsprogramm.<sup>24</sup> Doch die erneute Orientierung auf die Schwerindustrie unter seinem Nachfolger Chruschtschow wurde in der DDR wie auch in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei bereits nur noch zögernd nachvollzogen.<sup>25</sup> Den letzten Versuch eines KPdSU-Generalsekretärs, die Entwicklung der Wirtschaftsstruktur in den sozialistischen Nachbarstaaten zu bestimmen, unternahm Chruschtschow, als er auf der XVI. Tagung des RGW 1962 eine zentrale überstaatliche Wirtschaftsplanung für den RGW-Raum forderte. Bekanntlich scheiterte der Versuch.

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Vgl. Auch: Roger Munting: The Economic Development of the USSR, London 1982. S. 87.
- <sup>2</sup> Vgl. G. M. Sorokin u.a.: Die Entstehung des sozialistischen Weltwirtschaftssystems, Berlin 1967, S. 365
- <sup>3</sup> Vgl. Geoffrey Swain/Nigel Swain. Eastern Europe since 1945, Houndmills 1998, S. 28-51.
- <sup>4</sup> Sorokin, S. 147-154.
- <sup>5</sup> The Economic History of Eastern Europe 1919-1975, Bd. 3, Oxford 1986, S. 7.
- <sup>6</sup> Theo Pirker: Kommunistische Herrschaft und Despotismus, in: Theo Pirker/M. Rainer Lepsius/Rainer Weinert/Hans-Hermann Hertle: Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR, Opladen 1995, S. 373.
- <sup>7</sup> Swain/Swain, S. 71-76.
- <sup>8</sup> Vgl. Gerhard Schürer. Gewagt und verloren. Eine deutsche Biografie, Frankfurt/Oder 1996, S. 45-46.
- <sup>9</sup> Vgl. Wilfriede Otto: Der Tod des Diktators – ein Circulus vitiosus für die SED, in: Utopie kreativ 149/2003, S. 210-211, 213-220.
- <sup>10</sup> Jörg Roesler: Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR, Berlin 1978, S. 38.
- <sup>11</sup> Wlodzimierz Brus: Geschichte der Wirtschaftspolitik in Osteuropa, S. 110
- <sup>12</sup> Roesler, Herausbildung, S. 107-108.
- <sup>13</sup> Swain/Swain, S. 86-92.
- <sup>14</sup> Vgl. Victor Agartz: Wirtschaft- Lohn- Gewerkschaft. Ausgewählte Schriften, Berlin 1982.
- <sup>15</sup> Vgl. Rainer Karlsch: Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der DDR an die UdSSR 1945-1993, Berlin 1993, S. 64-66.
- <sup>16</sup> Zitiert in: Jörg Roesler: Der Beitrag der Betriebe sowjetischen bzw. gemischten Eigentums bei der Herausbildung und Festigung der sozialistischen Planwirtschaft in der volksdemokratischen Revolution, in: Die Große sozialistische Oktoberrevolution und der revolutionäre Weltprozess, Berlin 1978, S. 532- 533.
- <sup>17</sup> Protokoll der Verhandlungen des IV. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 1, Berlin 1954, S. 579-580.
- <sup>18</sup> Protokoll der Verhandlungen des IV. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 2, Berlin 1954, S. 765.
- <sup>19</sup> Gesetzblatt der DDR 1954, S. 947.
- <sup>20</sup> Roesler, Herausbildung, S. 155.
- <sup>21</sup> Günter Krause: Wirtschaftstheorie in der DDR, Marburg 1998, S. 125-238.
- <sup>22</sup> Einen Versuch ihrer Abgrenzung von den Wirtschaftsreformen der 60er Jahre enthält: Jörg Roesler: Wirtschaftsreformen und Wirtschaftswachstum in den europäischen Mitgliedsländern des RGW, in: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas, Bd. 30, Berlin 1986, S. 11.
- <sup>23</sup> Vgl. J. Wilczynski: Das sozialistische Wirtschaftssystem. Grundsätze der zentralen Planwirtschaft in der UdSSR und in Osteuropa unter dem neuen System, Köln 1974, S. 19, Vgl. Brus, S. 183-199.
- <sup>24</sup> Munting, S. 131-132.
- <sup>25</sup> Vaclav Prucha/Jozef Faltus: Basic Trends in the Development of Economic Structures in the European Socialist Countries, in: Structural Changes in the Economies of the European Socialist Countries after the Second World War (Acta Oeconomica Pragensia 45), Prag 1981, S. 34.

# Die endlose Entstalinisierungskrise

Neue Kurse, neue Wege und alte Modelle

## 1. Die Entstalinisierung als unlösbare Daueraufgabe

Als der XXII. Parteitag die Entfernung Stalins aus dem gemeinsamen Mausoleum mit Lenin beschloß, sollte der Diktator die letzte Ruhe an der Kremllmauer finden. Um seine Wiederkehr zu verhindern, wurde der Sarkophag solide in Beton eingegossen. Chruschtschow wählte sich auf dem Höhepunkt der Entstalinisierung als eines kontrollierten, notwendigen Prozesses der sozialistischen Erneuerung. Der Bruch mit den „aufgedeckten Fehler(n) und Entstellungen und dem Mißbrauch der Macht“ habe nicht in erster Linie „in den Reihen der Partei und im Volk ein gewisses Gefühl der Bitterkeit und sogar der Unzufriedenheit hervorrufen können, zu einigen Unzulänglichkeiten und Mängeln (geführt) und zeitweilig Schwierigkeiten für die KPdSU und die marxistisch-leninistischen Bruderparteien hervor(ge)rufen“. Entscheidend sei: „Unsere Vorwärtsbewegung auf dem Wege zum Kommunismus beschleunigte sich. Jetzt dehnen wir freier unsere Brust, atmen leichter, blicken schärfer und klarer. Das ganze Leben im Lande entwickelt sich stürmisch.“<sup>1</sup>

Er saß einem Trugschluß auf.<sup>2</sup> Bei allem Mut, den er insbesondere mit der „Geheimrede“ auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 bewies, setzte er sich dennoch nicht völlig durch. Mit stalinistischer Methoden, aber (fast) ohne Terror<sup>3</sup> konnte er zwar den Schatten des Diktators hinwegschieben, nicht aber die Grundstrukturen der von diesem begründeten Macht dauerhaft zerstören. Die Überwindung des offenen Terrors und der Umgang Chruschtschows wie seiner (oft nur zeitweisen) Verbündeten mit der neuen Situation waren widersprüchlich. Das hat sich für Chruschtschow selbst gerächt. Sein Subjektivismus und Voluntarismus in der Wirtschafts- und Außenpolitik, nicht zuletzt bei der Reorganisation der Partei ließen eine Fronde wachsen, die ihn 1964 aus dem Amt entfernte und die Erneuerung beendete. Immerhin erreichte er, daß nun nicht mehr galt, daß „die Funktionäre dem woshd nicht nur ihren Aufstieg, sondern auf zynische Weise jeden Tag erneut ihr Leben“ verdanken<sup>4</sup>. Auch Chruschtschow profitierte von diesem Wandel politischer Kultur.

Streng genommen ist die *ganze* Geschichte des sowjetisch verfaßten Sozialismus eine Geschichte der Entstalinisierung. Man muß sich nur einigen, was man unter Stalinismus verstehen will. Die Meinungen gehen von strikter Ablehnung bis vehementer Verteidigung. Linke taten sich stets schwer, den Begriff zu akzeptieren, seit dem Leo Trotzki seinem Konkurrenten „Cäsarismus“ und „Bonapartismus“ vorwarf. Er charakterisierte Stalinismus als „eine Abart desselben Systems“, das ein „totalitäres Regime“ „auf dem Fundament des vom Gegensatz zwischen der organisierten und bewaffneten Sowjetaristokratie und den waffenlosen werktätigen

Massen zerrissenen Arbeiterstaat“ errichtet hat.<sup>5</sup> Der Stalinismus-Begriff ist für die hier zu untersuchenden Fragestellungen unverzichtbar. Er korrespondiert sowohl mit zentralen Forderungen der seit den 20er Jahren immer wieder aktiven innerparteilichen Kritiker, wie den in den Krisen seit 1953 aufbegehrenden Bürgern, nicht zuletzt mit den Reaktionen der Verantwortlichen in den Ostblockstaaten wie in den Kommunistischen Parteien.

Selbst wenn nicht einmal dieser Begriff oder Stalins Name fiel, waren Forderungen nach dem Ende von Repression und Wiederherstellung oder Schaffung demokratischer Strukturen ebenso typisch wie nach dem XX. Parteitag der Sturz der Denkmale durch aufbegehrende Massen. Das galt genauso für die Selbstkorrektur der Kommunistischen Parteien, die sich hinter Formeln von „Personenkult“, „Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit“ und „Wiederherstellung der Leninschen Normen des Partei- und Staatslebens“ verschanzten und selbst Denkmale des „unsterblichen Führers“ schleiften. Die latente Forderungen nach der Rehabilitierung der Terroropfer, ihre Freilassung oder zumindest posthume Wiedereinsetzung in ihre Ehre berührten bis zur finalen Krise des Sowjetblocks seine Legitimität und Reformfähigkeit. Schon die Dauer dieses unerledigten Prozesses sowie sein lange eher willkürlicher und geheime Vollzug zeigten dessen Scheitern. Selbst der Begriff „Rehabilitierung“ war „Ausdruck einer verkehrten Welt: Denn eigentlich hätten nicht die Lagerhäftlinge, sondern die Gesellschaft und die politische Klasse der Rehabilitierung bedurft, d.h. einer moralischen und mentalen Gesundung.“<sup>6</sup>

Selbstredend ist „Stalinismus“ als Begriff ideologisch vorbelastet und jene haben Recht, die konstatieren, daß er sich eingebürgert habe, „obwohl es kaum einen unklarerer -ismus gibt als diesen“.<sup>7</sup> Indes hatte gerade die ostdeutsche Diskussion<sup>8</sup> 1989/90 einen deutlich breiteren Ansatz als den einer „Theorie und Praxis des sowjetischen Herrschaftssystems“ herausgearbeitet. Denn in der gängigen Betrachtung steht die „auf taktisch geschicktem und rücksichtslosem Machterwerb und -gebrauch beruhende Organisations- und Herrschaftspraxis kommunistischer Parteien oder ihrer Anhänger“ im Mittelpunkt,<sup>9</sup> wird vor allem der Terror als Herrschaftsinstrument herausgestellt und tendenziell Stalinismus mit Kommunismus/ Sozialismus gleichgesetzt.<sup>10</sup> Dies aber reicht für die Beschreibung dieses „gewachsene(n) Phänomen(s) mit offenem Anfang“ nicht aus. „Gewachsen“, so Plaggenborg, „aus russischem Erbe, europäischer Modernerezeption und revolutionären Vergesellschaftungsprozessen“.<sup>11</sup> Rückständigkeit gesellschaftlicher Verhältnisse und Modernisierungswille gingen ein oftmals tödliches Amalgam ein, um einen Sturz der neuen Ordnung wie der alten Groß- und baldigen Supermacht (und ihrer abhängigen Verbündeten) unter allen Umständen, um *jeden* Preis und mit *jedem* Mittel zu verhindern.

Im hier interessierenden Zusammenhang ist *Stalinismus* der Versuch, sozialistische Ideale und Ziele mittels eines diktatorisches Herrschaftssystem durch eine kleine Gruppe, bestenfalls eine „neuen Klasse“<sup>12</sup> und eines teilweise allmächtigen ersten

Mannes im Staate, mit administrativen und repressiven Mitteln in einer nachholenden Entwicklung der Gesellschaft unter den Bedingungen einer tatsächlich oder vermeintlich „belagerten Festung“ durchzusetzen. Es wurde dabei in Kauf genommen, daß die vorgebliche Macht der Arbeiterklasse und des Volkes letztlich als Diktatur *stellvertretend für* und letztlich *über* Arbeiterklasse und Volks ausgeübt wurde. Administrieren wog Demokratie auf, Emanzipation wurde durch Entfremdung und paternalistisches, vormundschaftliches Handeln ersetzt.

An die Stelle der erstrebten umfassenden Demokratisierung der Gesellschaft und der freien Entfaltung all ihrer Glieder trat die maximale Zentralisierung der Macht, das unerschütterliche Machtmonopol der Partei und der verkündeten Ideologie, die Unterdrückung feindlicher wie auch abweichender Haltungen und Handlungen, die Verstaatlichung der Wirtschaft wie der gesellschaftlichen Verhältnisse.<sup>13</sup>

Die Einführung und Durchsetzung dieses Modells von „Sozialismus“, der trotz des Anspruchs und manchen Maßregeln, aber auch dem Glauben und der Überzeugung vieler Akteure auf allen Ebenen durch die Zerstörung bzw. Verhinderung von Demokratie und Emanzipation keiner sein konnte, ist mit dem Siegeszug Stalins, auch in Osteuropa, verbunden.<sup>14</sup>

Unbedingt ist auf erhebliche Unterschiede in einzelnen Entwicklungsabschnitten zu verweisen.<sup>15</sup> Die terroristische und repressive Praxis hatte in der Sowjetunion und Osteuropa in den 30er bzw. späten 40er/beginnenden 50er Jahren ihre blutigen Höhepunkte. Aus Sorge um das eigene Überleben und aus Einsicht, daß wirtschaftliche Krise und politische Apathie im Lande nur durch einen radikalen Bruch zu überwinden waren, hatten noch am erkaltenden Leichnam die sowjetischen Führer einen Kurswechsel eingeleitet: Stopp der aktuellen Verfolgungswelle, Amnestie, partielle Demokratisierung der obersten politischen Führung und erste Schritte zur Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung.

Die Auseinandersetzungen in der Moskauer Führung, die das politische Klima durch die Verunsicherung der Kommunistischen Parteien und des Staatsapparats nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch bei den Verbündeten bestimmten, waren die Voraussetzung dafür, daß es zum Aufbegehren *von unten* 1953 kommen konnte. Moskau suchte *von oben* eine Entstalinisierung mit dem „Neuen Kurs“, explizit für Ungarn und die DDR. Das ging weiter als etwa François Furet unterstellt, daß „lediglich das“ angegriffen wurde, „was der Terror an Grauen, an Allumfassendem und fast Wahnsinnigem zugleich in sich barg“.<sup>16</sup>

Die eingeleiteten Maßnahmen zielten als Reaktion auf die erkannte Krise jeweils nicht allein auf eine Verlangsamung der vermeintlich sozialistischen Entwicklung ab, wie sie 1952 nicht nur in der DDR mit der 2. Parteikonferenz begann. Das Ende des Terrors, die Demontage des Personenkults, die „Kollektivität“ der obersten Führung sowie bessere Lebensverhältnisse waren jene Lehren, die als unverzichtbar angesehen wurden. Dies war nicht die Preisgabe des Sozialismus als Ziel und ebenso wenig des Leninschen Sozialismusmodells. Aber es war jene *engere Entstalinisierung*, die mit dem Namen Nikita Chruschtschows verbunden

ist und die trotz und gerade vor dem Hintergrund der Erfahrung des 17. Juni 1953 sicher für die SED stärker, aber vermittelt auch für die anderen KP-Führer, wenn auch nicht so nachhaltig, ein „Lernschock“ (Martin Jänicke) war, an dem man nicht mehr vorbeigehen wollte und durfte.

Trotzdem brachte dieser Kurswechsel weder in der DDR noch in den anderen osteuropäischen Staaten wirklichen Neubeginn. Die Entstalinisierungsschritte bewirkten zwar eine gewisse Verbesserung, verhinderten aber nicht die stillschweigende Rücknahme Teile dieser Politik nach Chruschtschows Sturz. Es gab keine Rückkehr zum offenen Terror und wesentliche Zugeständnisse beim Lebensstandard. Das war politisch nicht mehr rücknehmbar, wurde aber durch ökonomische Krisen immer wieder in Frage gestellt. Aber das stalinistische, oder wie es in den 80er Jahren genannt wurde, das administrativ-zentralistische Sozialismusmodell, blieb bestehen. Die eigentliche Entstalinisierung fand bis 1989 nicht statt!

Diese Sicht erklärt auch, warum eigentlich die *erste Entstalinisierungskrise* bereits 1920/21 stattfand, obschon hier Stalin keine besondere Verantwortung für ihr Entstehen zugeschrieben werden kann. Jenes kriegskommunistische Modell, das sich der Not gehorchend herausgebildet hatte und in dem das Marxismus- und Sozialismusverständnis Lenins seine politische Bewährungsprobe zu bestehen schien (obschon das Ergebnis wenig mit Kommunismus oder Sozialismus zu tun hatte) geriet damals erstmals in die Krise. Noch fand Lenin eine modellsprengende Antwort durch wirtschaftliche und politische Zugeständnisse, die aber Ausgang der 20er Jahre mit dem Sieg Stalins in der innerparteilichen Auseinandersetzung in einer faktischen Konterrevolution zurückgenommen wurden.

*Entstalinisierung im weiteren Sinne* konnte bis 1989 nicht praktiziert werden. Dann ging ihr Erfolg einher nicht mit einem revolutionären Modellwechsel hin zu einem demokratischen Sozialismus, sondern zu einem Kapitalismus, der sich als einer entpuppte, der nicht mehr der zeitweise sozial gezähmte war. Versuche einer umfassenden Entstalinisierung gab es in den dreieinhalb Jahrzehnten nach 1953 wiederholt. Dissidenten, oft aus den kommunistischen Parteien selbst, suchten nach demokratisch-sozialistischen Antworten.

Politische Krisen gab es wiederholt, ebenso Reformansätze von oben, die partielle Modellveränderungen anstrebten – vor allem in der Wirtschaft. Immerhin gab es in Krisen zwei umfassende Entstalinisierungsversuche von oben, die aber scheiterten - in Prag 1968 und in Moskau 1985: In der CSSR an der Übermacht der herrschenden politbürokratischen Klasse, die nicht nur in Prag, sondern vor allem in Moskau ihre Macht bedroht sah und schließlich nach 1985 in der UdSSR, nachdem nun Teile dieser Klasse in der Führungsmacht selbst begriffen, daß Wandel erforderlich war, auf Grund fehlender inhaltlicher und materieller Substanz im Lande.

## 2. Festungen dürfen sich nicht ergeben

Die Ursachen dieses Unvermögens der Selbstreformierung sind vielfältig. Die Charakteristika des Stalinismus erwiesen sich als solide Blockaden, die Auswege dauerhaft vermauerten und allein einem als „aufgeklärtem Monarchen“ handelnden Generalsekretär möglicherweise Chancen für Veränderungen boten. Allerdings, die Schicksale von Chruschtschow und Gorbatschow, Nagy und Gomulka, von Dubcek und selbst Ulbricht sind bekannt.

Der Blick allein auf die inneren Blockademechanismen übersieht allerdings Selbstverständnis und Sicherheitsbedürfnisse sowohl kommunistischer Parteiführer wie der meisten Parteimitglieder und weiter Teile der Bevölkerung, die erst Enthusiasmus und Opferbereitschaft vieler „Erbauer und Verteidiger des Sozialismus“ erklärlich macht. Schon frühzeitig verstand sich der in der Sowjetunion etablierte Sozialismus als der eines „einheitlichen Heerlagers“, was angesichts der Belagerungssituation nicht das Problem war, aber werden mußte.

In einer Einkreisung mußte zwangsläufig Festungsmentalität, Mißtrauen und Furcht vor Lockerungen der Disziplin das Verhalten der Befehlshaber wie weiter Teile der ebenfalls Eingeschlossenen bestimmen. Dies resultierte sowohl aus der eklatanten Minderheitenlage der Kommunisten, egal, ob sich das drastisch in Sowjetrußland in der Überzahl der Bauern manifestierte oder in der Mehrheit einer skeptischen bis ablehnenden Bevölkerung.

Das betraf auch die Arbeiterklasse, wie sie die Kommunisten im Nachkriegseuropa erlebten, in der DDR und in Ungarn dazu bei denjenigen, die bis zur Befreiung (oder richtiger: der Kapitulation) auf der falschen Seite standen. Hier war schnell Machtausübung stellvertretend für die unreifen, kürzlich noch verführten Massen begründet, denen man Bewußtsein und Bewußtheit, Einsicht in Gesetzmäßigkeiten von Geschichte und Gesellschaft sowie Disziplin und Entschlossenheit voraus hatte. Die Macht blieb nicht bei denen, die sie haben sollten, sondern bei denen, die sie in deren Interesse wahrnahmen. Der Ausnahmezustand von Bürgerkrieg und Interventionsgefahr wurde zum Dauerzustand.

Lenins politisches Alternativkonzept vom „System der Diktatur des Proletariats“,<sup>17</sup> das eine gewisse Interessenartikulation und damit einen Konflikt- und Krisenmechanismus enthalten hätte können, um die Wirtschaftsreform abzusichern, wurde bereits in dem Moment trotz der NÖP-Reform zur Makulatur, als Lenin die (zunächst innerparteiliche) Demokratie auf dem gleichen X. Parteitag der KPR (B) 1921 suspendierte. Macht nicht *für*, sondern *über* die Arbeiterklasse - ein ebenso paternalistisches wie patriarchales System war das Resultat.

Diese Entscheidung in einer Notsituation von allen Parteiführern getragen, entsprach einem Partei- und Revolutionskonzept, in dem eine Avantgarde hehre Ziele verwirklichen wollte. Dazu gab es immer wieder Auseinandersetzungen - um Lenins Parteikonzept wie auch um die Bewertung der Revolution sowohl von linken wie rechten Kritikern. Im Konflikt mit Karl Kautsky ergriffen Lenin wie Trotzki Partei für die eigene Macht, auf Terror und Zwang gegründet - auch wenn als

Durchgangsstadium gedacht. Rosa Luxemburgs profunde Kritik an der russischen Revolution kannten sie damals nicht, hätten sie aber ebenso verworfen wie deren Parteikritik in der Vergangenheit. Auch Antonio Gramsci hatte 1926 die innerparteilichen Kontrahenten in Moskau gewarnt, daß die NÖP feste Einheit und Disziplin der Partei für die Hegemonie benötige. „Doch dürfen in diesem Falle die Einheit und die Disziplin nicht mechanisch und nicht erzwungen sein; sie müssen loyal sein und sich auf Überzeugtheit gründen; es darf nicht die Einheit und die Disziplin einer gefangenen oder belagerten feindlichen Truppe sein, die eine Flucht oder einen Überraschungsausbruch beabsichtigt.“<sup>18</sup> Es kam anders und hier entzündete sich all jene Kritik, die einen anderen als den im Extremfall totalitären Sozialismus wollte.

Die Wurzeln für das Schisma in der Linken liegen tiefer als dies noch 1914 in der Frage der Vaterlandsverteidigung oder 1917/18 in der Frage der Revolution zu erwarten war. An der Untrennbarkeit von Demokratie, individuellen Freiheiten und Sozialismus schieden sich die Geister. Erst der XX. Parteitag mit seinem verschämten, aber doch offenen Eingeständnis der Verbrechen ermöglichte eine bedingte, obschon unvollständige Abkehr vom Stalinismus wie auch erneute Alternativansätze.

Zentrales Problem sind zweifellos die äußeren Ursachen, die die Festungsmentalität dauerhaft machten und die zu jenen Gründen gehören, warum dieses System Angst vor jedem kleinen Schritt haben mußte, Macht neu zu definieren und weg von einem einzigen Entscheidungszentrum zu verlagern. Denn die besondere Zähigkeit des Stalinismus und seines Festungsgeistes resultierte aus der engen Wechselwirkung der inneren Ordnung mit der Systemauseinandersetzung, ihrer jeweiligen auch eigenen Beeinflussung durch Expansions- und Drohaktivitäten wie auch der Bedrohungsperzeption durch beide Seiten.

Beim Betonen der inneren Gründe für das Scheitern geriet zu oft dieser Aspekt aus dem Blick. Neue Studien bestätigen allerdings Ernst und Komplexität<sup>19</sup> der Bedrohungen. Der Kalte Krieg stand zumindest in den 50er/beginnenden 60er Jahren dicht am Abgrund eines heißen. Bernd Stöver hat jüngst die Wirkung der US-amerikanischen Roll-Back-Strategie als „Befreiungspolitik“ analysiert und die Wahrnehmungen im West wie Ost erfaßt, die jeweils vom ernsthaften Charakter nicht nur der Propaganda, sondern auch der vielfältigen Aktivitäten von Geheimdiensten, Medien und Emigrantengruppen ausgingen. „Unübersehbar ist jenseits aller Spekulationen, daß die Idee der ‘Befreiung’, obwohl es während des Kalten Krieges niemals zu einem ‘Befreiungskrieg’ in Europa kam, sowohl in der Politik als auch in der Öffentlichkeit auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs, vor allem in der Eisenhower-Ära erhebliche Aufmerksamkeit erlangte.“<sup>20</sup>

So ist es kein Zufall, daß Stalin seine forcierte Aufrüstungspolitik 1952 aus einer für die sowjetischen Seite begründeten Furcht vor einem Weltkrieg auslöste, mit allen verhängnisvollen Folgen für den eigenen Block. Der Westen fühlte sich ähnlich bedroht durch die Politik des sowjetischen Blocks, mit vergleichbaren

Schlüssen. Hinter allem steht jener Konflikt, den Marxisten als „Klassenkampf“ titulierte, in dem es um gesellschaftlichen Reichtum, Zukunft des Kapitalismus oder radikale Alternativen ging. Hier waren Erfahrungen der Kommunisten aus ihrem Kampf sowohl unter zaristischen wie faschistischen, aber auch parlamentarisch-demokratischen Vorzeichen bitter. Furcht, Schwäche zu zeigen und wieder in Gefahr zu kommen, dürfte eine der Triebkräfte für das uneingeschränkte Behaupten der Macht sein, das erst in den 80er Jahren in einer Auflösung der Feindbilder schwand. Dazu kamen die Erfahrungen von 1953 und noch mehr 1956 mit Übergriffen und Morden an tatsächlich schuldigen, meist aber unschuldigen Vertretern der Macht, spektakulär die Lynchjustiz an den AVH-Angehörigen in Budapest. Das betraf auch das Wissen um erfolgreiche „Befreiungen“ durch die USA in Lateinamerika, dem Iran oder Südostasien. All das waren keine Anreize, irgendwie „mit der Macht zu spielen“.

Eine zu vertiefende Analyse der Geschichte des Staatssozialismus ergäbe, daß es nur kurze Phasen waren, wo ein Nachlassen des Systemkonflikts günstigere Bedingungen für inneren Wandel eröffneten. Wobei diese Entspannungen wiederum begünstigten, daß Reformen in reale Systemüberwindungssituationen münden konnten, die nun wiederum vom Westen aus dessen Einsicht in den Staus quo und aus Angst vor einem Weltkrieg nicht genutzt wurden. Prowestliche Aufständische in Ostberlin oder Budapest fanden sich stets im Stich gelassen.

### **3. Krisenanfälligkeit und Krisenresistenz**

Crux des stalinistischen Systems war dessen Fähigkeit, mit seinen inneren und äußeren Krisen fertig zu werden. Es war auf Grund seiner Strukturen ebenso krisenanfällig wie krisenresistent. Frühzeitig ergab sich aus den realen Bedingungen der Existenz des Staatsozialismus und des Kalten Krieges ein doppeltes Krisenwahrnehmung- und damit Lösungsmodell: *Zum einen* wurden Bedrohungen der inneren Stabilität als Werk des Klassenfeindes im Westen angesehen. *Zum anderen* bedeutete dies, daß das Agieren innerer unzufriedener, opponierender Akteure, damit auch in den großen Krisen der eigentlich staatstragenden Arbeiterklasse, eben nur durch den Mißbrauch und die Irreleitung seitens äußerer Feinde zu erklären war. Sie (zumindest tatsächliche oder vermeintliche Anführer) waren als Feinde zu behandeln.

Gelegentlich gab es am Tiefpunkt von Krisen reale Einschätzungen: „Wenn Massen von Arbeitern die Partei nicht verstehen, ist die Partei schuld, nicht der Arbeiter!“<sup>21</sup> Sonst aber reagierten die Parteiführer fast ausnahmslos nach dem gleichen Muster: Einerseits ungehemmt repressiv, in dem allein außenpolitische Spielräume, Angst vor einem Krieg und das Abwägen innerer Risiken die Intensität beeinflussten - und die Möglichkeiten der nationalen Machthaber oder der Führungsmacht mit ihrer Breshnew-Doktrin. Zum andern, wenn irgend möglich und finanzierbar (oft genug mit sowjetischer Hilfe) der Einsatz von Zuckerbrot, d.h. das Vorziehen von momentan unbezahlbaren sozialen Leistungen; evtl. auch partielle Lockerungen,

Tauwetter für die Intellektuellen.

Von Anfang an fehlte ein Mechanismus der gewaltlosen) Krisenregulierung. Gramscis Sicht<sup>22</sup> auf das Festungs- und Stellungssystem der Machtsicherung des Westens fand keine adäquate Gestaltung im Osten. Hier war ein System entwickelt, das allein für zwei Herausforderung gut geeignet war - die militärische Konfrontation und die Verhinderung eines Bürgerkriegs im Innern durch rechtzeitige Ausschaltung der Opposition. Mit dem Wandel der Herausforderungen wurden beide Schwerter trotz großen Aufwands stumpfer - das militärische Bestehen verlangte ökonomische Stärke und Modernität, aber vor allem Rückhalt im Volk, besonders bei der Jugend. Die innenpolitische Auseinandersetzung verlangte nach klar definierbaren Klassenfeinden und imperialistischen Agenten. Die gingen in den 70er langsam, in den 80er Jahren - trotz neuen Kalten Krieges - immer schneller verloren.

Deshalb standen Chruschtschow am Beginn der Entstalinisierungen und Gorbatschow an ihrem Ende vor einem unüberwindbares Dilemma: „Wie war das Sowjetsystem zu reformieren, ohne daß man soweit ging, daß das System selbst stürzen würde.“<sup>23</sup> Das wurde akut, als der Staatssozialismus sowohl mit einer veränderten Strategie des Westens in Varianten des „Wandels durch Annäherung“ bei realer Kriegsdrohung konfrontiert war und zugleich die Produktivkraftentwicklung der nach inneren Reformen schrie. Genau dies stand seit den 60er Jahren - mit Vorläufern seit 1953 - an und scheiterte immer wieder.

Eigentlich gab es nur zwei große Entstalinisierungsversuche, die von der Führung in Moskau mitgetragen wurden - 1953 und 1985ff. Beide Male lief die *von oben* veranlaßte Reform aus dem Ruder. Allein der CSSR-Versuch eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, ebenfalls von oben eingeleitet, aber auch *von unten* unterstützt, schien eine Chance zu haben. Ihm aber fehlte die Unterstützung Moskaus, das nur die Gefahr einer zu weit gehenden Reform und damit der Konterrevolution ausmachte.

Ihre Intervention sorgte dafür, daß wir nie erfahren werden, ob ein reformerischer oder revolutionärer Umbau des stalinistischen Modells zu einem demokratisch-sozialistischen überhaupt möglich war. Ausgangspunkt Chruschtschows wie Gorbatschows war die Einsicht, daß wirtschaftlich wie politisch ihr Land aus der Krise herauszuführen sei und es gleichzeitig einen Grundbestand an politischer Macht geben mußte - die Macht der KPdSU - total oder hegemonial gesichert, die die sozialistischen Verhältnisse oder was man dafür hielt, bewahren sollte.

Eine Korrektur des Systems und seiner gewaltträchtigen machtpolitischen Basis einer diktatorischen Herrschaft wurde zumindest in der Perestroika angestrebt. Genau hier zeigte sich deren Schwachpunkt. Denn das Auflösen der alten Strukturen gewann stets Eigendynamik - sowohl durch die Befreiung wie auch durch die Gefährdung der Privilegien des Apparates, so daß systemverändernde, -verbessernde Reformen stets die Gefahr der Systemzerstörung heraufbeschworen.

Generell ging es von Anfang an um die Alternative zwischen systemfestigender,

weiterführender Revolution oder zerstörender Konterrevolution,<sup>24</sup> die weit über den eigentlichen gradualistischen Reformansatz hinausgehen und elementare Macht-, Wirtschafts-, Gesellschaftsstrukturen berühren mußte. Möglicherweise war die Warnung Zdenek Mlynars' an seinen nunmehrigen Reformkollegen Gorbatschow 1989 eine Überlegung, die nicht allein den Umbruch aus einem stalinistischen Sozialismusmodell zu einem demokratisch-sozialistischen berührt: „Erreichen läßt es sich nur durch die Veränderung historisch tief verwurzelter Beziehungen zwischen der Macht und der Gesellschaft, zwischen dem Staat und der Zivilgesellschaft, zwischen dem Individuum, der sozialen Gruppe und dem Ganzen. Eine derartige Veränderung ist als solche allerdings wiederum ein historischer Prozeß, der innerhalb einer Generation nicht bewerkstelligt werden kann.“<sup>25</sup>

## Anmerkungen

<sup>1</sup> Aus dem Rechenschaftsbericht des ZK an den XXII. Parteitag der KPdSU. Berichtsterstatter: N.S. Chruschtschow, 1. Sekretär des ZK (1961). In: Judick, Günter/Steinhaus, Kurt (Hrsg.): Stalin bewältigen. Sowjetische Dokumente der 50er, 60er und 80er Jahre. Düsseldorf 1989, S. 234

<sup>2</sup> Zu Chruschtschow und seinen Reformen siehe u.a. Burlazki, Fjodor: Chruschtschow. Ein politisches Porträt. Düsseldorf 1990; Filtzer, Donald: Die Chruschtschow-Ära. Mainz 1995; Piccio, Markus: Grundlagen, Leistungen und Schwächen der Herrschaft Chruschtschows 1957-1964. In: Fundus - Forum für Geschichte und ihre Quellen. Köln. H. 1/1998, S. 127-162 (<http://www.fundus.d-r.de/1-98/piccio.pdf>)

<sup>3</sup> Erinnert sei aber an die Prozesse und Todesurteile gegen so gegensätzlichen Politiker wie Lawrentij Berija und Imre Nagy, aber auch an die Toten in Berlin, Budapest und 1962 in Novotscherkask.

<sup>4</sup> Piccio, Markus: a.a.O., S. 149

<sup>5</sup> Trotzki, Leo: Verratene Revolution. Essen 1990, S. 278, 279

<sup>6</sup> Beyrau, Dietrich: Entstalinisierung. In: Peter, Antonio/Maier, Robert (Hrsg.): Die Sowjetunion im Zeichen des Stalinismus. Köln 1991, S. 126

<sup>7</sup> Plaggenborg, Stefan: Die wichtigsten Herangehensweisen an den Stalinismus in der westlichen Forschung. In: ders. (Hrsg.): Stalinismus. Neue Forschungen und Konzepte. Berlin 1998, S. 13

<sup>8</sup> Siehe u.a. Hedeler, Wladislaw/Helas, Horst/Wulff, Dietmar: Stalins Erbe. Berlin 1989; Historische Kommission beim Parteivorstand der PDS (Hrsg.): Der Stalinismus in der KPD und SED. Berlin 1991; Niemann, Heinz: Vorlesungen zur Geschichte des Stalinismus. Berlin 1991; Ruge, Wolfgang: Stalinismus - eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte. Berlin 1991; Gehrcke, Wolfgang (Hrsg.): Stalinismus. Analyse und Kritik. Bonn 1994; Bisky, Lothar/Czerny, Jochen/Mayer, Herbert/Schumann, Michael (Hrsg.): Die PDS - Herkunft und Selbstverständnis. Eine politisch-historische Debatte. Berlin 1996

<sup>9</sup> Meyer, Gerd: Stalinismus. In: Nohlen, Dieter S. (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik. Bonn 1991, S. 669

<sup>10</sup> Siehe konsequent bei Courtois, Stephane u.a.: Das Schwarzbuch des Kommunismus. München 1999

<sup>11</sup> Plaggenborg, Stefan: Stalinismusforschung: Wie weiter? In: ders. (Hrsg.): Stalinismus. a.a.O., S. 445

<sup>12</sup> So Djilas, Milovan: Die neue Klasse. München 1957

- <sup>13</sup> Zur Sozialismusmodellen ausführlicher Bollinger, Stefan: Dritter Weg zwischen den Blöcken? Prager Frühling 1968: Hoffnung ohne Chance. Berlin 1995; ders.: 1989 - eine abgebrochene Revolution. Berlin 1999, bes. Kap. 3
- <sup>14</sup> Nicht nur zum „russischen Charakter“ des Stalinismus siehe Ruge, Wolfgang: a.a.O., u.a. S. 83
- <sup>15</sup> Siehe z.B. Weber, Hermann: Einleitung: Bemerkungen zu den kommunistischen Parteisäuberungen. In: ders./Mählert, Ulrich (Hrsg.): Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936-1953. Paderborn 1998, S. 1-32
- <sup>16</sup> Furet, François: Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert. 1999, 2. A., S. 599
- <sup>17</sup> Siehe u.a. Lenin, Wladimir Iljitsch: Über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzki's. In: ders.: Werke. Bd. 32. Berlin 1972, S. 2
- <sup>18</sup> Gramsci, Antonio: Brief an das Zentralkomitee der KPdSU(B). In: Neubert, Harald (Hrg.): Antonio Gramsci - vergessener Humanist? Berlin 1991, S. 76
- <sup>19</sup> Siehe z.B. Stöver, Bernd: Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische Liberation Policy im Kalten Krieg 1947-1991. Köln-Weimar-Wien 2002; Saunders, Frances Stonor: Wer die Zeche zahlt ... Die CIA und die Kultur im Kalten Krieg. Berlin 2001
- <sup>20</sup> Stöver, Bernd: Die Befreiung. a.a.O., S. 11
- <sup>21</sup> Über die Lage und die unmittelbaren Aufgaben der Partei. Beschluß des Zentralkomitees vom 21. Juni 1953 (14. Tagung). In: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. IV. Berlin 1954, S. 441
- <sup>22</sup> Siehe ausführlicher Bollinger, Stefan: Realsozialismus, Hegemonieapparat und Hegemonieverlust. Gramsci und Ansätze einer kritischen DDR-Geschichtsschreibung. In: Hirschfeld, Uwe (Hg.): Gramsci-Perspektiven. Berlin/Hamburg 1998, S. 118-127
- <sup>23</sup> Filtzer, Donald: Die Chruschtschow-Ära. a.a.O., S. 12
- <sup>24</sup> Siehe ausführlicher Bollinger, Stefan: 1989. a.a.O., Kap. 3
- <sup>25</sup> Mlynar, Zdenek: Was kann Gorbatschow ändern? Möglichkeiten, Grenzen und Zukunft sowjetischer Reformpolitik. Freiburg i. Br. 1989, S. 34

## J. W. Stalin als Persönlichkeit und politischer Führer

Jahrzehnte lang prägte das verletzte Ego und die eindimensionale Weltanschauung eines der eindrucksvollsten Männer des vergangenen Jahrhunderts das alltägliche Sein und internalisierte Bewusstsein von mehr als einer Milliarde Menschen zwischen Berlin und Shanghai. Das Herrschaftssystem, dessen Schöpfer und erster Diener er war, hinterließen einen tiefen Abdruck in der Geschichte.<sup>1</sup> In einer Person verkörperte J. W. Stalin die Rolle des Parteichefs, Generalissimus und Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR. Überdies war er Chefideologe, Oberster Ankläger und Höchster Richter im kommunistischen Erdenkreis.

Wen wundert es, dass seine Persönlichkeit, politische Strategie und Weltsicht auch heute noch ein Faszinosum für uns bergen. Zu Unrecht ist daher die Beschäftigung mit dem Georgier fast ein halbes Jahrhundert von den deutschen Medien vernachlässigt worden. Erst anlässlich seines fünfzigsten Todestages, dem 5. März 2003, konnte man für mehrere Tage seinem Agieren und dessen Konsequenzen im deutschen Fernsehen nicht entgehen.

Darf man schon heute über ihn Gültiges aussagen? Wo die Quellensichtung noch im Fluss ist, wo erst vor weniger als einem Dutzend Jahren mit dem nunmehr poststalinistischem System auch eine von ihm geprägte politische Herrschaftsstruktur und Zivilisation, ein von Stalin und seinen Anhängern ausgebautes Imperium zugrunde ging?<sup>2</sup> Die Geschichte „qualmt“ noch - dies kann kaum übersehen werden - da über 20 Prozent der Menschen in der Russischen Föderation Stalin eher positiv bewerten. Doch wo Rauch ist, da fehlt es nicht an Feuer. Ist der Verfasser mit der nötigen Fairness und Distanz gerüstet, um diesem Mann auch nur ansatzweise gerecht zu werden? Ganz leidenschaftslos kann man über ihn in diesem Hause - dem Gebäude des ehemaligen Zentralblattes der Partei der Kommunisten in der DDR - nur schwerlich urteilen. Umso mehr ist geistige Disziplin geboten. Da unsere Sinne geschärft, die Analysefähigkeit besonders gefordert, der Bias zurückgestellt ist, stellt sich als erstes die Frage, ob die von den Organisatoren dieser Konferenz vorweggenommene Bewertung Stalins als „Diktator“ dem Subjekt unserer Untersuchung gerecht wird. War Stalin nicht viel mehr als ein Diktator? War er nur einer unter den vielen, die das „Zeitalter der Extreme“<sup>3</sup> hervorgebracht hat?

In der DDR jedenfalls wurde er anlässlich seines 70. Geburtstages am 21. Dezember 1949 als „genialer Feldherr der ruhmreichen Sowjetarmee“, als „großer Herold des Friedens“ oder gar als „kühner und wegessicherer Bergführer, der die Menschheit auf die Höhen des Kommunismus“ führe, sowie als „Genius der Massen“ gefeiert.<sup>4</sup> Und für Millionen von Kommunisten, ja selbst für Zehntausende linker Sozialisten in den westeuropäischen Ländern wie Frankreich, Italien und

Spanien ist er das eine Zeit lang gewesen, waren doch selbst ehemals alliierte Spitzenpolitiker von seiner Leistung im II. Weltkrieg beeindruckt.

Die Beurteilung Stalins schwankte offenkundig zu verschiedenen Zeiten und in unterschiedlichen Kreisen der Politik. Aber auch in den Sozialwissenschaften oszillierte die Analyse. Verschiedene Erkenntnisebenen müssen befragt werden, und man kann keineswegs sicher sein, welche die heuristisch wertvollste ist. Sicher hat die Politische Wissenschaft kein Monopol für das Verständnis von Menschen und Mächten. Ohne eine gewisse Kenntnis der Geschichte der KPdSU<sup>5</sup>, aber auch der historischen Quellenkritik oder gar der politischen Psychologie wird man sich der Bewertung dieses Führers der Sonderklasse nicht nähern können.

### **Zum Forschungsstand**

Natürlich wurde im Westen der „Genius der Massen“ in den Zeiten des Kalten Krieges überwiegend negativ bewertet.<sup>6</sup> Aber auch für den ersten russischen Stalin-Biographen nach Ende dieses Weltkonflikt, dem Militärhistoriker D. A. Wolkogonow, ist der „woshd“ schlicht ein „Stalinsches Monster“<sup>7</sup>. Und der bedeutende deutsche Politologe Hans Peter Schwarz reiht ihn in einer brillanten Studie unter andere politische Monster ein.<sup>8</sup> Bereits N. Bucharin hatte Stalin mit Dschingis Khan verglichen. Den Generalsekretär interessiere nichts als der Erhalt der Herrschaft. Da er den Schlüssel der Führung behalten habe „wird er uns abschlachten“, prophezeite der ehemalige „Liebling der Partei“.<sup>9</sup> Anerkennend dagegen bezeichnete Stalins Gegenspieler Adolf Hitler ihn hellichtig als „eine Bestie, aber immerhin von Format“<sup>10</sup>.

In Moskau, wie in anderen Hauptstädten des sozialistischen Lagers, veränderte sich nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 die Perzeption des „woshd“. Zumindest hinsichtlich des von ihm veranstalteten Personenkults durfte nunmehr Kritik geübt werden. An der Herrschaftsstruktur änderte sich nur wenig. Man sollte daher für die Zeit nach dem XX. bzw nach dem XXII. Parteitag auch nicht von einer Epochenzäsur ausgehen, d. h. mit dem März 1956 begann keineswegs die „poststalinistische Periode des Kommunismus“. Aus diesem Grund konnte in den Staaten der Sozialistischen Gemeinschaft nach dem Sturz N. S. Chruschtschows 1964 die zuvor schon kanalisierte „Diskussion“ der Rolle Stalins in der Geschichte blockiert werden.

Die neuen Männern waren der Vorstöße des Vorgängers für eine weitere Entstalinisierung müde. Sie sahen in ihnen eine Gefahr für die Stabilität des Systems und der Kader. Lediglich die Konsequenzen des „kult litschnosti“ durften seit dem einige beauftragte Wissenschaftler interessieren. Die Beschäftigung mit dem „Stalinismus“ als System blieb untersagt. Wenn Korrekturen an der Parteilgeschichte angeraten waren, erfolgten sie höheren Ortes und dienten vorwiegend der Bedeutungserhöhung der jeweils herrschenden Parteiführer und der Eliminierung der Namen in Ungnade gefallener Spitzenfunktionäre.<sup>11</sup>

Von ihnen fand sich in den Protokollen von Zusammenkünften früherer Spitzengremien oftmals kein Hinweis mehr, so daß heute in vielen Beschlußprotokollen nur noch der Name Stalins vorhanden ist. Es fällt auf, wie viele ehemals führende Politiker und Militärs in den letzten Jahrzehnten Memoiren verfassten, die aber keine Einblicke in den Entscheidungsprozess boten.

Auch heute erlauben die geöffneten Archive keineswegs eine allgemein gültige Aussage über die Tätigkeit wichtiger Beschlussgremien, da die Anwesenden es in der Regel nicht wagten, Aufzeichnungen anzufertigen. Die damals herrschende Furcht, z. B. unter den Militärs, die nur zu verständlich war nach den Erschießungen in ihren Reihen Ende der dreißiger Jahre, erschwerte bis zum heutigen Tage eine realistische Analyse des stalinistischen Systems in der Zeit des II. Weltkrieges.

Insgeheim hatten sich Gesellschaftswissenschaftler auch in den osteuropäischen Staaten vor dem Amtsantritt Gorbatschows mit Stalin und seinen Herrschaftstechniken beschäftigt. Sie hofften, nach dem Verschwinden der Gerontokraten werde eine Aufarbeitung der Geschichte erfolgen.

Der neue Generalsekretär M. Gorbatschow erteilte dieser Erwartung zu Beginn seiner Amtszeit 1986 eine Absage. Gegenüber Redakteuren der französischen KP-Zeitung L'Humanite hatte er auf die Frage, ob in der UdSSR nunmehr die Reste des Stalinismus überwunden seien, am 4. Februar 1986 prägnant geantwortet: „Stalinismus“ sei ein Terminus, den sich die Gegner des Kommunismus ausgedacht hätten, „und der umfassend dafür genutzt wird, die Sowjetunion und den Sozialismus als Ganzes zu verleumden.“<sup>12</sup>

Erst mit Gorbatschows Rede zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution wurden jene Kräfte der Glasnost, wurden Dissidenten und Sozialwissenschaftler legitimiert, sich mit den Verbrechen Stalins sowie der Rehabilitation seiner Opfer zu beschäftigen.<sup>13</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU arbeitete heraus, die Person Stalins sei „äußerst widersprüchlich“ gewesen. Neben dessen unbestreitbarem Beitrag zum Kampf für den Sozialismus und dem Schutz seiner Errungenschaften müsse man die „grobpolitischen Fehler und die Willkür“ betrachten, die „er und seine Umgebung zugelassen haben, für die unser Volk einen hohen Preis zahlte“. Manchmal würde behauptet, so Gorbatschow weiter, „Stalin hätte von den Verbrechen nichts gewusst“. Doch aus den Dokumenten gehe hervor „dass dies nicht so ist“. Die Schuld Stalins und seiner nächsten Umgebung „gegenüber Partei und Volk für die begangenen Massenrepressalien und die Gesetzlosigkeiten ist gewaltig und unverzeihlich“.

Damit wurden jene im Westen beschämt, die zeitweise als Anhänger der sozialhistorischen Schule sich dem Zeitgeist des „linken“ Revisionismus und Relativismus verschrieben hatten. Sie hatten die von Stalin begangenen singulären Untaten klein geredet oder sie kurzer Hand negiert. Auch stellten sie den von den meisten Historikern konstatierten Primat des Führerstaates und die Dominanz der Partei und der Staatssicherheitspolizei in Abrede. Einige der damals renommiertesten bestritten die Zahl der bei der Durchsetzung ideologischer

Zielsetzungen geforderten Menschenleben, leugneten die Intensität der Repressalien<sup>14</sup>. In den sechziger und siebziger Jahren ersetzte dieser Revisionismus, der sich zuschreiben konnte, ausgetretene Pfade der Sowjetforschung verlassen zu haben, den dominierenden Totalitarismusansatz. Er kam z.B. in einigen Untersuchungen zu dem Ergebnis, die Entwicklungen auf dem Dorfe Ende der zwanziger/Anfang der dreißiger Jahre seien von der „Basis“ ausgegangen und nicht etwa Konsequenz parteistaatlichen Zwanges<sup>15</sup>. Sicher darf dieser Einwand nicht ohne weiteres vom Tisch gewischt werden, doch legte er nahe, die Führung habe nur oder vorwiegend den Forderungen der Massen und den geschichtlichen oder technologischen Erfordernissen folgen müssen.

Eine andere Strömung, die sowohl bei rechten wie linken Politologen vorherrschte, suchte erfolgreich das Handeln Lenins von dem Wirken Stalins abzutrennen und die politischen Intentionen und Aktionen beider für unvereinbar zu halten. Demgemäß wurde der Schöpfer der UdSSR, Uljanow-Lenin, dem entgleisten, den Thermidor der russischen Revolution betreibenden Dshugaschwili-Stalin entgegengesetzt. In manchen Fällen waren dabei außerwissenschaftliche Motive ausschlaggebend. Diese Sicht wird heute sowohl in Russland wie auch in anderen Ländern immer weniger geteilt.

Eine dritte Schule vertrat wiederum einen der zuletzt genannten Ansicht entgegengesetzten Standpunkt. Sie sah in Stalins Politik, wenn man diese nur von ihren Fehlern reinigte, die einzig richtige Konsequenz Leninschen Denkens. Sie behauptete, dass Stalins Elitenwechsel zu einer sozialen Aufstiegsbewegung der Unterschichten geführt habe. Sie sei von den unteren Parteiorganisationen und der Arbeiterklasse ausgegangen und habe unter Breschnew ihren Höhepunkt erreicht. Aus dieser Optik konnte man den historischen Prozess als „Terror, Fortschritt und soziale Modernisierung“ zusammenfassen, der mit den geringen Kosten „weniger hunderttausender“ Säuberungsoffer“ bezahlt worden sei.<sup>16</sup>

Ein highlight der revisionistischen Forschung lieferte J. A. Getty. In seiner Untersuchung über die Säuberungen im Gebiet Smolensk kam er zu der Feststellung, die Kontrolle der Partei sei besonders schwach gewesen und diese eher der Versuch, die Desorganisation und Ineffizienz des Apparates zu unterdrücken. Sie wären keineswegs die Folge eines Willkürsystems. Allerdings grenzte Getty diese Analyse für die Zeit der Herrschaft Jagodas an der Spitze des NKWD ein.<sup>17</sup>

Bemerkenswert war auch die Studie von R. Thurston, die unter dem Titel „Angst und Glauben während der Zeit des großen Terrors“ erschien. Der Autor untersuchte, wie Erlebnisberichte Repressionen und Angst um die eigene Sicherheit darstellten und wie die Repressierten selbst diese Traumata erlebten. Nach der Meinung von R. Thurston war Furcht in der Sowjetunion der dreißiger Jahre keineswegs ein allgemein verbreiteter Zustand. Demnach habe es ein Terrorregime in der Sowjetunion nicht gegeben.<sup>18</sup>

Nach Öffnung der Archive wird selbst in Russland, aber auch in der Politischen Wissenschaft des Westens, die Ära Stalins zumeist wieder als „totalitär“

beschrieben und mit der Herrschaft Hitlers verglichen, oftmals auch mit der Lenins, Mussolinis, Maos oder Pol Pots in einem Atemzug genannt. Es scheint, dass gegen eine komparatistische Interpretation der Stalinschen Tyrannei und ihrer Massenverbrechen wenig einzuwenden ist. „Vergleichen“ heißt ja weder die Herrschaft Stalins mit anderen gleichzusetzen, noch zu relativieren oder zu entschuldigen. In einem kürzlich erschienenen Aufsatz stellte Horst Möller die Kriterien einer totalitären Diktatur in veränderter Form erneut zur Diskussion.<sup>19</sup>

12 Jahre nach der Implosion des Sowjetreiches und nach der Öffnung russischer Archive, kann immer noch nicht von einem wirklich gesicherten Forschungsstand über Stalin, den Menschen und sein politisches Agieren die Rede sein. Die Persönlichkeit Stalins, so Heinz-Dietrich Löwe in der zuletzt erschienenen deutschsprachigen Biographie, wirft immer noch eine Reihe von Fragen auf.<sup>20</sup>

Der psychohistorischen Methode, wie sie in letzter Zeit zu Ungunsten der politologisch-strukturellen Methode in den Vordergrund getreten ist, bedienten sich vor Jahrzehnten nur wenige Biographen des sowjetischen Führers.<sup>21</sup> Für das psychologische wie für das politische Erklären und Verstehen Stalins werden aber neue Quellen und deren wissenschaftliche Kritik immer unersetzlicher.<sup>22</sup> Nun ist es seit den sechziger Jahren in der Bundesrepublik Deutschland jedoch unschicklich, die Biographie überragender Menschen überhaupt nachzuzeichnen, die Zeit auch aus deren Leben verstehen zu wollen. Der Vorwurf, so Joachim Fest, lautet, die Biographie sei dem Blick auf die „großen Männer“ verhaftet, sie aber mache den Autor blind gegenüber den verlaufsbestimmenden gesellschaftlichen Antriebskräften. Der Biograph des deutschen Führers erinnerte daran, dass R. Aron die nicht endenden Versuche, Hitlers Rolle herabzumindern „idiotisch“ genannt habe.<sup>23</sup> Ebenso falsch wäre unserer Meinung nach, Stalins Bedeutung für die Essenz des sowjetischen Kommunismus zu schmälern.

### **Einige Anmerkungen zur Person J. W. Stalins**

Stalins Persönlichkeit verweigert sich bisher einer exakten historischen Darstellung. Zu ungenau ist die Berichterstattung über seine Kindheit und Jugend. Jedenfalls kommt er, wie Alexander von Makedonien, wie Buonaparte und Hitler, von der Peripherie des Reiches, das er später beherrschen sollte.

Schon über das Datum von Stalins Geburt wurde seit einigen Jahren gerätselt. Bisher galt der 21. Dezember 1879 als sein Geburtsdatum. Neuere Forschungen lassen jedoch mehr als berechtigte Zweifel daran aufkommen. Im Zentralen Parteiarchiv in Moskau findet sich eine Kopie des Eintrags in das Register der Mariä Himmelfahrtskirche von Gori. In ihr ist der Geburtstag des Josef Wissarionowitsch Dshugaschwili für den 6. Dezember des Jahres 1878 (alte Zeitrechnung), seine Taufe am 17. Dezember des gleichen Jahres vermerkt.<sup>24</sup> Hatte der Diktator die Welt über den Tag seiner Geburt getäuscht?

Stalin selbst nannte bis 1920 das Jahr 1878 als sein Geburtsjahr.<sup>25</sup> Aus bisher unerfindlichen Gründen wurde von seinem Privatsekretär Towstucha sieben Monate

nach der Ernennung Stalins zum Generalsekretär der KPdSU(B) ein Lebenslauf angefertigt, der das heute in jeder Enzyklopädie genannte Datum angibt.

Iosif war nach zwei Fehlgeburten das erste lebende Kind der Jekatarina Dshugaschwili. Fünfjährig wäre er beinahe an einer Pockeninfektion gestorben, sein Gesicht blieb von deren Narben gezeichnet. Bei einem Unfall erlitt er eine Verletzung des linken Armes, der verkrüppelt blieb. An einem Fuß sollen Zehen zusammen gewachsen gewesen sein. Hinsichtlich seiner Zeugung gab es Gerüchte, er sei nicht der Sohn des zuletzt in einer Tifliser Lederfirma beschäftigten Wissarion D.<sup>26</sup>

Aus den immer wiederkehrenden Prügelszenen in dem ärmlichen Haus in Gori wurde geschlussfolgert, sie seien die Folge südländischer Eifersucht wegen eines Fehltritts der Mutter.<sup>27</sup> Doch war es eher die fortwährende Trunkenheit des Vaters, die diesen zum Schläger prädestinierte. Der Vater verschwand Ende der achtziger Jahre. Bei einer Verhaftung im Jahre 1909 gab Stalin an, sein Vater lebe noch und zwar ohne festen Wohnsitz. Die Mutter hatte schon früh bei der Erziehung des Jungen den immer mehr körperlich verfallenen Haushaltsvorstand ersetzt. Sie hatte Größeres mit ihm vor, als Iosif nach dem Willen des Vaters ebenfalls in einer Tifliser Lederfabrik unterzubringen: Sie wollte einen orthodoxen Priester aus ihm machen und weigerte sich daher, dem Ehemann nach Tiflis zu folgen. „Keke“ zwang den Jungen nahezu mit gleicher Härte wie der Vater zum Gehorsam, doch diesmal war Ehrgeiz das Motiv.<sup>28</sup>

In der Tat kommt das Verb „schlagen“ sehr oft in späteren Ansprachen des Generalsekretärs vor. Zu Stalins prägenden Erinnerungen dürfte ebenso gehören, dass die zaristische Administration das Georgische als Unterrichtssprache abschaffte, was zu frühen Auseinandersetzungen mit russischen Schulbeamten führte. Dabei war Stalin bereits einer der widerspenstigen, aber auch von den Schülern anerkannten Wortführer. Früh interessierte er sich für georgische Literatur, deren Kasbegins Sammlung georgischer Erzählungen er seinen ersten Kampfnamen „Koba“ entlehnte.<sup>29</sup>

Seine wiederkehrenden Auseinandersetzungen mit oftmals körperlich größeren Seminaristen stärkte sein Selbstvertrauen. Wo er auftrat, spaltete sich die Seminarergemeinschaft. So lernte er frühzeitig, sich durchzusetzen. Je älter er wurde, desto mehr nahm seine Verletzlichkeit wegen der Hänseleien ob seiner geringen Körpergröße zu. Der empfindsame, von sozial überlegenen Kindern oftmals ausgegrenzte Dshugaschwili, stieß 1898/99 zu revolutionären Zirkeln von Tiflis, organisierte schließlich selbst solche Gruppen. Im Mai 1899 wurde er des Priesterseminars verwiesen. Die Begründung lautete: „Nichterscheinen bei einer Prüfung“.<sup>30</sup> Wieder hatte man ihm Anerkennung versagt. Doch Zeit seines Lebens sollte er die im Seminar gelernte scholastische Argumentationsweise beibehalten.

Stalins Verhältnis zum weiblichen Geschlecht bleibt ebenso rätselhaft wie vieles andere in seinem Leben. Ein Sittenbild über die Beziehungen der Mächtigen zu Zeiten Stalins liefern die Aufzeichnungen der Schwägerin aus erster Ehe, Maria

S. Swanidze.<sup>31</sup> Maria und ihr Ehemann Alexander wurden ebenso wie die Schwester von A. Swanidse erschossen, beider Sohn noch 1948 zu zehn Jahre Freiheitsentzug verurteilt. Stalin hatte einen Bannfluch über die Familie seiner ersten Frau verhängt, der zwischen 1939 und 1948 fortwirkte.<sup>32</sup>

Die Annahme dagegen, dass das Verhältnis Stalins auch zu seiner Mutter besonders schlecht gewesen sei, wird durch die Dokumente aus dem Präsidenten- bzw. Parteiarchiv nicht bestätigt.<sup>33</sup> Der überlieferte Schriftverkehr belegt vielmehr, dass Stalin zu dieser ein überwiegend gutes Verhältnis besaß, wenngleich bekannt ist, dass diese ihren Sohn auch bei ihren letzten Begegnungen lieber als einfachen Priester, denn als Staatslenker gesehen hätte. Dies sollte jedoch die Nähe des beiderseitigen Verhältnisses nicht stören. Umso merkwürdiger ist es, dass er an der Beisetzung seiner Mutter, die am 4. Juni 1937 verstarb, nicht teilnahm.

War die Inschrift auf Jekatarinas Grab: „Der teuren und geliebten Mutter...“ auch nur Show? Sowohl Stalins die Briefe an seine Mutter wie die leidenschaftlichen an seine zweite Frau Nadjeshda bezeugen, dass die Behauptungen Stalin sei warmherziger Gefühlen nicht fähig gewesen, zumindest bis zu Anfang der dreißiger Jahre in dieser Härte nicht zutreffen. Ob sein „Stiefelfetischismus“, wie Löwe behauptet, mit seinem Vater zusammenhängt, muss ebenfalls bezweifelt werden.<sup>34</sup> Angeblich soll Stalin seine erste Frau Swanidze, wie auch seine beiden Söhne mit diesem, von ihm lebenslang bevorzugten Schuhwerk mehrfach getreten haben – und ebenso den Mörder Kirows, als er ihn für mehr als eine Stunde in seiner Zelle besuchte.

Seine erste Frau wird als ungebildet geschildert. Die Ehe mit Jekatarina Swanidze wurde 1902 kirchlich geschlossen. Aus ihr stammt der 1908 geborene Jakob, dessen Mutter im Jahr der Geburt des Kindes verstarb.<sup>35</sup> Während einer seiner Verbannungen hinter dem nördlichen Polarkreis soll er ein Verhältnis mit einem 14-jährigen Mädchen aufgenommen haben. Nur das Versprechen, die Mutter des Kindes zu heiraten, rettete ihn vor der Verhaftung. Schon zuvor, ca. 1899/1900, hatte er ein Verhältnis mit einer Kaufmannswitwe, aus dem ebenfalls ein Sohn hervorging. Dieser bekleidete, wie man hörte, in den sechziger Jahren eine führende Stelle beim Moskauer Fernsehen.

Stalins zweite Gattin, Nadjeshda Allilujewa, war 25 Jahre jünger als ihr Ehemann. Diese Verbindung wurde im Jahre 1919 geschlossen. Nadjeshda arbeitete im Persönlichen Sekretariat Lenins, was sich für Stalin vorübergehend als praktisch erweisen sollte. Sie nahm sich unter immer noch ungeklärten Umständen mit Stalins Dienstpistole in der Nacht des 9. November 1932 das Leben. Danach ist eine weitere Beziehung zu einem Hausmädchen, die in Kunzewo untergebracht war und eine noch mehr umstrittene Liaison, angeblich mit der Schwester des Altbolschewisten Lazar Kaganowitsch bekannt geworden. Deutlich wird, dass Stalin immer wieder Beziehungen zu ihm weit unterlegenen Frauen aufnahm. Als beispielsweise die Allilujewa sich um eine gewisse Unabhängigkeit bemühte, lösten sich die Spannungen zwischen den beiden Ehepartnern erst auf gewaltsame Weise. Stalin

homosexueller Neigungen zu verdächtigen, wie dies gelegentlich geschieht, ist mehr als fragwürdig.<sup>36</sup>

Noch fragwürdiger als seine Beziehungen zum weiblichen Geschlecht verlief das Verhältnis zu seinem Nachwuchs. Alle Kinder wurden von nur einem Elternteil erzogen, waren praktisch Halbwaisen. Der erste Sohn, Jakob (1908-1943) wurde von Verwandten der Mutter aufgezogen. Er lebte noch bis zum Jahre 1922 in der Obhut von Jekaterina Swanidses Schwester. Erst als er 14 Jahre alt war, nahm Stalin ihn zu sich in den Kreml. Jakob Stalin meldete sich im Juni 1941 an die Front. Bereits am 16. Juli des gleichen Jahres geriet er in deutsche Gefangenschaft. Jakob wurde nach der Schlacht von Stalingrad zum Austausch gegen Feldmarschall Paulus angeboten. Sein Vater lehnte dieses Angebot ab. Stalins erster Sohn wurde in den Drähten eines Elektrozauns des KZ Sachsenhausen tot aufgefunden. Anderen Angaben zufolge wurde er dort erschossen. Er soll gefürchtet haben, von seinem Vater wegen seiner Gefangennahme verachtet zu werden.

Der zweite ehelich geborene Sohn Wassilij (1921-1962) wurde mit der Last der Erwartungen, die an den großen Namen geknüpft wurde, niemals fertig. Er wählte eine militärische Karriere, war bei Kriegsende Kommandeur einer Jagdfliegerdivision. Nach 1947 wurde er stellvertretender Kommandeur, später Kommandeur der Luftstreitkräfte des Moskauer Militärbezirks. Mehrfach war er von seinem Vater wegen Trunksucht gerügt worden. Nach dem Tod J. W. Stalins wurde er am 28. April 1953 verhaftet und nach weiteren Vorfällen am 2. September 1955 wegen Veruntreuung staatlichen Eigentums sowie feindseliger Äußerungen zu acht Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Am 28. April 1961 wurde der junge Stalin vorzeitig aus den Gefängnis entlassen, nach offizieller Einstufung ungebessert.<sup>37</sup> 1961 wurde er nach Kasan verbannt, wo er 1962 verstarb. Er hatte seine Privilegien über das damals übliche Maß genutzt, seinen Sportverein durch besondere Zuwendungen gefördert und seine Gespielinnen mit Geschenken aus der Staatskasse unterstützt. Nach seiner Verhaftung hatte er sich in Schreiben an Politbüromitglieder gewandt und Mitarbeiter seines Vaters angeblich „diffamiert“.

Alle Kinder Stalins sollen den Vater geliebt haben. Doch dessen größte Zuneigung galt der „Prinzessin“, seiner Tochter Swetlana. Als ihr Mann Bradshesh Singh, Mitglied der KP Indiens, Ende Oktober 1966 starb, musste sie das Politbüro um Ausreise bitten, um die sterblichen Überreste des Toten nach Indien zu überführen. Breshnew gewährte diese, stellte ihr jedoch zwei Mitarbeiter des KGB an die Seite, die sie inoffiziell zu überwachen hatten. Sie entschloss sich in Indien, der UdSSR den Rücken zu kehren. Nicht gerade ein Zeichen der Verbundenheit mit dem Lande ihres Vaters.<sup>38</sup>

Es ist kaum zu leugnen, dass Stalin seine politischen Zielsetzungen stets in äußerlicher Ruhe, gänzlich anders als sein Gegenspieler in der Reichskanzlei, begründete und durchsetzte. Ebenso ist die Brutalität, mit der er diese absicherte, unbestreitbar. Niemals schien er Kritik oder Gegnerschaft zu vergessen. Widerspruch bedeutete praktisch die Entfernung aus der innegehabten Funktion,

Abschiebung in eine untergeordnete Position und dann Verhaftung. Doch kann kaum bestritten werden, dass er noch in den zwanziger Jahren zurückhaltend operierte, seine Gegner oftmals schonte, sich sogar gegen ihre Bestrafung aussprach.

Die veränderte Haltung Stalins mag auf den Tod seiner zweiten Frau und den Stress, die riesige Verantwortung und die Ende der zwanziger Jahre anwachsende Gegnerschaft zu erklären sein. In diesem Zusammenhang drängt sich die Frage auf, in wie weit sich Stalins früh erlittene Kränkungen Mitte der dreißiger Jahre zu einem pathologischen Narzissmus verdichteten. Nach Urteil des führenden Psychiaters Comer zeigen Menschen mit einer narzisstischen Persönlichkeitsstörung ein chronisches Muster von Großartigkeit, ein Bedürfnis nach Bewunderung und einen Mangel an Einfühlungsvermögen.<sup>39</sup> Gramzow und Tangney wiesen nach, dass solche Personen hinter der Fassade ihrer eigenen Grandiosität mit Wut und Demütigung reagieren.<sup>40</sup> In ihrer Überreaktion auf Kritik durch andere, ihnen nahe stehende Menschen können sie in Rage geraten, wenn sie eine beabsichtigte Verletzung ihres Selbstwertgefühls wahrnehmen. Als Erklärung wird von den Theoretikern der Objektbeziehung ein negativer Bindungsprozess zwischen den Eltern oder einem Elternteil und der betroffenen Person vermutet. Diese führe zu einem verzerrten Selbstbild.<sup>41</sup>

Vertreter kognitiver und behavioristischer Modelle behaupten, dass sich narzisstische Störungen dann entwickeln, wenn abgöttisch liebende Eltern das jeweilige Kind als „besonders“ bezeichnen oder es immer wieder dazu anhalten, seinen Eigenwert zu überschätzen.<sup>42</sup> Bei Stalin dürfte beides vorliegen.

In der Tat zeigte sich sowohl in den dreißiger und frühen fünfziger Jahren, so wird zumindest von Stalinbiographen immer wieder behauptet, eine Verwandlung neurotischer in paranoide Störungen. Diese offenbarten sich in einem umfassenden Misstrauen und zunehmendem Argwohn gegen andere. Menschen mit solcher Störung unterstellen ihren Mitmenschen, ihnen durchweg schaden zu wollen und scheuen enge Beziehungen.<sup>43</sup> Bei Stalin lässt sich beides im Übermaß feststellen. Wie bei den narzisstischen Persönlichkeiten, sind erst recht paranoide von einer Überwertung der eigenen Fähigkeiten gekennzeichnet. Damit soll nicht behauptet werden, dass der Diktator nicht über außergewöhnliche Führungsqualitäten verfügte, die sich allerdings nur auf der Grundlage des bolschewistischen Herrschaftssystems entfalten konnten, dessen Struktur benutzten und verstärkten. Der bekannte sowjetische Neurologe Bechterew diagnostizierte schon in den zwanziger Jahren eine Paranoia. Er starb wenige Tage nach dieser, im engsten Kreise geäußerten Diagnose unter ungeklärten Umständen.

Paranoide Persönlichkeiten sind immer auf der Hut. Reaktionsbereit erwarten sie, ständig ausgenutzt zu werden und erfinden häufig Bedrohungen, die real nicht existent sind. Daher stehen sie Beziehungen mit großer Skepsis gegenüber, immer wieder zweifeln sie an der Loyalität ihrer Familie, anderer nahe stehenden Freunden und Mitarbeitern. Sie bleiben distanziert, wenn nicht sogar kalt, aus Furcht verletzt

zu werden und gehen davon aus, dass sich potentielle Freunde gegen sie wenden könnten. Sie sind besonders kritisch gegenüber Schwächen bei Mitarbeitern. Zugleich sehen sie sich als makellos. Da sie starrsinnig, wenn nicht sogar immerwährend streitsüchtig sind, können sie ihre Fehler nicht erkennen. Sie projizieren ihr Fehlverhalten auf andere.<sup>44</sup>

Die psychodynamischen Theorien führen auch solche Störungen auf frühe Interaktionen mit fordernden und ablehnenden Eltern zurück. Zumeist wird davon ausgegangen, dass solche Störungen auf Liebesmangel oder/und Zurückweisungen zurückzuführen sind. Wiederholte Misshandlungen und das Fehlen elterlicher Liebe schon in der Säuglings- und Kleinkindzeit bewirken, dass diese Personen übermäßig wachsam nach negativen Reaktionen anderer Ausschau halten. Das münde, so eine dieser Theorien, in ein breites und grundlegendes Misstrauen gegen andere.<sup>45</sup> Ähnlich wie bei narzisstischen Störungen betrachten solche Kinder jede Umgebung als feindselig, wenn solche Kinder von einem rigiden, untüchtigen (z. B. als Folge von Alkoholismus, FSO) oder/und distanzierten Vater und einer überkontrollierenden Mutter erzogen worden sind.<sup>46</sup> Weitere kognitive Theorien erklären das paranoide Verhalten als eine Mixtur negativer Strategien. Sie sollen vorhandenen Unzulänglichkeiten oder erlebten Demütigungen und erfüllter Scham entgegenwirken.<sup>47</sup>

Die dargelegten Krankheitssymptome mögen ihren Wert haben, sind jedoch nur von einem Psychiater zu begutachten.<sup>48</sup>

### **Stalin als politischer Führer**

Die frühe Parteiarbeit Stalins war keineswegs ein persönlichkeitsstärkendes Erlebnis. Zum Teil dürfte er selbst gewusst haben, dass seine Rolle bis 1919 eher zweitklassig gewesen war. Um sich zum engsten Mitarbeiter des bewunderten, aber auch instrumentalisierten Idols zu profilieren, musste er später zur Täuschung, zur bewußten Geschichtsklitterung Zuflucht nehmen. So bleibt der früh Verletzte auch in der Mitte seines Lebens ein Mann, der seine Vergangenheit nachbessern mußte.

Dabei zeigt sein Schrifttum, dass er außer der Auftragsarbeit über „die Nationale Frage“ in den ersten 45 Lebensjahren nichts Bemerkenswertes verfasst hatte. So blieb er intellektuell im Schatten anderer, und das gilt auch für das Urerlebnis der Sowjetgeschichte, die Februarrevolution und den Staatsstreich vom November 1917. In seinen frühen Jahren ist er ein Mann der Organisation, der Lenin keineswegs in jedem Falle folgte. Besonders unmittelbar vor dem von Lenin durchgesetzten coup d'état wählt er eine Mittelposition zwischen Kamenew und dem drängenden Lenin. Auch in dieser Periode war er nicht nur dessen willenloser Anhänger. Als Lenin sich für den harten Schnitt aussprach, zeigte sich Stalin versöhnlich. Das galt lange Zeit ebenso für das Verhältnis zu den Menschewiki. 1902 erlebte er seine erste Verbannung. 1905 trifft er Lenin zum ersten Mal im finnischen Tammerfors. Die Zeit von 1905 bis 1907 bleibt jedoch überwiegend

im Dunkeln. Damals stand er den „Linken“ unter Bogdanow nahe, von dessen Einfluß er sich erst 1910 befreien sollte. Doch ist sicher, dass er an den „Eksy“, den Expropriationen, den Bankdiebstählen zur Geldbeschaffung für die SDAPR führend teilnahm. Dabei störte ihn nicht, dass die Parteispitze unter Martow diese Art der Geldbeschaffung mehrfach verurteilte.

Im Zusammenhang mit der Verhaftung von Gegnern seiner damaligen Position, wonach die Gewerkschaftsarbeit der Partei untergeordnet, werden müsse, kam es 1909 zu Verdächtigungen. Von seinen Kritikern wurde immer wieder behauptet, Stalin habe ihm missliebige Genossen der Ochrana verraten. Er sei ein zweiter Roman Malinowskij, mindestens aber ein agent provocateur, gewesen, haftete ihm seit dieser Zeit an.<sup>49</sup> Im Jahre 1913 wird er selbst ein zweites Mal verhaftet auf Grund eines Verrats nunmehr von Malinowskij. Nach der Revolution wird er Volkskommissar für Nationalitätenprobleme in der Regierung Lenins und zusätzlich Vorsitzender der Arbeiter- und Bauern-Inspektion, was nicht gerade für Lenins Menschenkenntnis spricht.

Legendär ist die Eintrübung des Verhältnisses zu Lenin und der Krupskaja nach 1922, die im Ratschlag Lenins endet, Stalin vom Posten des Generalsekretärs abzulösen. Wer den Briefwechsel der beiden Führer aus dieser Zeit liest und die spätere Entwicklung Stalins nicht voraussetzt, wird Lenins kränklicher Empfindlichkeit die Hauptschuld an der Verstimmung geben. Doch ist der Verdacht nicht abzuweisen, Stalin habe Lenin nicht wegen dessen Krankheit schonen, sondern politisch isolieren wollen.

Im Nachfolgekampf beweist sich die unglaubliche Nervenstärke des Generalsekretärs, der taktisch äußerst klug agiert, eine Zeit lang eine Mittelposition einnimmt, die gegnerische attackiert, ihre Anhänger diffamiert, um dann deren Strategie weitgehend zu übernehmen.

Stalin muß stets bewusst gewesen sein, dass er von seinem Idol nur gegen dessen „letzten Willen“ die Macht geerbt hatte. Seit 1922 Generalsekretär, seit 1927 zunehmend vom Apparat gehätschelter Parteiführer, besitzt er alle Möglichkeiten, um seine Gefährten und Mitbewerber in Schach zu halten. Da er sich seit dieser Zeit immer mehr mit der Aura des auf die Erde herabgestiegenen Weltgeistes umgab, der, ausgehend von den angeblichen Entwicklungsgesetzen von Natur und Gesellschaft, keinen Widerspruch dulden konnte, war sein Machtanspruch so übermächtig wie die Aufgabe in einem rückständigen Lande des eurasischen Großkontinents die menschlichste aller Ordnungen durchzusetzen.

Und daraus leitete er die Verantwortung für sich ab, jeden in die Schranken zu weisen, der sich seiner historischen Aufgabe widersetzte. Heutzutage kann niemand mehr die kriminelle Energie dieses Mannes leugnen. Sein Intellekt, der von den später Unterlegenen stets geleugnet wurde, war aber genau der Aufgabe angemessen, die er zu erfüllen hatte.

Auffallend bleibt, mit welcher Bösartigkeit er mit seinen Gegnern umsprang, wie viel unnötiger Destruktionstrieb sich dabei austobte. Und dies alles geschah mit

ruhiger Hand und überzeugender Gestik. Aber Stalin war nicht nur in den dreißiger und vierziger Jahren der Todesengel ganzer Jahrgänge seiner eigenen Partei, sein ganzer Lebensweg zeigt diese grundsätzliche Überhöhung der Gewalt im Dienste seiner tiefer liegenden Motivation. Sein politisches Ziel scheint es gewesen zu sein, wie Lenin eine eigene Revolution erfolgreich durchzuführen und abzuschließen, die UdSSR zu modernisieren, zur Weltmacht auf- und auszubauen, und von einer Position der Stärke aus die Weltrevolution in Angriff zu nehmen.

Ob er jemals den Westen herauszufordern beabsichtigte, kann man abschließend kaum klären. Während es die Strategie der USA zu dieser Zeit nach 1945 war, ihr Protektorat in Westeuropa mit Benovolenz zu überschütten, beutete Stalin Osteuropa ökonomisch aus, setzte Partei- und Staatsführer ein und ab.

Seine Konzeption schien aufzugehen: In immer mehr Ländern des Erdball wehte die Rote Fahne. Willige Intellektuelle des Westens ließen es sich nicht nehmen, für dieses Modell gesellschaftlichen und internationalen Zusammenlebens zu werben. Die Hoffnung auf Frieden verstellte den Blick darauf, dass Stalins Streben durchaus von geopolitisch-machtrationalen Motiven geprägt war.

Doch wirkte die Dialektik der balance of power fort. Je mehr er seinen Einfluß über Osteuropa und Asien ausdehnte, um so entschiedener zimmerten die USA die Gegenkoalition in NATO, SEATO und anderen Paktorganisationen, gewannen den größeren Teil Deutschlands und kreisten Stalins Imperium ein. Das atomare Patt verhinderte eine Aggression der einen oder anderen Seite.<sup>50</sup> Stalins Erfolge in der Außenpolitik hatten jedoch Anzeichen eines Pyrrhus-Sieges. Schon der Abfall Jugoslawiens im Jahre 1948 wies auf die Schwierigkeiten, die sozialistischen Staaten zu kontrollieren, hin. Der von Nordkorea 1950 mit seiner Zustimmung erfolgte Angriff auf den südlichen Teil der Peninsula schmiedete die westliche Gegenkoalition noch intensiver zusammen. Mit der Berlin-Blockade und der Gründung der DDR hatte er nicht nur die Westdeutschen, sondern auch die Mehrheit der Westeuropäer für friedenspolitische Avancen immunisiert. Einer engen Kooperation mit den USA hatte er auf Grund seiner Weltanschauung von Anfang an misstraut. Dabei wäre eine punktuelle Zusammenarbeit durchaus eine Alternative gewesen.

Einer engen Kooperation mit den USA hatte er auf Grund seiner Weltanschauung und des operationalen Codes sowjetischer Außenpolitik von Anfang an mißtraut. Dem Westen auch auf Grund von Fakten feindlich gegenüberzustehen, dafür gab es freilich auch eine Vielzahl empirischer Gründe. Beginnend mit der Einmischung von mehr als zehn Mächten auf der Seite der „Weissen“ in einem mörderischen Bürgerkrieg von 1918 bis 1922, über ihre Politik der Nichtanerkennung der Sowjetmacht, ihr Verhalten im spanischen Bürgerkrieg Mitte der dreißiger Jahre, und erst recht vor dem Ausbruch des 2. Weltkrieges, von Sonderverhandlungen in Italien mit SS-General Wolff, über das lange Hinausschieben einer von Stalin verzweifelt geforderten zweiten Front, dem Abbruch des Lend-Lease Act, der verheimlichten Entwicklung beim Bau einer

Atombombe, der erneuten Unterstützung eines cordon sanitaire in Osteuropa, alles schien seine Furcht vor imperialistischer Gegnerschaft zu bestärken. Trumans Doktrin und seine Politik gegenüber Westdeutschland verifizierten Stalins Befürchtungen, seine ständige Sorge einer dauerhaften Feindschaft der westlichen Staaten bis hin zur Furcht vor einem 3. Weltkrieg. Wer fair sein will, muß diese Haltung Stalins ernst nehmen, die in Aktion und Reaktion die Zweiteilung der Welt nach dem Sieg der Anti-Hitler-Koalition heraufbeschwor. Aber auch hier gilt, Stalins narzisstische Störung einerseits, weit mehr aber noch die verinnerlichte Imperialismustheorie von Hilferding, Luxemburg und natürlich seines Idols Lenin andererseits, vermengten sich und verhinderten jeden Ausgleich mit den Freunden in London und Washington.

Allerdings warnt das Beispiel der Jahre 1987 bis 1991 ohnehin vor allzu großem Optimismus. Stalins Instinkt hatte die Gefahren einer auch nur ökonomischen Anlehnung an Washington vorausgesehen. Doch seine innenpolitische Strategie führte zur Friedhofsruhe, zur Verkrustung von ihm geschaffener Strukturen. Mehrfach griff er nach 1945 zu den Instrumenten der dreißiger Jahre. Zuletzt scheint er eine weiträumige Säuberung in der kommunistischen Partei der Sowjetunion geplant zu haben und dies, als es schien, er habe sich mit den von ihm geschaffenen Strukturen und seinem sukzessiven Machtverlust in der Innenpolitik abgefunden.

Gegenwärtig zeichnet sich überraschend eine neue provozierende Sichtweise hinsichtlich der Bewertung der politischen Strategie des alternden Stalin ab. In einer Ende der neunziger Jahre publizierten Biographie deutete der russische Historiker Edward Radsinskij<sup>51</sup> an, Stalins politische Entwürfe seien damals auf ein letztes Gefecht mit dem Westen ausgerichtet gewesen. Der Sowjetunion konventionelle Stärke, durch den Besitz von Atom- und Wasserstoffbomben abgesichert und nach dem Sieg der chinesischen Revolution einmal mehr legitimiert, würde der kapitalistischen Welt den Krieg androhen und wahrscheinlich sogar realisieren wollen. Stalin, der davon ausging, Japan und Deutschland würden in jedem Falle wieder als Großmächte zurückkehren, setzte alles daran, dieses hinauszuzögern.

Wahrscheinlicher ist, dass Stalin sich erneut inneren Bewegungsspielraum verschaffen wollte, um ohne größere Opposition die Widersprüche im westlichen Lager auszunutzen. Dem sollte eine neue Kampagne für die monolithische Einheit der eigenen Partei vorausgehen. Zu viele seiner engsten Mitarbeiter hatten vergessen, dass sie ihm ihre Position verdankten und sich eigene Machtreservate verschafft.

Eine durch die Machenschaften der „Weisskittel“ (Ärzteverschwörung) begründete<sup>52</sup>, vom XIX. Parteitag durch die Erweiterung des Politbüros in ein aufgeblähtes Parteipräsidium institutionell abgesicherte Liquidierung der alten Garde war die Voraussetzung für neue Abhängigkeiten, intensivere Abhängigkeiten. Die vom Sicherheitsminister Ignatjew durch raffinierte Erpressung und Prügel weiter

betriebene Geständnissammlung, sollte den Beweis einer jüdischen Weltverschwörung gegen das Leben sowjetischer Führer erbringen und die obersten Helfershelfer der „Mörderärzte“ im ZK der KPdSU zu entsprechenden Aussagen zwingen.

Damit konnte im Sowjetblock eine Vorkriegsparanoia erzeugt werden.<sup>53</sup> Um so die Einheit der Satellitenstaaten unter Moskauer Führung zu sichern, wurden Antizionisten-Prozesse auch in verschiedenen osteuropäischen Staaten vorbereitet, einige der geständigen Angeklagten wie nach 1934 auf Vorrat produziert, um die zukünftige große Abrechnung initiieren zu können.<sup>54</sup> Auch in der DDR waren mehrere führende Parteimitglieder jüdischer Abstammung eingekerkert. Zu ihnen gehörten beispielsweise Merker, Bauer, Goldhammer, Kreikemeyer, Bertz u. a. Selbst die Karrieren von Norden und Abusch schienen zeitweise gefährdet.

Im April 2003 wurden die Anwürfe Radzinskij's durch zwei weitere Autoren, Brett und Naumow, unter Auswertung neu zugänglicher Kremlarchive gestützt.<sup>55</sup> Nach Analyse beider sei es Stalins Intention gewesen, Zehntausende sowjetischer Juden in neu geschaffene Arbeitslager östlich des Ural und am Polarkreis einzupferchen und für die daraus folgenden weltpolitischen Spannungen, dem internationalen Zionismus und den diesen fördernden Vereinigten Staaten von Amerika die Schuld in die Schuhe zu schieben.<sup>56</sup>

Beide, Washington und Tel Aviv planten, so die antizipierte Anklage, durch die Ermordung seiner Führung den sowjetischen Staat, schutzlos zu machen. Hiergegen wollte, nach der Meinung des wissenschaftlich überzeugend ausgewiesenen amerikanisch-russischen Forscherteams, Stalin sich mit Maos China militärisch aktiv verbinden und die USA im pazifischen Raum herausfordern. Seine Auffassung sei es gewesen, einen III. Weltkrieg würden die imperialistischen Kräfte nicht überleben. Nachdem aus den bisherigen Weltkonflikten der Sowjetsozialismus geboren, sich siegreich entwickelt und ausgebreitet habe, werde die dritte große Auseinandersetzung zum endgültigen Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab folgen.<sup>57</sup> Damit hätte er, Stalin, der sich trotz seiner Option für den „Sozialismus in einem Lande“, stets als Vollender der von Lenin (besser von Parvus und Trozskij) verkündeten Weltrevolution empfand, den am Grabe Lenins geleisteten Schwur erfüllt.

Gegen diese Hypothesen sind anzuführen: 1. Stalins kurzes Statement auf dem XIX. Parteikongress im Oktober 1952, wie auch 2. die in seiner letzten Publikation „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ dominierende These, wonach Kriege zwischen imperialistischen Staaten wahrscheinlicher seien als die zwischen den beiden feindlichen Weltlagern. Auf dem XIX. Parteitag hatte Stalin die anwesenden Parteienvertreter aufgefordert, sich im Konfliktfall als nationale Patrioten zu beweisen und der internationalen Friedensbewegung einen besonderen Ehrenplatz eingeräumt.

Es drängt sich der Eindruck auf, als seien Stalins Äußerungen in seinem schriftlichen Dialog mit dem chinesischen Partei- und Staatsgründer Mao Tse-tung aus dem Herbst des Jahres 1950 von den Autoren zur Grundlage einer polemischen

Argumentation hinsichtlich dessen globalen Intentionen in seinen letzten Lebensjahren genommen worden. Der sowjetische Führer hatte im Jahre 1950, top secret natürlich, ausgeführt: „Nach meiner Ansicht, sollten wir nicht, da wir zusammen stärker als die USA und England sein werden, während die anderen europäischen kapitalistischen Staaten (mit der Ausnahme Deutschlands, welches nicht in der Lage ist, jetzt irgendwelche Hilfe den USA zu geben) keine ernsthaften Streitkräfte unterhalten. Wenn ein Krieg unvermeidlich ist, dann sollten wir ihn jetzt führen und nicht in einigen Jahren, wenn der japanische Militarismus als einem Alliierten der USA wieder erstanden ist und wenn die USA und Japan über einen vorbereiteten Brückenkopf auf dem Kontinent in der Form des geeinten Korea unter der Regierung von Syngman Rhee, verfügen.“<sup>58</sup>

Kathryn Weathersby hat in einer ausführlichen Analyse darauf hingewiesen, und hieraus rührt ein drittes Argument gegen Brent/Naumov's Analyse, diese Äußerungen dürften nicht aus dem Kontext der Absegnung eines zeitlich begrenzten Überfalls von Nordkorea auf die Republik Südkorea gerissen werden. Und zum anderen beweise Stalins weiteres Handeln, dass er zu keiner Zeit einen 3. Weltkrieg wünschte.<sup>59</sup> Dennoch wird man sich auch in der deutschen Kommunismus- und DDR-Forschung mit diesen neuen Publikationen beschäftigen müssen.

Beide, Radzinskij wie auch Brent/Naumov, vertraten zudem die schon früher von Molotow geäußerte Vermutung, vieles spräche dafür, dass Stalin bei dem letzten nächtlichen Essen in seiner Datscha Kunzewo von einem der vier Teilnehmer, vergiftet worden sei. An diesem nächtlichen Gelage am 28. Februar/ 1. März 1953 hatten Berija, Chruschtschow, Malenkow und Bulganin teilgenommen. Der Tat verdächtigt wird selbstverständlich Lawrentij Berija, von dem inzwischen bekannt ist, dass er Stalin seit langem zutiefst hasste und dessen letzte politischen Anordnungen sofort nach Stalins Tod unter ausdrücklichem Verweis auf seine, Berijas, Initiative vom Parteipräsidium zurücknehmen ließ.<sup>60</sup>

Allen vier Teilnehmern des Stalinschen letzten Abendmahls darf man aber unterstellen, dass sie des Führers Intentionen inzwischen als systemzerstörend, ihr eigenes Schicksal und das ihrer Angehörigen für direkt bedrohend hielten. Die vier hatten somit alles, dessen ein Mord bedarf: ein Motiv, die nötigen Mittel und die Gelegenheit. Aber hatten sie auch die Courage dazu? Auch hier scheint es notwendig, vor allzu schillernden Spekulationen zu warnen.

Stalins Persönlichkeit strahlte Gediegenheit, Zuverlässigkeit, Berechenbarkeit und Güte aus. Nichts davon war echt. Jeder, der ihm in späteren Jahren begegnet, spürte seine Gefährlichkeit, seine kaum verborgene Wildheit.<sup>61</sup> Doch auch dieses Begreifen erleichtert ihm das Regieren. Jeder seiner Mitarbeiter wußte um seine preemptive Soziologie, die vorausschauend zuschlägt, ausreißt, tötet, was ihm auch nur die Haut ritzen könnte. Und dabei umgibt er sich in seinen letzten Jahren mit Spießgesellen, deren Bereitschaft nach nächtlichen Trinkgelagen vor ihm zu tanzen, die eigene Frau auf dem Altar der persönlichen Amtserhaltung zu opfern, bekannt ist.

Nein, dieser Mann ist kein einfacher Diktator. Er verkörpert den Nihilismus in Reinkultur, den Übermenschen im Zeitalter der Extreme. Radikalität, Grobheit, und das Insistieren auf der letzten Konsequenz. Erleichtert wurde diese Haltung freilich durch die fast religiöse Erlösungsmentalität der Anhänger Lenins und Trotzki, Marx und Tkatschows. Sie konnte dazu herhalten, mehr zu rechtfertigen als der Marxismus erlaubte. Gedüngt wurde diese Mentalität durch den Haß auf alles Bürgerliche, auf Eigentum und Reichtum. Natürlich ist Marx nicht der Schöpfer des stalinschen Terrors, ebenso wenig wie Richard Wagner oder d'Annunzio den des Nationalsozialismus zu verantworten haben.

Stalin war zweifellos auch ein Organisator von Format. Den totalen Staat begründet hat er freilich nicht. Dies war das Verdienst von Mussolini. Aber kein Staatswesen war so mörderisch, ging mit seinen Menschen so verschwenderisch um wie der Sowjetstaat zu Zeiten Stalins vor und im Zweiten Weltkrieg. J. W. Stalin ist der spiritus rector der sowjetischen Modernisierung, die eine verfehlt sein wird. Aber er war auch lernfähig. Dies hatte er als geachteter Stratege im 2. Weltkrieg bewiesen, wo er mit katastrophalen Fehlern startete, aber die Wallstatt als Sieger verließ. Und sein Ansehen in quantitative Gewinne ummünzte, da die Völker der Sowjetunion die Hauptlast an der Niederwerfung des National-Sozialismus in Europa trugen.

Stalin war aber auch einer der bedeutsamsten Ideologen des radikalen Sozialismus, nicht nur sein begabter Führer und Organisator. Mit seinen Vorlesungen an der Swerdlow-Universität, mit der Aussage, dass sich die gesellschaftlichen Widersprüche auf dem Weg zur sozialistischen Gesellschaft verschärften, schuf er die Rechtfertigung für den bolschewistischen Weg mit dem Vorschlaghammer durch die Geschichte zu marschieren, endlich mit der Zwei-Lager-Theorie die Legitimation für die Abschottung des Imperiums und für den sowjetischen Kolonialismus.

Die Anfrage, ob er ein Marxist gewesen sei, ob er an die Lehren des Marxismus-Leninismus geglaubt habe, ist unsinnig, denn er kannte gar nichts anderes, als die Philosophie, die ihn mit seinen Augen die Welt anschauen ließ. Aber er griff selbstbewusst ein, wo ihm die Notwendigkeit, Weltanschauung neu zu produzieren, wichtig erschien. Er legte Hand an, wo die bisher gültige politische Philosophie für die Herrschaft der kommunistischen Bürokratie gefährlich schien. So beispielsweise bei der punktuellen Negierung von Gegensätzen in der Gesellschaft eines der rückständigsten Länder Europas. Dessen Widersprüche sind ihm plötzlich nur noch „nicht-antagonistisch“, die historische Dialektik wird von ihm außer Kraft gesetzt. Er griff auch ein, wenn er die Bedeutung des Wertgesetzes für die sozialistische Etappe anmahnt. Oder den Klassencharakter der Sprache leugnet und der russischen Sprache und Kultur gleichsam etwas Ewig-Gültiges verleiht.

## **Fazit**

Der Streit um Stalins Leistungen und Verbrechen wird andauern: Sein Beitrag für den, wie ich meine, verfehlten Modernisierungspfad Russlands, sein Anteil am Sieg über den anderen Faschismus, die Frage, ob der Stalinismus die Inkarnation Leninschen Willens unter den Konditionen der äußeren Bedrohung und der inneren Bewahrung des historischen Auftrags gewesen ist oder ein voraussehbarer Rückfall in die Barbarei, wird uns weiter beschäftigen. Was von Stalin überdauert sind die Anstrengungen, die Sowjetgesellschaft für eine gewisse Zeit zum Bannerträger einer unvergänglichen Idee stilisiert zu haben. Was bleibt ist die Umformung Russlands von einer zweitklassigen eurasischen Landmacht zu einer das internationale System tragenden Supermacht. Was bleibt ist, die Umwandlung Russlands und weiterer ehemalige Sowjetrepubliken von einer vorwiegend landwirtschaftlichen Struktur in eine Industriegesellschaft. Was bleibt ist der stumme Schrei der Millionen Opfer seiner Weltanschauung und deren einzigartiger Praxis. Charakterliche Deformationen und zerschlagene Leben sind ohnehin nicht zu quantifizieren.

Wie ist nun das Problem von Persönlichkeits- und strukturellen Faktoren zu bewerten? Es ist leicht vorstellbar, dass die meisten von uns, Gesellschaftswissenschaftler von Ausbildung oder Beruf, die Elemente des Bösen in den führenden historischen Figuren negieren werden. Viele werden nur der Bindung an das leninistische Modell oder dem überhöhten Anspruch im Auftrag einer vorgegebenen Eschatologie die Verantwortung für das Scheitern des sowjetischen „Sozialismus“ zuschieben. Andere wiederum der verunstalteten Psyche von Führungspersonlichkeiten der dominierenden Hegemonialmacht. Was sind die Folgen solcher Ansätze?

Macht man Stalins gedemütigte Psyche im Sinne seiner frühen Ich-Zerstörung durch Andere und das damalige politische Umfeld verantwortlich, dann neigt man leicht zur Exkulpation des Täters. Andererseits kann die strukturalistische Perzeption dazu verleiten, die Eigenverantwortung auf das System, welches der Akteur vorgefunden hat, zu projizieren oder gar ihm völlig aufzubürden. Alle Folgen wären in beiden Fällen vorher bestimmt und nicht eine Konsequenz menschlicher Willensfreiheit, die Stalin extrem nutzte.

Dabei war es auch die persönliche Unbehautheit Stalins, die ihn prädestinierte, in sich übermenschliche Fähigkeiten zu projizieren, um damit der narzisstischen Störung Herr zu werden. Andererseits lieferte der kollektive Orden, Lenins Parteikonzept der „Berufsrevolutionäre“, der Kriegskommunismus und die Industrialisierung wie auch der 2. Welt- und der Kalte Krieg genau die Umwelt, die es ermöglichte, die Übermenschlichkeit der Stalinschen Persönlichkeit zu bestätigen. Wo dies nicht erfolgreich möglich war, wie Anfang der dreißiger Jahre, brachen psychotische Anklänge durch. Diese führten schließlich nach abgeschlossener Untat zu einem Gleichgewicht persönlichkeitsbezogener und sozialer Schamabwehr sowie zur Neuintegration der Persönlichkeit nach Niederlagen (Selbstmord der Ehefrau, Zurücksetzung auf dem XVII. Parteitag,

Absetzungs- und Sturzversuche, Versagen zu Beginn des 2. Weltkrieges, bes. Minderwertigkeitsgefühl bei der Niederlage von Minsk).

Wer dagegen vorwiegend die Entwicklung des Sowjetreiches aus den Intentionen Stalins erläutert, wird in die Gefahr geraten, nicht ohne Vermutungen und Spekulationen auskommen zu können. In diesem Falle werden die Entwicklungen der kommunistischen Bewegung und des Sowjetstaates nicht Ergebnis der Balance of Power, des ewigen Mächtekonflikts, nicht aus den Notwendigkeiten von Modernisierung und Machterhalt einer bestimmten herrschenden Klasse, sondern allein von der Person her definiert, begriffen. Man spürt, wie gefährlich für die wissenschaftlich fundierte Antwort das Verlassen funktionaler Kriterien wäre.

Unbedingt muss man bei der Betrachtung die integrative Rolle der Ideologie hinzuziehen, die letztlich einen Teil des kollektiven Über-Ichs vermittelte, das Ich motivierte, aber auch entlastete und nicht nur falsches Bewusstsein produzierte, sondern auch falsches Handeln verzeilich machte. Doch das lässt immer noch nicht den in den dreißiger Jahren erfolgten Massenmord und die mögliche Weise auch für die Anfangs der Fünfziger geplante Massenrepression erklären.

Es scheint, ohne eine gründliche Psychosenforschung bleibt Stalins Herrschaft nicht erklärbar.<sup>62</sup> Diese könnte schlussfolgern, dass eine Anzahl seelischer Beschädigungen bei Stalin einen enormen Bedarf an Kompensation geweckt habe, die sich zeitweise in einen krankhaften Umweltzugang zu allen Erscheinungsformen einer paranoiden Psychose steigerte. Die frühe narzisstische Störung legte Stalin auf ein grandioses öffentliches ICH fest, das die private Seite fast völlig in den Hintergrund drängte. Das würde darauf hindeuten, dass das Private, das Zwischenmenschliche fast völlig verschwand.

Man denke nur an die einsamen Männernächte bei Stalin, in denen Hollywood-Western der Gipfel der Abwechslung waren. Kann man sich einen persönlichen Freund Stalins vorstellen? War er nicht zu sehr Werkzeug der Geschichte und benötigte er immer wieder die veröffentlichte und rituelle Akzeptanz, den Personenkult, um an bestimmten Stationen seines öffentlichen Lebens nicht zusammenzubrechen. Mußte er sich nicht entrücken, um nicht verrückt zu werden.

Ich bin nun an das Ende meiner Darlegungen gekommen. Die Frage, die sich wohl jeder zu Beginn dieser Veranstaltung gestellt hat, wie es möglich war, dass solch ein Mensch vom Rande Europas, ein ungebildeter Mann, aus dem Priesterseminar verwiesen, ohne irgendeine abgeschlossene Ausbildung, überhaupt einen so riesigen Weg durch die Geschichte nehmen konnte, läßt sich jetzt vielleicht etwas leichter beantworten.

Ohne die geschichtlichen Umstände des alten Russland, ohne den 1. Weltkrieg und ohne März- und Oktoberrevolution, an denen er Anteil, aber keinen entscheidenden besitzt, wäre dieses nicht möglich gewesen. Und doch, je länger man sich der Frage nach dem individuellen Erfolg Stalins nähert, um so zweifelnder wird man, denn die Antwort weist unwillkürlich große Bedeutung für die Problematik der Schuldfähigkeit der Person bzw. des Systems auf. Man entgeht dabei nicht

dem a priori-Verdacht, nur in jenem Sinne geantwortet zu haben, den man schon zuvor vermutete. War das Monströse in Stalin oder im politischen System des Stalinismus angelegt und welche der beiden war die entscheidende Komponente. Sicher ist die Antwort von Hanna Arendt, das radikale Böse sei nun einmal mit dem Verstand nicht zu erfassen, nicht befriedigend.<sup>63</sup> Wir können das Faszinosum Stalin, seine märchenhafte Karriere aus der kleinen Schusterkate in Gori bis in den Kreml, nur aus der Dialektik persönlichkeits- und sozialgeschichtlicher Faktoren erklären.

Doch die Zahl der Opfer für den Irrweg durch die Geschichte musste aber keineswegs so hoch sein, nicht unter Lenin, nicht unter Bucharin, nicht unter Sinowjew und Kamenjew. Aber jeder hätte sich nach der Einführung des Ein-Partei-Systems, der weitgehenden Verstaatlichung von Industrie und Banken ebenfalls fragen müssen, wie und mit welchen Methoden kann die rückständige Übergangsgesellschaft erfolgreich zum Sozialismus geführt werden: Hätte einer den unvermeidlichen Abbruch zulassen können, wie Gorbatschow nach 72 Jahren? Die Mahnung bleibt: Wer auf Erden die vollkommene Gesellschaft errichten will, zumindest den Anspruch darauf erhebt, gerät in die Notwendigkeit unvollkommener Instrumentarien – der Folterwerkzeuge und Folterer eingeschlossen - zu bedürfen. Die Geschichte der christlichen Kirche im Mittelalter, der Institution der angemäßen Stellvertreter Gottes und ihrer Inquisition ist uns Beleg dafür. Der letzte Generalsekretär hätte Papst und Luther in einem sein müssen, um das Erbe Russlands wie der bolschewistischen Orthodoxie aufheben zu können. Und Jung-Siegfried dazu. Kann sich Russland nun nach der 3., der antistalinistischen Revolution, aus dem Modernisierungsirrtum befreien? Die Antwort kann wird nur mit großem Optimismus gefunden werden.

## Anmerkungen

<sup>1</sup> J. W. Stalin: Werke, Bd. 1-13. Berlin o. J.; Derselbe: Fragen des Leninismus. Berlin 1950; Derselbe: Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion. Berlin 1952; J. W. Stalin. Kurze Lebensbeschreibung. Berlin 1950; Geschichte der KPdSU (B) Kurzer Lehrgang, Moskau 1938. Berlin 1949.

<sup>2</sup> Vgl. B. Tuchman, In: New York Times Book Review vom 8.3.1964, dt. in: Wann ereignet sich Geschichte?, In: Dieselbe: In Geschichte denken. Essays. Düsseldorf 1982, S. 32. Vgl. H.- P. Schwarz; Die neueste Zeitgeschichte, in: Vierteljahreshefte zur Zeitgeschichte, Jg. 51, Januar 2003, S. 5-30.

<sup>3</sup> E. Hobsbawn: Age of Extremes. The Short Twentieth Century 1914 – 1991. London 1994.

<sup>4</sup> Vgl. die Rede des Ko-Vorsitzenden der SED auf der gemeinsam von Partei- und Landesvorstand der SED in Berlin veranstaltete Festveranstaltung, In: Neues Deutschland (fortan: ND), 21. 12.1949.

<sup>5</sup> Aus der Vielzahl einführender Werke über die Geschichte der KPdSU oder die der UdSSR: L. Shapiro,: Die Geschichte der KPdSU; 1967; M. Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. München 1998.

<sup>6</sup> Unter den Biographien, die hier ausgewertet wurden, bleibt immer noch richtungsweisend R. C. Tucker: Stalin as a Revolutionary 1879 bis 1929. New York-London 1973; Derselbe: Stalin in Power: The Revolution from Above 1928 bis 1941. NewYork—London 1990. Einen glänzenden Vergleich zweier Diktatoren und beider Diktaturen liefert A. Bullock: Hitler und Stalin. Parallele Leben. Berlin o. J.;

<sup>7</sup> D. Wolkogonow: Stalin. Triumph und Tragödie. Düsseldorf: 1989, S. 432.

<sup>8</sup> Vgl. H.-P. Schwarz: Das Gesicht des Jahrhunderts. Monster; Retter und Mediokritäten. München 2001

<sup>9</sup> Vgl. diese Einschätzung Bucharins gegenüber Kamenjew, siehe zur Analyse R. Conquest: Stalin. Der totale Wille zur Macht. Frankfurt 1993.

<sup>10</sup> Vgl. A. Hitler: Monologe im Führerhauptquartier 1941 – 1944. Aufzeichnung vom 24. August 1942, S. 363, Hrsg. W. Jochmann im Jahre 1988; zitiert nach H. – P. Schwarz: Das Gesicht des Jahrhunderts. München 2001, S. 253.

<sup>11</sup> So läßt sich beispielsweise hinsichtlich der Geschichte des 2. Weltkrieges kaum mehr die Anwesenheit und Verantwortung von Politmitgliedern in STAWKA oder GKO nachweisen, weil die Namen fast aller Anwesenden von deren Sitzungen dem Verdikt verfielen, beginnend mit den Leningradern im Jahre 1948 bis zu den Parteifeinden des Jahres 1957. In den Beschlussprotokollen - die Diskussionen wurden ohnehin nicht festgehalten - wird nur die Allmacht Stalins und die Allgegenwart seines Sekretärs A. Proskrebyschew deutlich.

<sup>12</sup> M. S. Gorbatschew, Izbrannye retschi i stat'i, t. 3. Moskau 1987, S. 154-170, hier bes. S. 162.

<sup>13</sup> Vgl. M. S. Gorbatschew: Izbrannye retschi i stat'i, t. 5. Moskau 1990, S. 401ff.; dt.: M. S Gorbatschow: Der Oktober und die Umgestaltung. Die Revolution wird fortgesetzt. In: Ausgewählte Reden und Aufsätze, Bd. 5, Berlin 1990, S.354-409.

<sup>14</sup> Eine Darstellung der verschiedenen Ansätze bei H. – H. Schröder: Stalinismus „von unten?“ in: D. Geyer (Hrsg.): Die Umwertung der sowjetischen Geschichte. Göttingen 1991, S. 133-166.

<sup>15</sup> Vgl. hierzu die Arbeit von R. Suny: Towards a Social History of the October Revolution, In: American Historical Review 88, 1983, S. 31-52; M. Lewin: The Social Background of Stalinism, In: R. C. Tucker (Hrsg.): Stalinism. Essays in Historical Interpretation. New York 1977, S. 111-136.; M. Lewin: The Making of the Soviet System: Essays in the Social History auf Interwar Russia. New York 1985, Kapitel 12; Derselbe: The Political Undercurrents of Soviet Economic Debates. Princeton 1974; S. Fitzpatrick: The Russian Revolution 1917-1932, New York 1982; vgl. auch S. Fitzpatrick: New Perspectives on Stalinism, in: Russian Review 45, 1986, S. 357-377.

<sup>16</sup> Vgl. S. Fitzpatrick: The Russian Revolution 1917-1932, a.a.O. Fitzpatrick formulierte 1986 drei Untersuchungsfelder, in denen die Sozialgeschichte des Stalinismus weiter führen könne: 1. durch die Untersuchung sozialer Interaktion, 2. durch die Vergegenwärtigung hoher sozialer Mobilität und deren Konsequenzen sowie 3. durch den Paradigmenwechsel bei der Sicht des Stalinismus; vgl. S. Fitzpatrick: Perspectives, a.a.O., S. 360-372. Gegen die erstaunliche Unterschätzung des Terrors hat S. Cohen in einer Kontroverse mit der Autorin dargelegt, warum auch eine Sozialgeschichte des Stalinismus das Thema Terror nicht übergehen dürfe. Siehe hierzu S. Cohen: Stalins Terror, In: Russian Review 45, 1986, S. 380-383.

- <sup>17</sup> Vgl. J. A. Getty: Party and Purge in Smolensk, 1933-1937, In: Slavic Review, 42, 1983, S. 60-79; ders.: Origins of the Great Purges. The Soviet Communist Party Reconsidered, 1933-1938. Cambridge 1985.
- <sup>18</sup> Vgl. R. W. Thurston: Fear and Belief in the USSR's „Great Terror“. Response to Arrest 1935-1939, In: Slavic Review 45, 1986, S. 213-234.
- <sup>19</sup> Vgl. H. Möller: Diktatur- und Demokratieforschung im 20. Jahrhundert, In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Januar 2003, S. 29-50, hier S. 35ff.
- <sup>20</sup> Vgl. die überaus nützlichen Literaturhinweise bei H.-D. Löwe. Stalin: Der entfesselte Revolutionär, Bd. II. Göttingen-Zürich 2002, S. 401 ff.
- <sup>21</sup> Vgl. von neueren Biographien: R. Conquest: Stalin. Der totale Wille zur Macht. Frankfurt 1993; H. – D. Löwe: Stalin der entfesselte Revolutionär. Göttingen-Zürich 2002. Wichtige Einblicke liefern auch die Memoiren einiger Mitarbeiter Stalins. Erwähnt seien z. B.: A. Mikojan: Tak bylo. Moskau 1999; Khrushchev Remembers: The Glasnost Tapes: Boston, Mass 1990; Molotow Remembers. Conversations with Felix Chuev. Chicago 1993.
- <sup>22</sup> Vgl. u.a. Iosif Stalin v ob“jatijach semi. Iz licnogo archiva. Moskau 1993.; Stalins Briefe an Molotow 1925 – 1936, hrsg. von L. T. Lih u.a., Berlin 1996.; Bol’sevistkoe rukovodstvo. Perepiska 1912 bis 1927. Moskva 1996; Sovetskoe rukovodstvo. Perepiska 1928 bis 1941. Moskau 1999.
- <sup>23</sup> Fest J.: Was wir aus der Geschichte nicht lernen, In: Die Zeit, Nr. 13, 20. 3. 2003, S. 38
- <sup>24</sup> Vgl. E. Radzinskij: Stalin. Moskau 1997, S. 17f.
- <sup>25</sup> Seit dem 10. November 1917 datiert die Parteigeschichte nach dem Gregorianischen Kalender.
- <sup>26</sup> Brief von N. Goglidse, In: Radsinskij, a.a.O, S. 27.
- <sup>27</sup> Die harten Prügel, die Stalin einstecken musste, bezeugt sein Jugendfreund J. Irimashwili: J. Stalin und die Tragödie Georgiens. Berlin 1932, S. 11-12.
- <sup>28</sup> Vgl. V ob“jatijach sem’i, a.a.O., Anm. zu Dokument 26.
- <sup>29</sup> Der Held der Geschichte des georgischen Dichters A. Kasbegis „Der Vaternord“ war ein georgischer Robin Hood namens Koba, der gegen die Kosaken kämpfte und für die Rechte der einheimische Bauern eintrat, jedoch von einigen von ihnen verraten wird.
- <sup>30</sup> Vgl. Löwe, a.a.O., Bd. 1, S. 37
- <sup>31</sup> Vgl. V ob“jatijach sem’i, A.a.O., Vierter Teil.
- <sup>32</sup> Ebenda, Anm. zu Dokument 128, 1-3.
- <sup>33</sup> So wird als möglicher Erzeuger u. a. der Weinhändler Jakob Egnataschwili genannt. Dafür spricht, dass dieser Dschugaschwilis Aufenthalt Erziehung am Priesterseminar finanziert hatte. Stalins erster Sohn Jakob soll nach Meinung der im Orte Gori Befragten in Dankbarkeit nach dessen Vornamen benannt worden sein.
- <sup>34</sup> Löwe, a.a.O., S, 27.
- <sup>35</sup> Vgl. Radzinskij, a.a.O., S. 71f.
- <sup>36</sup> Schreiben von Rudenko an KGB-Chef A. N. Scheljepin vom 9. 4. 1961; Bezüglich des Tod durch übermächtigen Alkoholgenuss am 19. März 1962, vgl. Schreiben von KGB-Chef W. J Semitschastnij an N. S. Chruschtschow.
- <sup>37</sup> Der Beschluß ihr eine siebentägige Reise zu genehmigen, wurde am 4. 11. 1966 im Umlaufverfahren gefasst. Er trägt die Unterschrift von Konstantin U. Tschernenko.
- <sup>38</sup> Vgl. R. J. Comer: Klinische Psychologie. Heidelberg, Berlin, Oxford 1995, S. 625.
- <sup>39</sup> Vgl. Gramzow. R./Tagney, J. P. (1992): Proness to Shame and the Narcissitic Personality, In: Personality and Social Psychology Bullitin, 18, 3, S. 369-376.

- <sup>40</sup> Vgl. P. F. Kernberg: Narcissitic Personality Disorder in Childhood, In: Psychiat. Clin. N. Amer., 12, 3 1983, S. 671-194. Simopoulos weist darauf hin, dass solche Kinder ein grandioses Bild ihrer selbst entwickeln, dass ihnen über die zugefügte Kränkung hinweg hilft und Illusionen von Autarkie anbietet. Vgl. Simopoulos, V. (1988): Narcissitic Personality Disorder: Clinical Features. Amer. Journal of Psychotherapy., 42, 2, S. 240-253.
- <sup>41</sup> T. Millon: Disorders of Personality. New York 1981.
- <sup>42</sup> Vgl. Comer, a. a. O., S. 603.
- <sup>43</sup> Vgl. G. E. Vaillant: Ego Mechanisms of Defense and Personality Psychopathology, In: J. Abnorm. Psychol., 103, 1, 1994, S. 44 – 50. Heutzutage dürften 0,5 bis 2,5 Prozent der erwachsenen Bevölkerung eine paranoide Störung aufweisen.
- <sup>44</sup> Vgl. N. Cameron: Paranoid Conditions and Paranoia, In: Arieti, S./Brody, E. (Hrsg.): American Handbook of Psychiatry. New York 1974.
- <sup>45</sup> Vgl. T. C. Manschreck: Delusional Paranoid Disorders, In: H. I. Brian/B. J. Sadock, B. J. (Hrsg.): Comprehensive Textbook of Psychiatry (4th. Ed.), Baltimore 1985.; S. L. Garfield: Common and Specific Factors in Psychotherapy, In: Journal of Integrative and Eclectic Psychotherapy, 10, 1995, S. 5 – 13.
- <sup>46</sup> Vgl. K. M. Colby: Modeling the Paranoid Mind, In: The Behavioral and Brain Sciences, 4, 1981, S. 515 – 560.
- <sup>47</sup> Ein Beispiel hierfür ist D. Rancour-Lafférière: The Mind of Stalin. New York 1992.
- <sup>48</sup> Dafür sprechen die Aussagen der Sekretärin Schaumjans, Chruschtschow habe sich in seiner Amtszeit geweigert, Licht in die Angelegenheit zu bringen, da er sich vor den Folgen gefürchtet habe.
- <sup>49</sup> Sein politischer Beauftragter Berija war bei dem Bau der Atombombe sowohl als Organisator der Westspionage wie auch des eigenen Baus von Atom- und Wasserstoffbombe überaus erfolgreich.
- <sup>50</sup> Vgl. Radzinskij, E.: Stalin. Moskau 1996, S. 602ff.
- <sup>51</sup> Vgl. TASS vom 13. 1. 1953; wie 1937 führte die inspirierte Prawda in einem Artikel zur angeblich aufgedeckten Ärzteverschwörung aus: „Unser Erfolg führt nicht zum Nachlassen, sondern zur Verstärkung des Klassenkampfes.“, Prawda, 13. 1. 1953. Mitte Februar 1953 wurden auf Anweisung der sowjetischen Regierung zur Aufnahme der von der neuen Säuberungswelle Betroffenen, vier große Arbeitslager in Kasachstan, Sibirien und im arktischen Norden der UdSSR errichtet.
- <sup>52</sup> Tatsächlich hatten Behandlungsfehler von Professor Winogradow den Tod des Leningrader Parteichefs Shdanow 1948 verschuldet. Die vom sowjetischen Staatssicherheitsdienst gebriefte Lydia Timashuk konnte sich diesen Einstiegs bedienen, als sie die Koryphäen der russischen Medizin der absichtlichen Tötung führender Politiker der UdSSR beschuldigte.
- <sup>53</sup> Der zunehmend von Ängsten um den Erhalt seines Erbes geplagte Stalin („Sie werden Euch ersäufen wie die kleinen Katzen“) soll angeblich noch letzte Klarheit vor seinem Tode schaffen gewollt haben. Stalin selbst zeigte immer mehr Zeichen einer Selbstisolierung, als er nicht nur seinen jüdischen Leibarzt Winogradow, sondern auch den für sein persönliches Sekretariat seit Jahrzehnten verantwortlichen Poskrjebyschew und den Chef seiner Leibwache General Vlassik verhaften ließ. Stalin zeigte Anzeichen einer Psychose.
- <sup>54</sup> Vgl. Naumow, W. P./Brent, J.: Stalin's Last Crime. The Plot Against the Doctors. New York: Harper Collins 2003.
- <sup>55</sup> Zu den Repressionen der sowjetischen Juden, vgl. Borschtschagowski.: Orden für einen Mord. Die Judenverfolgung unter Stalin. Berlin 2000.

<sup>56</sup> In einem Interview Anfang März 2003 wiederholte einer der Autoren des Buches *Stalin's Last Crime*, P. Naumov, gestützt auf Aussagen des Agenten Warfolomejew noch einmal die UdSSR habe Anfang der fünfziger Jahre einen ersten Schlag gegen die USA und zwar entlang der pazifischen Küste führen wollen. Naumov: „Mir wurde bisher gesagt, dass beide Seiten nur einmal am Rande eine Weltkrieges standen, nämlich in der Kuba-Krise. Aber dieses erste Mal hier, war noch gefährlicher, weil die wirklichen Zerstörungen, die das nukleare Arsenal verursachen konnte“, nicht bekannt waren. IHT, ebenda, S. 6.

<sup>57</sup> Brief von Fyn-Si (das ist Stalin) an Kim Il Sung (über Botschafter Schtykow) vom 8. (7.) Oktober 1950. Stalin zitiert dabei sich selbst in seiner Antwort an Mao Zedong, in: APRF, Fond 45, Opis 1, Delo 347, Listy 65ff., erstmals abgedruckt in *Cold War International History Bulletin*, No. 5/6, Winter 1995/96, S. 116-117.

<sup>58</sup> Weathersby, K.: „Should We Fear This?“ *Stalin and the Danger of War with America*. Woodrow Wilson International Center for Scholars, Working Paper, No. 39, Washington, D. C., July 2002, S. 19.

<sup>59</sup> Vgl. A. Knight: *Beria. Stalins First Lieutenant*. Princeton 1993; W. F. Nekrassow (Hrsg.): *Konec karery*. Moskau 1991; A. A. Antonow-Owsejenko: *Lavrentij Berija*. Moskau 1999; S. Berija: *Moj otec – Lavrentij Berija*. Moskau 1994.

<sup>60</sup> Vgl. M. Djilas: „Stalin heute“ In: *Idee und System. Politische Essays*. Wien 1992, S. 124, 153; vgl. auch R. Conquest, a.a. O., S. 410.

<sup>61</sup> Vgl hierzu die Arbeiten von P. Matussek: *Ideologie als Faktor der Persönlichkeit*, In: *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft* 2, 1968, S. 93 – 110; Derselbe: *Beiträge zur Psychodynamik endogener Psychosen*. Berlin, Heidelberg, New York 1990, Derselbe: *Analytische Psychotherapie*. Bd. 1, Grundlagen. Berlin, Heidelberg, New York 1992, Bd. 2, Anwendungen. Berlin, Heidelberg, New York 1997,

<sup>62</sup> H. Arendt: *Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft*. München 1986, S. 701.

## **Aufbruch und Resignation.**

Forderungen am 17. Juni 1953 zwischen Gewalt und egalitären und libertären Sozialismusvorstellungen

Kaum ein Ereignis der jüngsten Geschichte war und ist so heftig umstritten wie der 17. Juni 1953. Die einen begingen den „Arbeiter-“, oder „Volksaufstand“ als „Tag der deutschen Einheit“. Die anderen werteten ihn zunächst als faschistischen, später dann als konterrevolutionären Putschversuch, der von außen gesteuert und durch innere Fehler verstärkt wurde. Beides war nicht durch historische Quellen untermauert. Heute liegt eine Vielzahl von Publikationen vor, die die Ereignisse um den 17. Juni auf der Basis sorgfältiger Archivrecherchen, Befragungen und Interviews von Zeitzeugen darstellen und ihnen den Mythos des Geheimnisvollen nehmen.

Aber der Charakter des 17. Juni ist nach wie vor umstritten. Dietrich Mühlberg, Berliner Kulturwissenschaftler formulierte jüngst eine Frage, die uns in den vergangenen Jahren immer wieder bewegte und die m. E. für die Art und Weise der Betrachtung der Ereignisse um den 17. Juni 1953 von entscheidender Bedeutung sein kann. Er fragt, „ob es überhaupt möglich war, dass eine politische Bewegung, die aus den Arbeitermilieus hervorgegangen war, die sich auf diese Milieus stützte und tendenziell alle zu Arbeitern machen wollte, überhaupt über die subjektiven Voraussetzungen für die Aufgabe verfügte, ein Gesellschaftsganzes dauerhaft alternativ zum kapitalistischen Gesellschaftstypus zu gestalten.“<sup>1</sup> Da die Hauptakteure des 17. Juni 1953 Arbeiter waren, wären die Ereignisse nun im Sinne der genannten Fragestellung zu untersuchen.

Wenn der 17. Juni 1953 als Vorläufer der „friedlichen Revolution von 1989“, als Aufstand gegen das „totalitäre Regime“ in der DDR gesehen wird und damit als ein Beleg, dass das Gesellschaftsprojekt Sozialismus unsinnig und auf Dauer unmöglich war, müsste letztlich auch die Schlussfolgerung getroffen werden, dass die Arbeiterbewegung nicht so weit war, die Ziele des „Arbeiterbewegungssozialismus“<sup>2</sup> umzusetzen und deshalb zurück zu kapitalistischen Verhältnissen wollte.

Wird er heute in die Belege dafür eingeordnet, dass ein solches Gesellschaftsprojekt möglich gewesen wäre, „aber an bestimmten Umständen gescheitert ist: zu früh an der falschen Stelle begonnen, von den falschen Leuten mit falschen Methoden betrieben, durch äußeren Druck deformiert, an internationalen Konstellationen gescheitert“<sup>3</sup>, wird den Arbeitern zugestanden, sich selbst und auch den Staat, der sich Arbeiter- und Bauern-Staat nannte, ernst zu nehmen und dem Sozialismus ein demokratisches Antlitz zu geben.

Hier sind weitere Untersuchungen notwendig, um die Ereignisse um den 17. Juni 1953 von ihrer politischen Funktionalisierung zu befreien. Sie sind einzuordnen

in die weltpolitischen Konflikte nach dem 2. Weltkrieg und in die Auseinandersetzungen in der sowjetischen Führung nach Stalins Tod. Und sie sind noch mehr als bisher vor Ort und dort vor allem bei den handelnden Personen zu untersuchen. Der Blick von Halle oder von Bitterfeld auf die Welt ist ein anderer als von Berlin oder gar aus dem Politbüro. Notwendig sind auch weitere Untersuchungen der Zusammensetzung der Arbeiter, zu ihren sozialkulturellen Milieus, zu ihren Traditionen, ob nun sozialdemokratisch, gewerkschaftlich oder auch anarchistisch.<sup>4</sup>

Die existenzielle Krise, in die die DDR seit dem Beschluss der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 geriet und deren Höhepunkt die Arbeiterrevolte im Juni 1953 war, hatte viele Ursachen.<sup>5</sup>

Eine der Ursachen für die verfehlte Politik der SED-Führung waren die gravierenden Fehleinschätzungen über den Zustand des politischen Bewusstseins der Arbeiter, über die tief greifende Veränderungen in der sozialen und politischen Struktur sowie über die geistigen Hinterlassenschaften der zwölfjährigen faschistischen Diktatur. Nur kurz hatte die KPD - und nur sie - 1945 darauf hingewiesen, dass auch das Klassenbewusstsein der Arbeiter in einem demokratischen Lernprozess erst wieder entwickelt werden muss. Das war schnell vergessen. „Die Idee von der ‚historischen Mission‘ der Klasse ließ die kleinliche Frage danach, was die real vorfindlichen Arbeiter mit der politischen Bewegung verbinden und welche Kräfte ihr aus deren sozial-kulturellen Milieus zufließen können, gar nicht zu.“<sup>6</sup> Die seit 1947/48 immer wieder strapazierte Formel von den „klassenfremden Elementen“ in der Arbeiterbewegung fand sich in der zeitgenössischen Bewertung der Ereignisse durch die SED-Führung.

Die Streiks und Demonstrationen im „roten Herzen“ Mitteldeutschlands passten aus Sicht der SED-Führung nicht in die revolutionäre Traditionslinie von 1918 bis 1921. Dies wurde in Äußerungen von Fred Oelßner, Mitglied des Politbüros der SED am 23. Juni 1953 vor der Bezirksleitung Halle deutlich: „Wir sind in einem Bezirk, in dem die Arbeiterklasse eine große revolutionäre Tradition hinter sich hat. Ich kann mich erinnern, da nannte man Halle das blutrote Herz Deutschlands. Aber es ist dieselbe Arbeiterklasse, die wir hier haben. Das sind die Kinder und Enkel derer, die früher gekämpft haben und unsere Partei ist dieselbe, die damals da war. Das ist der entscheidende Punkt und wir müssen wieder zu den Massen in das gleiche Verhältnis kommen, wie wir es 1918, 1919, 1920 und 1921 hatten.“

Diese großen revolutionären Traditionen, auf die die Arbeiter stolz sind, in Leuna, Geiseltal und Mansfeld, das sind unsere Traditionen, die Traditionen der Partei Ernst Thälmanns. Wir haben sie nicht genügend geachtet. Es ist an der Zeit, dass wir uns darauf besinnen, dass wir wieder diesen engen Kontakt mit den Arbeitern bekommen, dass wir mit ihnen so reden, dass sie Versammlungen Entschließungen annehmen aus innerster Überzeugung, als Ausdruck der Tatsachen, dass die Arbeiter

erkannt haben, was sich abgespielt hat und als ersten Schritt der Arbeiter, als Annäherung an unsere Partei.“<sup>7</sup>

Die Kluft zwischen Parteispitze und Arbeitern, einschließlich SED-Basis, war schon sehr groß geworden. Die nur sieben Jahre zurückliegende Vereinigung mit der SPD spielte keine Rolle mehr, Oelßner war wieder bei der Partei Thälmanns angekommen. Tief verinnerlicht war das stalinistische Verhältnis von Partei – Klasse – Masse.

Bei aller Homogenität und Linientreue in der SED wurden die Beschlüsse des Politbüros trotz der streng hierarchischen Struktur nicht geradlinig sondern meist nur mit Verzögerungen und auch zurückhaltend auf den verschiedenen Ebenen der Partei umgesetzt. Oftmals musste die politische Linie durch Beauftragte des Politbüros vor Ort mit Nachdruck durchgesetzt werden. Die regionalen Funktionäre konnten Wendungen in der Politik nur schwer nachvollziehen bzw. neigten dann ihrerseits zu Überspitzungen. Dies zeigte sich an Schnittpunkten der Geschichte, so 1953, aber auch in den Reaktionen auf den XX. Parteitag der KPdSU oder nach dem Bau der Mauer, von 1989 gar nicht zu reden.

Insofern war es nicht verwunderlich, dass nicht nur für die Bevölkerung, sondern auch für die Mehrheit der Mitglieder der SED und der Partei- und Staatsfunktionäre die Beschlüsse des Politbüros der SED und des Ministerrates der DDR vom 9. und 11. Juni über einen „neuen Kurs“, d.h. die Revidierung der bisherigen Politik beim Aufbau der Grundlagen des Sozialismus überraschend kamen.<sup>8</sup> Viele SED-Mitglieder waren völlig verunsichert und wurden von Kollegen und Bekannten belächelt oder angegriffen, weil sie den bisherigen harten Kurs mitgetragen und auch verteidigt hatten. Sie fühlten sich allein gelassen. Ihnen waren die Machtkämpfe im Politbüro nicht bekannt, aber sie hatten die Folgen zu tragen.

Viele der umzusetzenden Beschlüsse betrafen sie selbst, sowohl ihre Arbeit wie auch ihre Lebensqualität. Ein Zeitzeuge aus den Buna-Werken erinnerte sich: „Als wir dieses Kommunique lasen, glaubten wir unseren Augen nicht trauen zu können, all das was wir im ehrlichen Glauben hartnäckig und erbittert in der Diskussion vertreten hatten, wurde nun als eine Folge von Fehlern hingestellt. Fassungslosigkeit, ungläubiges Kopfschütteln, Erbitterung und das Gefühl, schmähslich von der Führung blamiert, wenn nicht verraten worden zu sein, waren die Reaktion.“<sup>9</sup> In den SED-Organisationen der Industriezentren wie Bitterfeld und Wolfen, Leuna und Buna begannen bereits vor dem 17. Juni Diskussionen, dass die Schuldigen für die fehlerhafte Politik bestraft werden müssten.<sup>10</sup>

Besonders schwierig war die Situation in kleineren Orten und Dörfern, wo jeder jeden kannte. Manche Bürgermeister wurden aufgefordert, ihr Amt zur Verfügung zu stellen, da die SED ja zugegeben hätte, alles falsch gemacht zu haben. In anderen Dörfern gab es regelrechte Trinkgelage in der Hoffnung, dass die alten Herren wiederkämen.<sup>11</sup> LPG-Bauern waren verunsichert. Die Bauern der LPG Nemsdorf, Kreis Querfurt hatten vierzehn Betriebe von Großbauern übernehmen müssen. Fünf Betriebe waren zu Stallanlagen umgebaut worden. Nach den Beschlüssen

der Regierung stand nun die Frage nach Rückgabe. Sie hatten inzwischen 50.000 DM Schulden.<sup>12</sup>

Die große Mehrheit der Parteifunktionäre auf Bezirks- und Kreisebene stand den Ereignissen am 17. Juni und in den folgenden Tagen zunächst völlig hilflos gegenüber. Sie waren von der zentralen Leitungsebene mit Informationen nur unzureichend versorgt und ohne eigentliche Machtbefugnisse. So beschloss noch am 16. Juni 1953 die Bezirksparteikontrollkommission, „sich über die Lage in der Partei genaustens zu informieren und entsprechende Maßnahmen bzw. Untersuchungen dort durchzuführen, wo es ernste Hinweise vorhandener Schwächen usw. gibt.“<sup>13</sup>

Losgelöst von den Massen, beschäftigt mit der Umsetzung immer neuer sich teilweise widersprechender Beschlüsse und der Suche nach dem „allgegenwärtigen Klassenfeind“ und den „Parteifeinden“ in den eigenen Reihen, hatten sie weder die Signale, die es seit Wochen gab, verstanden, noch konnten sie mit der Wut und der Verweigerung der Arbeiter und Angestellten umgehen. Und diese kam gerade im Bezirk Halle am 17. Juni und in den folgenden Tagen fast flächendeckend zum Ausbruch. Lediglich in den Kreisen Naumburg und Nebra kam es nicht zu Streiks, in Naumburg aber zu einer Demonstration.<sup>14</sup>

Ausgelöst wurden die Streiks und Demonstrationen am 17.6. durch die Informationen aus Berlin. In Halle begann die Streik- und Demonstrationswelle in der LOWA (Lokomotiven- und Waggonfabrik Ammendorf). Dort wurden mit Beginn der Frühschicht die Streiks in Berlin und die Normerhöhung diskutiert. Ähnlich war es in der Farbenfabrik Wolfen, im Otto-Brosowski-Schacht des Mansfeld-Kombinats „Wilhelm Pieck“ Eisleben, auf der Schiffswerft in Roßlau. Auch in Buna und Leuna waren die Normen, die Streiks und die Demonstrationen in Berlin am Morgen des 17. Juni Gesprächsstoff.

Die vorangegangene monatelange Diskussion um eine freiwillige Erhöhung der Normen um mindestens 10 % bis zum 30. Juni 1953 gipfelte in deren administrativer Durchsetzung.<sup>15</sup> Ohne grundlegende Veränderungen in der Arbeitsorganisation führten diese bei den Arbeitern zu erheblichen Lohnausfällen. Im Walzwerk Hettstedt sank der Monatslohn eines Brigadiers an der Walzstraße von 1 100 auf 570 DM. Hart betroffen waren vor allen die niedrigen Lohngruppen. Im Walzwerk sanken in diesen Lohngruppen die Löhne von 450 auf 250 bis 300 DM.<sup>16</sup> Ähnlich war die Situation in anderen Bereichen.

Noch am 16. Juni 1953 konnte die Parteileitung der Leuna-Werke „Walter Ulbricht“ nicht sagen, wie die geplante Normerhöhung umgesetzt werden sollte. Aber sie teilte der Bezirksleitung mit, dass bis zum 1. Juli so viele Normen erhöht würden, dass die Kennziffern erfüllt werden würden. Der Zorn über diese administrativen Festlegungen, die zu Lohnausfällen bis zu 100 DM monatlich führten, erhöhte sich bei den Leuna-Werkern noch, als bekannt wurde, dass es in Leuna eigentlich keine Normerhöhungen geben sollte, da die Rahmenbedingungen in der chemischen

Industrie nicht ohne weiteres zu ändern waren. Eigenmächtig hatte das Ministerium entsprechende Anweisungen gegeben.<sup>17</sup>

Bereits vor den Streiks und Demonstrationen der Berliner Bauarbeiter kam es deshalb immer wieder zu Arbeitsniederlegungen, die allerdings auf einzelne Betriebe beschränkt blieben. So legten die Beschäftigten im Silikon-Betrieb des Elektrochemischen Kombinats Bitterfeld nach der Lohnauszahlung am 10. Juni für anderthalb Stunden die Arbeit nieder.<sup>18</sup> Auch im IFA-Karosserie-Werk Halle gab es am 12. Juni spontane Arbeitsniederlegungen wegen der willkürlichen Normerhöhungen.<sup>19</sup> Doch erst der Marsch der Berliner Bauarbeiter am 16. Juni 1953 wurde auch durch die Berichterstattung des RIAS zum Signal für Demonstrationen und Streiks am 17. Juni in vielen Städten und Betrieben der DDR.

Die Abschaffung oder Herabsetzung der Normen war übereinstimmend bei fast allen Streiks und Demonstrationen am 17. Juni im Bezirk Halle die auslösende Forderung. Die anderen Forderungen – Sturz der Regierung, freie und demokratische Wahlen, Freilassung der politischen Gefangenen – tauchten meist erst während den betrieblichen Kundgebungen und den Demonstrationen auf. Damit wurden gängige Losungen aus Ost und West aufgenommen, die durch den RIAS immer wieder aufgegriffen worden waren und am 17. Juni ein aufnahmebereites Publikum fanden.

Die Forderungen bzw. Losungen brachten zwar treffend die Wut über die verfehlte Politik der SED und der Regierung der DDR zum Ausdruck, doch sie zeugten auch von einer gewissen Hilflosigkeit. Die Demonstrationen und Streiks waren mit Ausnahme der Berliner Demonstration spontan entstanden. Politische Programme gab es nicht.<sup>20</sup> Die Streikkomitees wurden während der Auseinandersetzungen gewählt, die Forderungskataloge kamen auf Zuruf zustande.<sup>21</sup>

Es gab nur wenige Ausnahmen, so das inzwischen dokumentierte Telegramm des Bitterfelder Streikkomitees an die Regierung der DDR. Das Kreisstreikkomitee hatte sich nach dem Ende der Kundgebung gegen 13.30 Uhr in das Bitterfelder Rathaus begeben und dort in einer öffentlichen Sitzung die Situation beraten und den Text für Telegramme an die Regierung der DDR und an den Hohen Kommissar der UdSSR, Wladimir Semjonow formuliert.<sup>22</sup> Das Telegramm an die DDR-Regierung enthielt die wichtigsten politischen Forderungen und war damit zugleich politisches Programm.

Eine Sonderstellung hatte auch die Resolution des Streikkomitees vom Otto-Brosowski-Schacht vom 17. Juni. Brigadiere des Schachtes hatten bereits am 16. Juni in der Parteileitung des Betriebes erklärt, dass sie die Normerhöhung um 10 Prozent grundsätzlich ablehnen. Sie forderten, dass sofort je ein Vertreter der SED, der Gewerkschaften und der Werkleitung mit einfahren sollten, um vor Ort mit den Kumpeln zu reden. Sie wollten auch noch den 17. Juni akzeptieren, aber dann gäbe es Streik.<sup>23</sup>

Am 17. Juni nun weigerten sich die Kumpel des Otto-Brosowski-Schachtes bereits um 5.30 Uhr einzufahren. Eine Streikleitung wurde gebildet. Die von ihr

ausgearbeitete Resolution bezog sich bereits auf die Erklärung des Ministerpräsidenten der DDR, Otto Grotewohl, die er am Vorabend auf der Tagung der Berliner Parteiaktivisten abgegeben hatte. Sie erkannten sie als die von ihnen geforderte Erklärung eines Vertreters der Regierung an. Weiter hieß es: „Die von uns gestellten Forderungen im Auftrag der Belegschaft werden bzw. sind der Regierung bereits unterbreitet. Wir sind der festen Überzeugung, dass unsere Forderungen von der Regierung geprüft werden und dass unserer Regierung diesen berechtigten Forderungen entsprechen wird. ... Wir haben die von Euch gestellten Forderungen ... der Regierung zuleiten lassen und fordern, dass die Regierung baldigst etwas davon erkennen lässt, die aufgestellten Punkte zu verwirklichen. Die auf betrieblicher Ebene liegenden Forderungen in der Norm wurden verwirklicht und die entsprechenden Normen außer Kraft gesetzt und es wird mit der Neuerarbeitung der Norm mit Wirkung vom 01.06.1953 sofort begonnen. Sonstige betrieblich zu regelnde Schwierigkeiten, Schwierigkeiten, die auch heute vorgebracht wurden, werden durch die von der Belegschaft gewählte Delegation mit der Werkleitung, BGL und Betriebsparteileitung in Ordnung gebracht.“<sup>24</sup> Selbstbewusst wurde die Mitsprache der Belegschaft eingefordert. Es war ihnen nicht egal, was im Schacht passierte und wie gearbeitet wurde. Die Werkleitung war für sie wie auch SED-Betriebsleitung und Gewerkschaft Instrumente zur Realisierung ihrer berechtigten Forderungen.

Ähnlich war die Situation auch in anderen Gebieten des Bezirkes Halle. Mit der Verhängung des Ausnahmezustandes und dem Eingreifen sowjetischer Truppen und der Kasernierten Volkspolizei in den Nachmittags- und Abendstunden endete die Revolte am 17. Juni und die demonstrierenden Arbeiter zogen sich wieder dorthin zurück, wo sie hergekommen waren, in die Betriebe.<sup>25</sup> Aber gearbeitet wurde nur in den seltensten Fällen. Die Streiks zogen sich bis 22. 6.1953 hin.

Ein Höhepunkt war dabei der 18. Juni. Viele Belegschaften traten in Solidaritätsstreiks mit anderen streikenden Belegschaften. Resolutionen mit „alten“ und neuen Forderungen wurden auf Streik- oder Belegschaftsversammlungen beraten und beschlossen.<sup>26</sup> In den meisten Programmen gingen politische Forderungen mit betrieblichen Hand in Hand. Die Forderung nach Freilassung der politischen Gefangenen, in erster Linie der Kollegen, die wegen ihrer Teilnahme an den Streiks und Demonstrationen verhaftet worden waren, war fast überall zu finden, ebenso wie die Forderung nach freien und geheimen Wahlen. Wurde am 17. Juni der Rücktritt der Regierung sehr pauschal gefordert, konzentrierten sich die Rücktrittsforderungen ab 18. Juni meist auf Ulbricht und Grotewohl.

Im Messgerätewerk Quedlinburg verlangten die Arbeiter die Entfernung wenigstens einiger Mitglieder der Regierung. Sie wollten eine marxistische Regierung.<sup>27</sup> Die Kollegen des Kaliwerkes „Deutschland“ Teutschenthal forderten in einem gemeinsamen Beschluss, der in mehreren Belegschaftsversammlungen und Beratungen des Streikkomitees mit der SED-Parteileitung am 18. Juni erarbeitet

worden war u.a.: „Nicht weg mit der Regierung, sondern die Saboteure in den einzelnen Ministerien sollen zur Verantwortung gezogen werden, nachdem man festgestellt hatte, dass verantwortungs- und sorglose administrative Maßnahmen an die Basis geleitet wurden.“<sup>28</sup> Und sie gingen noch weiter. Sie forderten die „Zulassung aller Parteien, damit unter Führung der Arbeiterklasse die Blockpolitik bewusst im Interesse der Bevölkerung durchgesetzt wird. Ein breiter Kreis der Parteilosen wird in Zukunft beraten.“

In dieser Diktion kam möglicherweise der Einfluss der SED-Betriebsgruppe durch, die im Unterschied zu anderen Betrieben, im Kaliwerk engen Kontakt mit den Streikenden hatte. Gemeinsam hatten sie überlegt, wie denn die Gesellschaft gestaltet werden könnte. In diesem Kontext müssen auch die betrieblichen Forderungen gesehen werden. Die Forderungen nach Senkung der Normen oder ihrer Abschaffung, nach Mitsprache bei der Einstufung in die einzelnen Lohngruppen und bei der Gestaltung von Produktionsabläufen gingen vom Weiterbestehen der volkseigenen Betriebe aus und nicht von einer Reprivatisierung.

Dazu kamen ausgeprägt egalitäre Forderungen. Diese richteten sich gegen die hohen Gehälter der SED-, FDGB- und Staatsfunktionäre und vor allem gegen die Gehälter und die materiellen Rahmenbedingungen für die Intelligenz. Die Belegschaft der Elektro-Schmelze Zschornowitz forderte u.a., dass Gehälter über 1.000 DM nicht mehr gezahlt werden dürften.<sup>29</sup> Meist waren die Vorstellungen über die eigentliche Höhe der Gehälter sehr verschwommen. Einem Professor aus Bernburg dichtete man ein Gehalt von 15.000 DM an und Ingenieuren in Buna und Leuna das zwei- bis dreifache dessen, was sie wirklich bekamen.

Buna-Kumpel erklärten: „Wir sind dafür, dass die Intelligenz mehr verdient aufgrund ihrer Leistung, aber schließlich wollen wir auch leben.“<sup>30</sup> Die traditionell vorhandene Abneigung gegen „die im weißen Kittel“ spielte genauso eine Rolle wie die immer wieder verkündete Führungsrolle der Arbeiterklasse. Wenn es so war, durften Arbeiter nicht weniger verdienen als ein Intellektueller oder gar ein Funktionär.

Die Forderungen der Demonstranten und Streikenden wurden durch fast alle Arbeiter unterstützt. Das Vertrauen bzw. der Vertrauenscredit, den es in der Bevölkerung in die Regierung der DDR, in die SED und auch in die Gewerkschaften gegeben hatte, war geschwunden. Der Mehrheit der Arbeiter, die die Hauptkraft der Revolte waren, ging es um den Sturz der Regierung.

Die Losung „Der Spitzbart muss weg!“ charakterisiert die Situation treffend. Es ging auch um die Schaffung eines einheitlichen Deutschlands. Aber es ging ihnen nicht um die Übernahme kapitalistischer Verhältnisse.<sup>31</sup> Olaf Freier, der die Ereignisse im Bitterfelder Industrieviertel untersuchte, spricht deshalb zu recht von „zu einem Aufstand mutierten Arbeitskampf“ und wertet die Kritik an der DDR-Regierung und der SED hauptsächlich als Kritik am Arbeitgeber. Die in der volkseigenen Industrie Beschäftigten hatten mit den Mitteln des Arbeitskampfes die ihnen versprochenen Verbesserungen ihrer sozialen und ökonomischen

Lebenssituation eingefordert.<sup>32</sup> Wenn die Geschehnisse um den 17. Juni 1953 betrachtet werden, ist dies ein, wenn auch nicht unwesentlicher Aspekt.

Aber der Staat war nicht nur Arbeitgeber, sondern ausgehend vom „Arbeiterbewegungssozialismus“, um Mühlbergs Begriff zu nutzen, war er auch Gesellschaft und diese sollte nach libertären, ausgeprägt egalitären sozialistischen Vorstellungen geprägt werden. Dies kam in der Palette der Forderungen aber auch dem Verhalten der Arbeiter zum Ausdruck.

Der größte Teil der Beschäftigten streikte nicht, auch wenn er die Forderungen unterstützte. In bestreikten Betrieben wurden Bereiche wie Energie- und Wasserversorgung, aber auch viele Produktionsanlagen gesichert und nicht still gelegt. Mehrheitlich distanzierten sich die Beschäftigten von Gewalt und mutwilligen Zerstörungen bei den Demonstrationen. Zerstörungen von Produktionsanlagen waren kein Thema. Im Gegenteil, auch dort, wo relativ geschlossen gestreikt wurde wie z.B. im Mansfeld-Kombinat, wurde die Betriebssicherheit der Schächte gewährleistet. Insofern trugen die Forderungen und auch das Verhalten vieler Arbeiter „ursozialistische“ Züge. Dazu gehörte neben egalitären und libertären Ideen auch die Erwartung, dass der Sozialismus weniger und leichtere Arbeit brächte und zu einem hohen Lebensstandard führte.<sup>33</sup>

Das Bild vom Sozialismus stand der Wirklichkeit im „Arbeiter- und Bauern-Staat“ diametral gegenüber. Von wirklicher Machtausübung der Arbeiterklasse und basisdemokratischen Ansätzen bei der Gestaltung von Produktion und Gesellschaft hatte sich die SED-Führung spätestens mit der Umgestaltung der SED zur „Partei neuen Typus“ verabschiedet. Die Arbeiter wurden nach dem 17. Juni wieder in die Betriebe gedrängt. Ihre klugen und berechtigten Forderungen gerieten sehr schnell in Vergessenheit. Dies geschah u.a. gezielt durch Manipulation in den Medien und durch die Parteien und Massenorganisationen, die die Arbeiterrevolte zum faschistischen Putsch erklärten.

Andererseits stand weder die Mehrheit der Bevölkerung, auch nicht die der Arbeiter, konsequent hinter den politischen und basisdemokratischen Forderungen. Angst vor Repressionen kam hinzu. Die Präsenz der staatlichen Gewalt und der sowjetischen Besatzungsmacht war allgegenwärtig. Begonnene Diskussionen über die Normen, über Mitbestimmung am Arbeitsplatz, über die Funktion der Gewerkschaften und die Rolle der SED brachen schnell ab. Fragen zu Demokratie und Diktatur, zu den Beziehungen zur UdSSR und zur Rolle der sowjetischen Besatzungsmacht konnten nicht mehr angesprochen werden.

Alltagsorgen holten die Menschen ein.

## Anmerkungen

<sup>1</sup> Mühlberg, Dietrich, Konnte Arbeiterkultur in der DDR gesellschaftlich hegemonial sein?, in: UTOPIE kreativ, 145, November 2002, S.967

<sup>2</sup> Ebenda, S. 968

<sup>3</sup> Ebenda. Mühlberg verweist darauf, dass es eigentlich nur dann Sinn macht, ernsthaft die Geschichte der DDR zu untersuchen, wenn man ihr im Grundansatz die Chance des Erfolges gibt, ansonsten gerät alles „zu einem simplen Sündenregister verboghrter, machterpichter Leute“. S. 968

<sup>4</sup> Vgl. Bouvier, Beatrix, Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR 1945 -1953, Bonn 1996.

<sup>5</sup> Die Teilung des Landes, der kalte Krieg und der von Stalin aufgedrückte Kurs der Militarisierung sowie der enorme ökonomische Druck durch die Zahlung der Reparationsleistungen können hier nicht detailliert dargestellt werden. Vgl. u.a. Steininger, Rolf: Deutsche Geschichte seit 1945. Darstellungen und Dokumente in vier Bänden, Frankfurt/M. 1996; Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, Bonn 1982; Loth, Wilfried: Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941-1955, München 1955; Dokumentation: Der Tod des Diktators – ein Circulus vitiosus für die SED, in: Utopie kreativ, 149, März 2003.

<sup>6</sup> Mühlberg, a.a.O. S. 969

<sup>7</sup> Landesarchiv Merseburg Bestand SED-Bezirksleitung Halle (im folgenden: LArch BL Halle) IV/2/1/3

<sup>8</sup> Vgl. Dokumentation: Der Tod des Diktators, a.a.O.

<sup>9</sup> Rehmann, Heinz, Der 17. Juni 1953 in der DDR und die Vorgänge im Buna-Werk Schkopau, Erinnerungsbericht 1993

<sup>10</sup> Ebenda

<sup>11</sup> LArch BL Halle IV/2/3/611

<sup>12</sup> Ebenda

<sup>13</sup> LArch BL Halle IV/2/4/747

<sup>14</sup> Die Angaben in den verschiedenen Unterlagen unterscheiden sich z. T. erheblich. Vgl. LArch BL Halle IV/2/55/1134; Ebenda IV/2/55//1138; Ebenda IV/502/325, Vgl. auch Diedrich, Torsten: Der 17. Juni 1953 in der DDR, Berlin 1991, S.251

<sup>15</sup> Das 13. Plenum des ZK der SED beschloss am 13./14. Mai 1953 noch die Richtigkeit des bisher verfolgten Kurses und die administrative Erhöhung der Normen.

<sup>16</sup> LArch BL Halle, IV/2/3/609, Bl. 305

<sup>17</sup> LArch BL Halle, IV/2//4/1133

<sup>18</sup> LArch BL Halle, IV/2/3/609

<sup>19</sup> Ebenda

<sup>20</sup> Sicher hatte es Diskussionen über die Art und Weise der Politik in der DDR gegeben, aber es gab keine direkten Pläne zur Umgestaltung der politischen Macht, zur Aufgabenverteilung und zur Konzipierung der wichtigsten Aufgaben. Auch die zentralen Streikkomitees, die im Laufe des 17. Juni in Halle und Bitterfeld entstanden waren, konzentrierten sich auf die nächstliegenden Aufgaben: Formulierung der politischen und wirtschaftlichen Forderungen, Sicherung der Ordnung, Verhinderung von Gewalt und von Angriffen auf die sowjetische Besatzungsmacht.

<sup>21</sup> Vgl. u.a. Hagen, Manfred: DDR - Juni '53. Die erste Volkserhebung im Stalinismus, Stuttgart 1992; Klein Angelika: Die Arbeiterrevolte im Bezirk Halle, hrsg. Vom Brandenburger Verein für politische Bildung „Rosa Luxemburg, Potsdam 1993; Freier, Olaf: Der Juni-Aufstand 1953 im Industrieviertel Bitterfeld - Wolfen, Magisterarbeit Halle 1995; Löhn, Hans-Peter: Spitzbart, Bauch und Brille - sind nicht des Volkes Wille! Der Volksaufstand am 17. Juni in Halle an der Saale, Bremen 2003

<sup>22</sup> Vgl. Freier, a.a.O., S.56

<sup>23</sup> LArch BL Halle, IV/2/55/1140

<sup>24</sup> LArch BL Halle, IV/2/55/1135

<sup>25</sup> Vgl. Klein, a.a.O, Heft 2; Freier, a.a.O., S.58

<sup>26</sup> Vgl. Klein, Angelika, Basisdemokratische Aktionen und Forderungen zum 17. Juni 1953, in: „... undemokratisch wird sich rächen!“ Studien zur Demokratie in der DDR, Hrsg. Jürgen Hofmann, Hans-Jürgen Mende, Reinhard Mocek, Berlin 1995, Teil 2

<sup>27</sup> Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (im folgenden SAPMO), ZPA IV/2/5/530

<sup>28</sup> LArch BL Halle IV/420/245

<sup>29</sup> LArch BL Halle IV/2/55/1136

<sup>30</sup> LArch BL Halle IV/405/241

<sup>31</sup> Vgl. Bust-Bartels, Axel: Der Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953. Ursachen, Verlauf und gesellschaftspolitische Ziele, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B25/1980, S. 52

<sup>32</sup> Vgl. Freier, a.a.O., S. 90 ff.

<sup>33</sup> Acht Jahre nach dem Krieg war selbst die Grundversorgung mit Lebensmitteln nicht gewährleistet.

## **Der lange Schatten des Stalinismus**

Eine Problemeinführung mit Rudolf Bahro

Der folgende Text versteht sich als Beitrag zu der bereits zu Beginn der Tagung aufgeworfenen aber nicht weiter verfolgten Frage, welchen Sinn eine Debatte über Geschichte und Wesen des Stalinismus noch hat. So fehlen auf unserer Veranstaltung bezeichnenderweise die Vertreter der Generationen, welche der Stalinismus nicht mehr direkt berührt hat.

Zugespitzt gefragt: Warum interessiert sich der wissenschaftliche Nachwuchs nicht für das Thema? Der Umstand, dass wir uns hier zur Werkzeit treffen, kann dabei nicht wirklich eine überzeugende Erklärung bieten. Schließlich gibt es ja nicht gerade wenig Studenten in der Stadt, zumal gerade die Semesterferien beginnen. Offensichtlich fehlt ganz allgemein der biographische Bezug zu Stalin und zu dem Phänomen des Stalinismus. Ein Zugang - und das durchaus auch biographischer Art - eröffnet der Schatten, den beide historischen Erscheinungen noch in die Gegenwart werfen. Gibt es einen solchen Bezug und ist dieser womöglich nur verschüttet, so sollte er auch herausgearbeitet werden können. Am Beispiel Rudolf Bahros soll dieser Schatten thematisiert werden. Einerseits ging Bahro selbst von einem Weiterwirken von durch stalinistische Gesellschaftsstrukturen verursachte Verhaltensformen in poststalinistischen Gesellschaften aus. Andererseits erscheint Bahros Denken selbst in thematischer und formaler Hinsicht von seinen stalinistischen Anfängen in den 50er Jahren dauerhaft geprägt.

Michael Brie hatte bezüglich der Frage nach dem Sinn einer fortgesetzten Debatte um den Stalinismus zur gestrigen Eröffnung die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß gerade diese Diskussion den, wie er sagte, „humanistischen Pfahl im Fleische des Kommunismus“ zum Tragen bringen könne. Insbesondere für die Auseinandersetzung mit den neuen sozialen Bewegungen, in denen weder die Begriffe Stalinismus, Sozialismus oder Kommunismus irgendeine signifikante, geschweige denn eine differenzierte Rolle spielen, scheint ihm hier ein produktiver Ansatz zu liegen.

Es ist allerdings eher davon auszugehen, daß eine zeitgemäße Auseinandersetzung mit Stalin und dem Stalinismus auch heute noch zuerst einmal dazu führt, sich gerade des „inhumanen Pfahls im Fleische des Kommunismus“ zu erinnern und in seiner dauernden Tragik für die Idee einer sozialistisch-emanzipatorischen Gesellschaft und des Scheiterns ihrer Realisierung erfahrbar zu machen. Die Vergegenwärtigung des Stalinismus, ob auf einer eher persönlich-betroffenen oder akademisch-distanzierten Weise, lässt zu aller erst die Wunden spüren, die er nicht nur im Fleische des Kommunismus sondern in jedem einzelnen Menschen, der sich einst als Kommunist verstand oder sich als ein solcher noch verstehen mag, geschlagen hat. Michael Brie scheint mir die mögliche Reichweite einer

Stalinismusdebatte in den Horizont der Gegenwartsprobleme hinein etwas zu optimistisch einzuschätzen.

Aber auch die zweite Hoffnung Bries, bezüglich der aktuellen Bedeutung unserer Veranstaltung vermag ich nicht recht zu teilen. Die von Brie angesprochenen „stalinistischen Grundmuster in gegenwärtigen Herrschaftsstrategien“ zeigen sich bei genauer Betrachtung gerade nicht als solche, also als originär stalinistische. Es sei denn, wir wollen uns über Nordkorea und den Irak unterhalten, was aber wohl nicht Bries Intention gewesen sein dürfte. Für die Problematik imperialer amerikanischer aber auch russischer Machtbestrebungen scheint mir das Modell stalinistischer Apparateherrschaft, des Personenkultes, der Willkürherrschaft vor dem Hintergrund einer rücksichtslosen industriellen Aufholjagd unter kriegsähnlichen bzw. bürgerkriegsähnlichen Rahmenbedingungen kaum tauglich zu sein.

Es bleibt also zu fragen: Wie kann heutzutage überhaupt noch die Diskussion des Stalinismus ein erhellendes Licht auf gegenwärtige Fragen und Probleme werfen? Ich glaube, daß dies weniger in rationalen Lernprozessen am historischen Gegenstand zu leisten sein wird, denn solche Lernprozesse bieten immer auch zugleich einen bequemen Ausweg aus der eigenen Verstrickung in das betrachtete Phänomen. Die entscheidende Frage scheint mir hier in der Vergegenwärtigung und Betrachtung des Schattens zu liegen, den der Stalinismus bis in unsere Gegenwart hinein wirft. Was ist dieser Schatten und wie ist er erfahrbar?

Es scheint merkwürdig zu klingen, daß ein Vertreter meiner Generation gerade auf diese Frage als die zentrale abhebt. Erlauben sie mir hierzu eine biographische Zwischenbemerkung. Der Schatten, von dem ich sprach, hat mich zwei Mal - beim Tode von Leonid Breschnew und in Bezug auf den offiziell geübten Umgang mit dem Phänomen des Stalinismus in der DDR - gestreift.

Als heute 30-35-jähriger, also als Mitglied der 89er Generation, hat man den Tod Breschnews am 10. November 1982 erlebt. Sein Tod wurde am darauffolgenden Tag in den Morgenstunden bekannt gegeben. An meiner Schule lief das folgendermaßen ab: Alle Schüler wurden aus dem laufenden Unterricht heraus auf den Hof geführt.

Der Unterricht wurde nicht - wie sonst üblich - mit einem Klingelzeichen unterbrochen. Die Lehrer hatten merkwürdig ernste Gesichter, und von diesen übertrug sich eine bislang unbekannte Stimmung der Betroffenheit auch auf die Schüler. Schweigend stand man auf dem Schulhof und eine den Tränen nahe Lehrerin verkündete den Tod des Generalsekretärs der KPdSU. Die kleine Ansprache war sehr bewegend, auch wenn sich uns nicht recht der Grund für die Trauer um einen sowjetischen Parteichef erschloss - schließlich konnte man ja einen neuen wählen und recht alt ist er ja auch gewesen. Trotzdem waren 500 Schüler ehrlichen Herzens gerührt und in einem unklaren Gefühl der Trauer mit den Lehrern vereint. Dann geschah allerdings etwas Unvorhergesehenes. Überwältigt von diesem fremden Gefühl begannen die Schüler in die Stille hinein plötzlich zu applaudieren. Die

Lehrerschaft stand wie erstarrt und wusste nun Ihrerseits nicht die Situation zu deuten. Mittels abwehrender Armbewegungen versuchten einige die spontane Beifallsbekundung zu beenden, ohne die zuvor eingenommene Haltung gemessenen Verharrens aufgeben zu wollen.

Die Schüler waren verwirrt, war ihnen doch das Klatschen eine Form des Mitgeföhls mit der einen Lehrerin, welche ihre offensichtliche Trauer öffentlich zudem noch in solch berührende Worte zu fassen wusste. Es herrschte eine Situation des peinlichen Missverständnisses und der unklaren Verhaltensweise. Schließlich war der Unterricht das letzte Mal 1953 anlässlich des Todes eines Generalsekretärs unterbrochen worden.

Die Situation auf dem Schulhof löste sich einigermaßen ungeordnet auf, und bei den bald darauf häufiger folgenden Gelegenheiten verzichtete man auf ähnliche Zusammenkünfte. Zurückgekehrt in die Klassenräume entspannten sich dann heftige Diskussionen, über das eigentliche Ereignis des Tages, welches durch das bedauernswerte, einen aber eigentlich nichts angehende Ableben von L. Breschnew in Mitleidenschaft gezogen zu werden drohte. Schließlich war der 11. 11. - Beginn der Faschingszeit - und man befand sich bis zu besagtem Zwischenfall mitten in den Vorbereitungen für die einzige anarchistische Betätigung Ost-Berliner Schüler, dem Herausstürmen aus den Räumen um 11 Uhr 11 und dem umherwerfen von bis dahin gefertigten Papierschnipseln. Dazu kam es sehr zum Bedauern der Schüler in diesem Jahr nicht mehr.

Was neben der kurzlebigen Enttäuschung blieb, war das ungeklärte Missverständnis über die Bedeutung des Ablebens sowjetischer Generalsekretäre. Dieses Missverständnis versinnbildlicht für mich rückblickend den nie thematisierten Bruch zwischen den Generationen mit direkter Erfahrung einer unmittelbar stalinistisch geprägten Gesellschaft und den Nachgeborenen.

Das zweite Beispiel betrifft den offiziellen, ängstlich, defensiv, verschweigend und verschleiern den Umgang mit den Anfängen einer Stalinismusdebatte in den sowjetischen Medien. Offensichtlich wurde seitens der Führung der DDR in einer öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Stalinismus eine doppelte Gefahr gesehen: Einerseits bestand die Gefahr einer unmittelbaren Machterschütterung durch eine breite Diskussion von Machtmissbrauch, Willkür, der Fehlbarkeit der Partei und der dazugehörigen Legitimations- und Herkunftslegenden. Das vollständige Bekantwerden der Verstrickungen der Führung der SED in die stalinistischen Herrschaftspraktiken konnte sich nicht vorteilhaft für diese auswirken und musste daher verhindert werden. Wieder aktuell wurde diese Angst anlässlich des neuen Kurses und damit verbundenen intellektuellen Stiles in der Sowjetunion nach 1986.

Diese Diskussion wurde nie öffentlich geführt und beschränkte sich auf kleinste Zirkel. Das Phänomen des Stalinismus wurde in der DDR zwar von Einzelnen theoretisch bearbeitet. Bis 1989 blieb es aber weitgehend tabuisiert und unbearbeitet.

Einer der vereinzelt Versuche den Stalinismus zu thematisieren, findet sich in dem Buch „Die Alternative“<sup>1</sup> von Rudolf Bahro, das 1977 in der Bundesrepublik sowie in einer kleinen illegalen Auflage in der DDR veröffentlicht wurde. Interessanterweise knüpfte Bahro Anfang März 1990 - also nach seiner Rückkehr in die DDR - dort wieder an, wo er sich 13 Jahre zuvor vergeblich um eine Diskussion bemühte. Bahro bezeichnet mit Stalinismus nicht ein personifiziertes Phänomen ideologischer Deformation einer an sich richtigen und moralisch davon nicht in Misskredit zu bringenden Idee, sondern als Ausdruck einer historisch notwendigen Gesellschaftsformation, einem terroristischen Durchgangsstadium von nicht kapitalistischen Gesellschaften hin zum Sozialismus.

Bahro legte allerdings keine ausschließlich historische Analyse vor. Aus einer psychologischen Perspektive thematisierte er eben diesen Schatten, der sich mit der Oktoberrevolution auf das weitere Schicksal der kommunistischen Bewegung legte und auf die von ihm berührten Seelen - bis über den Zusammenbruch des realexistierenden Sozialismus hinaus. Er begann seine sogenannten „Stalinismusvorlesungen“, die im übrigen noch unveröffentlicht sind, mit folgenden Worten:

*„Der Stalinismus wird heute immer gleichgesetzt mit einem bestimmten Staats- oder Gesellschaftssystem. Was daran auch stimmen mag – auch wenn wir dieses System jetzt abschaffen, werden wir noch eine Weile mit dem Stalinismus beschäftigt sein. Ich will darum zuerst Folgendes behaupten: Der Stalinismus wird nicht einfach mit den äußeren Institutionen verschwinden, welche um dieses Staats- und Gesellschaftssystem herum geordnet waren.*

*Ich bin im Gegenteil davon überzeugt, dass geschichtliche Erscheinungen grundsätzlich von innen her begriffen werden müssen. Der historische Materialismus hat niemals genügend Aufmerksamkeit darauf verwendet, dass der Mensch in seiner konkreten Gestalt die Ursache seiner materiellen Veranstaltungen ist. Wenn zu diesen Veranstaltungen schließlich auch staatliche Gebilde und gesellschaftliche Institutionen gehören, so ist auch immer eine geistig-seelische Struktur Voraussetzung dafür, dass sich Erscheinungen wie der Stalinismus darin einstellen können.*

*Wenn ich mich heute – und ich setze das in Anführungsstriche - mit dem: „Stalinismus als Gesellschaftsformation“ beschäftige, dann frage ich nicht in erster Linie nach dem institutionellen System, mit dem wir es da zuletzt zu tun hatten, sondern ich frage nach dem*

*geschichtlichen Zusammenhang – und das tue ich unter dem Gesichtspunkt der Tragödie des menschlichen Geistes.“*

Das Neue ist, daß Bahro die Erscheinung des Stalinismus in eine geschichts- und geistphilosophische Perspektive einbettet, und dabei die Herausbildung und das Wachstum bestimmter Bewusstseinsanteile voraussetzt, die für eine wirkliche menschliche Emanzipation notwendig seien.

In Bezug auf das Bewusstsein unterscheidet Bahro *freies* von *gebundenem* Bewusstsein, also einen emanzipatorischen von einem kompensatorischen Gehalt. Den besagten Schatten des Stalinismus macht nach Bahro eine bestimmte Form der Subalternität aus, die insbesondere bei Menschen anzutreffen sei, die sich ehemals oder noch immer als Sozialisten verstanden haben, sich also mit bestimmten Macht- und Herrschaftsmechanismen identifizierten oder diesen auch nur ausgesetzt waren.

Gleichzeitig sei bei dieser Gruppe, wenn auch verschüttet, noch die Sehnsucht oder doch Idee von einer befreiten, egalitären Gesellschaft vorhanden, also ein ursprünglich emanzipatorischer Impuls. Diesen gelte es von den Überformungen durch die Teilnahme am bürokratischen Herrschafts- und Verwaltungssystem, an der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und dem damit verbundenen technischen Fortschritts- und ökonomischen Entwicklungsglauben zu befreien, so daß die Inbilder einer sozialistischen Vision wieder Maximen revolutionärer Praxis sein können. Worauf es ankäme, wäre nach Bahro eine Praxis der Entidentifizierung an überkommene gesellschaftliche Praktiken der Unterordnung, des Misstrauens, der Konkurrenz und der Angst.

Auch Bahro hatte nach dem XX. Parteitag der KPdSU geweint. Der Schock muß tief gesessen haben und hat sicher wie bei vielen traumatische Züge angenommen. Bahros politischer Glaube war in einer Weise erschüttert, so dass er fortan um dessen Wiedergewinnung kämpfte. Zeitlebens wird er sich mit dem Problem charismatischer Führung, der Berufung Einzelner und der Organisationsformen sowie der gesamtgesellschaftlichen Kontrolle einer kommunistischen Avantgarde beschäftigen. Von Stalin als Person - ebenso wie von Lenin - sah Bahro in seiner Kritik weitgehend ab. Er begriff den sogenannten „Stalinismus“ als strukturelles Merkmal vor- oder proto-sozialistischer Verhältnisse in unterentwickelten Ländern, die sich zur Schaffung der ökonomischen und gesamtgesellschaftlichen Grundlagen für den Sozialismus auf einen nicht-kapitalistischen Weg zur Industriegesellschaft machen.

Das daraus, d.h. in Bezug auf die Situation Russlands vor 1917, nur ein terroristisches Regime erwachsen konnte, welches analog zur kapitalistischen Klassengesellschaft Menschen massenhaft in seinen Dienst stellt und dabei wie nur irgendeinen Rohstoff verbraucht, stand für Bahro außer Frage. Ihn interessierte nicht eine moralische Bewertung der damit ohne Zweifel einhergehenden Ungerechtigkeiten und der Millionen von Opfern: eine Einstellung, die er u. a. auch mit Robert Havemann und Wolfgang Harich teilte.

Bahro beschrieb 1977 den Stalinismus als ein gegenwärtiges Phänomen und strebte die Überwindung dieser defizitär gewordenen, aber immer noch wirkmächtigen gesellschaftlichen Strukturen an. Seiner Meinung nach treiben die sich darin entwickelnden Produktivkräfte die Revolutionierung der Produktionsverhältnisse in Richtung eines zu erreichenden Sozialismus, unter der Abschaffung der Arbeitsteilung und der Herrschaft von Menschen über Menschen, selbst voran.

Die sich hierin zeigende geschichtsdeterministische Betrachtungsweise hatte neben einem theoretischen wohl auch einen persönlichen Grund. Bahro war es offensichtlich nicht möglich, sich das Ausmaß der stalinistischen Repression in seiner Totalität zu vergegenwärtigen, ohne alle Hoffnung auf eine weitere sozialistische Perspektive fahren zu lassen. Anders kann ich mir nicht erklären, daß Bahro als einer der schärfsten Kritiker stalinistischer Strukturen und ihrer Herkunft niemals auf den Diktator und das von ihm verursachte individuelle Leid einging.

Es gilt wohl auch für Bahro der gestern bereits gefallene Satz „Je dunkler das Stalinbild, desto dunkler das Bild der damit zusammenhängenden Gesellschaft“. Mit anderen Worten: Je überwältigender das Leid und die daraus dem mitfühlenden Kommunisten erwachsende Scham, desto geringer die Chance auf diesem Boden die Pflanze der Hoffnung einzupflanzen, daß eine befreite sozialistische Gesellschaft möglich sei.

Bahro verstand sich gewissermaßen als gläubiger Reformator seiner Kirche. Er strebte danach, ihr ihre ursprüngliche, aber außerhalb der Vision nie existenten Erscheinungsform zu geben. Bahro selbst drückte seine Intention in einem unveröffentlichten Essay folgendermaßen aus: ‚Er wolle den Werktätigen die Partei ihrer Interessen zurückgeben und der Partei die Liebe des Volkes‘.<sup>2</sup>

Zwar erschließt sich die Wiederaufnahme des Stalinismusthemas nach seiner Rückkehr 1989 in die Noch-DDR, doch fällt eine gewisse Fahrigkeit und Inkonsistenz auf. Einerseits wollte Bahro den bürokratischen Sozialismus mit den für ihn typischen Entwicklungsbedingungen von einer freiheitlichen Form des Sozialismus unterscheiden. Andererseits ging es ihm darum, von diesem theoretischen Zugang her die These vom Fortwirken bestimmter Verhaltensmuster zu entwickeln, welche ihren Ursprung in der eine bestimmte Form von Subalternität produzierenden Gesellschaftsstruktur des bürokratischen Sozialismus haben.

Bahro hatte sich in den 80er Jahren jedoch von der Idee entsprechender ökonomischer Gesetzmäßigkeiten von aufeinander evolutionär folgenden Gesellschaftsformationen entfernt. Er vertrat statt dessen eine evolutionäre Theorie des Bewusstseins, wonach Geschichte „Psychodynamik“ sei. Der Rückgriff auf die Stalinismusdebatte wirkt vor diesem Hintergrund halbherzig und bleibt hinter den neueren Überlegungen zurück, bzw. läßt diese in der Vermischung nicht klar hervortreten. Es scheint als führe Bahro zwei Diskurse in einem: die Debatte um das Wesen des realexistierenden Sozialismus im Stile der 70er Jahre und eine bestimmte in den 80er Jahren stark gewordene Form industrialisierungskritischer, apokalyptisch argumentierender Zivilisationskritik.

Festzuhalten bleibt, dass für Bahro 1990 Geschichte nicht mehr ein mittels primär ökonomischer Gesetzmäßigkeiten zu beschreibender Entwicklungsprozess war. Geschichtliche Entwicklung sei zwar noch immer als Aufeinanderfolge von Gesellschaftsstrukturen zu denken, diese seien aber dialektisch vermittelt durch Aufeinanderfolge von Bewusstseinsstrukturen. Der wichtigste Bezugspunkt für diese zentrale Einstellungsänderung Bahros ist Jean Gebsters Werk „Ursprung und Gegenwart“.<sup>3</sup>

Allerdings verbirgt sich hinter dieser Wandlung eine 1977 in der „Alternative“ bereits angelegte Tendenz zur Subjektivierung des Marxismus, wonach dem Bewusstsein eine stärkere materielle Bedeutung beigemessen wurde als der Ökonomie. Wäre dieser Zug in Bahros Denken früher zur Kenntnis genommen worden, sein Erfolg nach der Veröffentlichung der „Alternative“ in der Bundesrepublik wäre ein anderer gewesen und konventionelle Marxisten hätten sich schneller von ihm abgewandt. Andererseits ist gerade die Subjektivierung des Marxismus das Geheimnis von Bahros Buch und in seiner weitreichenden Bedeutung bislang nur Herbert Marcuse gewürdigt<sup>4</sup>

Von hierher erklären sich auch Bahros Vergleiche von kommunistischer, faschistischer, und radikalökologischer Bewegung bezüglich ihres Charakters als Volksbewegung und des Problems charismatischer Führerschaft. Wenn Bahro Anfang der 90er Jahre davon sprach, dass es angesichts globaler ökologischer und gesellschaftlicher Probleme im gesellschaftlichen Unterbewusstsein nach einem „grünen Adolf“ rufe, so wollte er - mit diesem sicherlich überflüssigen Wort - gerade nicht einem solchen das Wort reden.

Bahro verstand sich vielmehr als Warner vor einem diktatorischen Notstandsregime, welches er bei weiterer Verschärfung globaler Probleme und deren Kulmination in Bevölkerungswachstum und Ressourcenknappheit als zwar nicht wünschenswert aber unabänderlich ansah. Der bürgerlich-demokratisch verfasste Westen erarbeite demnach mit seinen ökonomischen Erfolgen und zivilisatorischen Nebenwirkungen gerade die Voraussetzungen für die Abschaffung seines politischen Systems hin zu dem allseits gefürchteten Gegenpart der Diktatur. Bahro sah gerade in der besonders in linken und ökologisch orientierten Zusammenhängen gepflegten Abwehrneurose vermeintlich faschistischer (und es gibt wohl kaum einen durch Überstrapazierung ausgehöhlteren Begriff) Bestrebungen ein konstituierendes Moment für deren tatsächliche Aktualisierung in den kommenden Zeiten der Krise.

Alternativ versuchte Bahro die Idee einer Rettungsregierung zu entwerfen, sowie eine Ethik für die Vertreter des von ihm konzipierten „Fürsten der ökologischen Wende“. Jene stellte er sich als nicht durch Sonderinteressen korrumpierte Verantwortungsträger und Sachwalter elementarer Gattungsinteressen vor, ließ dabei aber noch manche Fragen offen. Da Bahro wenig Wert darauf legte, sich vor Missverständnissen zu schützen<sup>5</sup> und den wissenschaftlichen Diskurs ohnehin gering schätzte, blieb er in diesem gesamten hochgradig ideologisierten Bereich

häufig und zudem überflüssigerweise unklar und benutzte derart ‚verminte‘ Begriffe geradezu provokativ unbedarft.

Der „Fürst der ökologischen Wende“ als kollektives Organ gesamt menschlicher Lebensinteressen stellt eine Mischung aus Gramscis „kollektiven Intellektuellen“ und der „unsichtbaren Kirche“ Hegel, Hölderlin und Schellings dar. Eine leninistische Partei neuen Typs war als Konstituente des bürokratischen Sozialismus ausdrücklich nicht intendiert. Aufgabe der neu zu begründenden Institution sollte es sein, das gestörte Gleichgewicht von Natur und Kultur, von natürlicher und menschen-gemachter Welt auszugleichen. Dem liegt unausgesprochen die metaphysische Voraussetzung zu Grunde, daß sich in der Naturgeschichte, wozu auch die Menschengeschichte gezählt wird, ein intellegibles Prinzip, ein sich objektivierender Geist emaniert.

Der Mensch wird als Mittler dieses Prozesses gedacht. Er hat als Natur- und Geistwesen die Aufgabe, sich seines Seins bewusst zu werden und die Welt dementsprechend einzurichten. Mit dem Topos des „Weisen“ beschreibt Bahro die auf diesem Wege am weitesten fortgeschrittenen Personen, welche einerseits in der Bewusstseinsentwicklung eine elaborierte und vorbildhaft wirkende Stellung einnehmen und andererseits das an die Forderungen der täglichen Selbstbehauptung verhaftete „ich“ überwunden haben. Der „Weise“ wird als Diener eines objektiven Prozesses verstanden, an dessen Ende nach Bahro die Einrichtung einer befreiten und im Einklang mit der äußeren Natur befindlichen Gesellschaft steht.

Ich muß mich an dieser Stelle auf einige wenige Hinweise zu Bahros späterer Entwicklung beschränken. Was dennoch deutlich geworden sein sollte, ist Bahros sich wandelnde aber dauerhafte Bindung an das Konzept charismatischer Führung an die Ideen einer der Geschichte innewohnenden Entwicklungslogik, an die besondere Auszeichnung des Menschen als ein geistiges Wesen und an die Notwendigkeit einer revolutionären Avantgarde.

Die Debatte, inwieweit Bahros Denken selbst Ausdruck eines Schattens ist, der diesem durch die Erfahrung der Stalinismus auferlegt wurde, sollte hier ansetzen können.

Gestatten sie mir zum Ende noch einen Bezug auf einen Satz, der in dem gestern gezeigten Film „Die Reue“ zu hören war. „Nur ein geistiger Hirte kann die Menschen führen, sie brauchen ein moralisches Vorbild“.

Bahro sah im Phänomen des Stalinismus, das er der von Marx beschriebenen asiatischen Produktionsweise nicht nur als verwandt, sondern selbst als darin verwurzelt ansah, einen religiös-moralischen Impuls, der maßgeblich für den gewonnenen Einfluss auf eine Vielzahl von Menschen mit verantwortlich sei. Bahro nahm also den Aspekt des Miteinanders von Glaube und Macht, wie er der asiatischen Produktionsweise nach Marx zu eigen ist, dahingehend ernst, daß dieser nicht mit dem Stalinismus überwunden, sondern aufgehoben werden sollte.

Den Sozialismus begriff er dabei auch als eine Art Glaubenssystem, welches das religiöse Vakuum moderner industrieller Zivilisation unbewusst zu füllen habe. Spirituelle Praxis wird dabei als eine emanzipatorische Praxis der Selbstvergewisserung und Entidentifizierung von Entfremdungsstrukturen begriffen. Bahro besaß die Hoffnung, dass auf diesem Wege sowohl der gesellschaftliche wie auch individuelle Schatten des Stalinismus, der sich in erster Linie in subalternen und kompensatorischen Verhaltensweisen ausdrücke, überwunden werden kann.

Wenn, wie mein Vorredner Fritz Vilmar sagte, vom Sozialismus nichts als kalte Asche übrigbleibt, Asche eines abgebrannten Feuers, vom Hauch der Geschichte in alle Winde zerstreut, so bleibt doch zu fragen, wo dieses Feuer in einem selbst brannte und erlosch.

Kann es eine lohnendere Aufgabe geben, als sich nun auch dieser Asche zu entledigen, sie sich aus den Augen zu reiben und somit den Raum zu schaffen zur Entzündung eines neuen Feuers?

## **Anmerkungen**

<sup>1</sup> Rudolf Bahro: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Köln 1977.

<sup>2</sup> Rudolf Bahro: Buch von der Befreiung aus dem Untergang der DDR. Ein Essay an Sarah Wagenknecht (Bahro-Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin)

<sup>3</sup> Jean Gebser: Ursprung und Gegenwart, München 1986.

<sup>4</sup> Herbert Marcuse: Über Bahro, den Protozialismus und den Spätkapitalismus; in: Kritik. Zeitschrift für sozialistische Diskussion, Heft 19, 1979.

<sup>5</sup> Vgl.: Das Interview (S. 161f.) mit Arno Bammé in: Der kalte Blick der Ökonomie, Arno Bammé... (Hrsg.), München u. a., 1993, S. 121-176.

Rudolf Bahro (Interview): Die Wahl zwischen Notstandsregierung und spirituellen Gottesstaat, Junge Welt, 24. Juli 1993.

## „Dossiers ohne Retusche“?

Meinungsstreit um Stalin in Russland

Als am 5. März 1953 unter dubiösen Umständen J. W. Stalin, der langjährige Generalsekretär der KPdSU und Vorsitzende des Rates der Volkskommissare bzw. des Ministerrates der UdSSR, verschied, da starb, machtlos gegen den Tod, der wohl mächtigste Mann in den 30er und 40er Jahren des 20. Jahrhunderts in der Welt, zweifellos ein verbrecherischer Diktator, mit dem sich das bis heute unscharfe Begriffsbild des „Stalinismus“ genuin verbindet.

Am 50. Todestag J. W. Stalins gedachte man seiner in einer Zeit akuter Kriegsgefahr, des Terrorismus und der „Diktatorenbeseitigung“ sehr prononciert auf sehr unterschiedlicher Weise.

Hier sei - anhand von Publikationen - auf das umstrittene Bild aufmerksam gemacht, das im heutigen Russland über Stalin vorhanden ist, und das sich nicht im gelegentlichen Zeigen seines Porträts bei Manifestationen erschöpft.<sup>1</sup>

Seit dem Zusammenbruch der UdSSR sind mehr Bücher über Stalin erschienen als in der Sowjetzeit, in der Veröffentlichungen seiner Reden und Schriften in Titelzahl und Auflagenhöhe diejenigen von Marx und Engels und selbst Lenins um ein Vielfaches übertrafen. Die „Kurze Lebensbeschreibung“ schloss bis zu Stalins Tod jede andere Darstellung seines Lebens aus. Unschwer ließen sich heute über 60 Buchtitel auflisten, die in den Jahren marktwirtschaftlicher Meinungsvielfalt gegen Ende der Sowjetunion bis in unsere Tage erschienen und zusammen mit ungezählten Beiträgen in Zeitschriften und Zeitungen gleichsam eine „Staliniade“ ergeben.

Am Wechsel der Zeiten und Paradigmen stand die widersprüchliche und sehr zwiespältig aufgenommene Biographie von Dmitri Wolkogonow „Stalin. Triumph und Tragödie. Ein politisches Porträt“ (1989).<sup>2</sup> Der morbide sowjetische Sozialismus war mit dieser „Verurteilung“ Stalins und einer positiven Rückbesinnung auf Lenin, die der Autor schnell aufgab,<sup>3</sup> nicht zu erneuern, aber sie öffnete die Schleusen für jedwede Art von Stalin-Darstellung. Historiker, Militärhistoriker, Militärs, Schriftsteller, historisierende Publizisten, ein Dramaturg, Personen aus seiner Umgebung und Angehörige der Familie äußern sich mehr oder minder gewichtig und zutreffend über Stalin. Zu Wort kommen dabei auch in Übersetzungen Historiker und Publizisten aus dem Ausland.

In den kontinuierlich erscheinenden Monographien, Lebensbeschreibungen, Erinnerungen und gar Neuauflagen von Stalins Reden und Schriften - nun sind auch die letzten drei Bände der gesammelten „Werke“ auf dem Büchermarkt<sup>4</sup> - wird „Das Wort - dem Genossen Stalin“ gegeben. Er ist im „Schoße der Familie“ zu erleben und in „Erinnerungen von Zeitgenossen“ und Leuten „An der Seite Stalins“ sowie in „Gesprächen“ präsent. Das „geheime Leben“ des „unbekannten Stalin“

wird ebenso ergründet wie „Verschwörungen“ gegen ihn und „Rätsel“ seines Todes. Bestimmte Seiten seines Wirkens und Verhaltens werden untersucht. Stalin wird im „Tyrannenporträt“ „ohne Maske“ gezeigt. „Wahrheit und Lüge“ über ihn werden erörtert. Auch „Vergleiche des Lebensweges“ zweier „großer Diktatoren“ und das „Pokerspiel“: „Hitler - Stalin vor dem Zusammenstoß“ im Krieg fehlen nicht. Historiker, Militärs und Publizisten sehen Stalin an erster Stelle der „Soldaten des 20. Jahrhunderts“ als „Feldherrn“ und „Generalissimus“. Sie begleiten ihn auf dem „Weg nach oben“, auf dem „Weg zur Macht“ und auf dem „Gipfel der Macht“.<sup>5</sup>

Manche nehmen ihn als das Beispiel eines ehrlichen, bescheidenen, volksverbundenen Staatsmannes wahr, der aufopferungsvoll für die Verwirklichung einer Gesellschaft sozialer Gleichheit, für die Festigung des Ansehens und der Stellung des eigenen Landes in der Welt eintrat und folglich als Patriot handelte. Angesichts dessen, was wir heute über Wesen, Funktionsmechanismus und Opfer des Stalinischen Regimes wissen, ist eine solche Wahrnehmung überaus strittig.

Wer war Stalin wirklich, und was bewirkte er? War er der „große Führer“, der „Vater der Völker“, der „dirigierende Feldherr“, der „kluge Staatsmann“, die „bedeutendste historische Persönlichkeit des 20. Jahrhunderts“ oder ein „Verbrecher mit paranoider Psyche“, ein „allmächtiger, aber einsamer Diktator“? War er „Romantiker der Weltrevolution“, „Befreier“, „sowjetischer Imperialist“, ein „böses Genie“ oder einfach nur ein „intriganter, zynischer Pragmatiker“ von „intellektueller und politischer Mittelmäßigkeit“ mit einem hervorragenden Gedächtnis?

Antworten auf solche und andere Fragen wurden und werden oft einseitig dogmatisch gegeben, die anderer ignoriert. Zugleich wird unter Fachleuten wie in der Öffentlichkeit nach wie vor erbittert gestritten und auch ehrlich gerungen. Trotz aller Beteuerungen von Objektivität, „Deideologisierung“ und „Entpolitisierung“ sind dabei die jeweiligen ideologischen und politischen Positionen nicht zu übersehen und schwingen manche Alterswünsche Stalinscher Zeitgenossen mit. Nicht zuletzt wirkt auch das existenzielle Interesse, am „heißen“ Thema Stalin Geld zu „erarbeiten“.

Die große und zunehmende Zahl von Publikationen und der fortdauernde Meinungsstreit belegen das wache Interesse an Stalin und „seiner Epoche“ in der heutigen Gesellschaft Russlands. Diese ist in ihrem nationalen Gedächtnis tief gespalten, sozial zerrissen und instabil. Sie soll aber im „nationalen Konsens“ gerade aus der Geschichte patriotische Kraft zur Überwindung aktueller Schwierigkeiten und zur Herbeiführung eines sozialen Friedens schöpfen, wobei insbesondere an die junge Generation gedacht wird.

Am 30. August 2001 hatte die Regierung der Russischen Föderation die unbefriedigende Lage auf dem Gebiet der Lehrbuchliteratur zur Geschichte Russlands im 20. Jahrhundert erörtert und Maßnahmen zur Verbesserung festgelegt. Grundtenor der angestrebten Veränderungen und der sich nun anschließenden Diskussionen in

verschiedenen Gremien war: Es würden einige wenige Schullehrbücher für die Russische Föderation gebraucht, mit deren Hilfe Wesentliches zur Lösung der Erziehungsaufgabe zu leisten sei - Staatsbürger mit einer patriotischen Haltung heranzubilden, für die sozialer Frieden in der Gesellschaft höchstes Gut sei. Voraussetzung dafür sei auch die objektive Betrachtung und Bewertung der Geschichte des 20. Jahrhunderts, insbesondere der Sowjetzeit. Eine Negierung dieser Zeit und pauschale Verurteilungen ihrer Ordnung widersprächen der historischen Wirklichkeit und dienten nicht den gestellten Zielen<sup>6</sup>.

Um die Lösung der hier angesprochenen Probleme wird in einer pädagogischen und methodologischen Situation gerungen, in der einerseits sich viele Historiker und Geschichtslehrer nach den tiefen Verunsicherungen am Ende der 80er und in der ersten Hälfte der 90er Jahre neuerlich dem marxistischen Formationsprinzip der Geschichtsbetrachtung mit „liberalen formationsbezogenen Positionen“ undogmatisch zuwenden.

Dies ist Ergebnis praktischer Erfahrungen und von Debatten über methodologische Fragen in der zweiten Hälfte der 90er Jahre: Man nimmt Abstand vom vorübergehend für geeigneter angesehenen Zivilisationsansatz (d.h. das Erfassen geschichtlicher Entwicklungen als Werden und Vergehen bestimmter Zivilisationen), ohne freilich bestimmte Vorzüge desselben zu verwerfen. Andererseits gehen viele Historiker und Geschichtslehrer, vor allem die jüngeren, vom Zivilisationsansatz aus, der ihnen im Paradigmenwechsel zugänglich wurde, und gründen darauf ihre Arbeit.<sup>7</sup>

Geschichtslehrer/innen - und nicht nur diese - verlangen und brauchen Lehrbücher und historische Darstellungen, die der Sowjetperiode in der vaterländischen Geschichte nicht nur den ihr zustehenden Platz einräumen, sondern auch das geschichtliche Verständnis für sie vermitteln. Die Bewertung von Person und Wirken Stalins gehört dazu - eine, wie sich zeigt, bleibende, komplizierte Aufgabe.

Im vergangenen Jahr erschienen drei bemerkenswerte Publikationen. Der bekannte Militärschriftsteller Wladimir Karpow legte in einem Kaliningrader Verlag mit einer für heutige Verhältnisse hohen Auflage von 10.000 Exemplaren eine zweibändige historisch-dokumentarische Lebensbeschreibung des „Generalissimus“ vor, die er selbst als sein wichtigstes Werk betrachtet.<sup>8</sup>

Diese Biographie mag manchen Leser fesseln, doch darf er dem unterbreiteten Material nicht unkritisch vertrauen. In der russischen Presse wurden hier verwendete Dokumente über angebliche Geheimverhandlungen zwischen Beauftragten Stalins und Hitlers im Februar 1942 über einen Waffenstillstand und ein gemeinsames Vorgehen gegen das „internationale Judentum in Gestalt Englands und der USA“ als Fälschungen mit antijüdischer Stoßrichtung bloßgelegt.<sup>9</sup> Karpow beendet sein Buch mit der Feststellung, er und seine Leser könnten nun gemeinsam sagen: „Sehr weise und standhaft war dieser Mann. Ja, einen Personenkult gab es, aber auch die Persönlichkeit. Ach, wie fehlt doch heute unserem schwergeprüften

Mütterchen Russland solch eine Persönlichkeit!“<sup>10</sup> Dieser Seufzer des Achtzigjährigen hat seine Tendenz.

In der Serie „Dossier ohne Retusche“ des Moskauer Verlages „Wetsche“ erschien, ebenfalls mit einer Auflage von 10.000 Exemplaren, die zweibändige Biographie des Historikers Ju. W. Jemeljanow „Stalin: Der Weg zur Macht“ und „Stalin: Auf dem Gipfel der Macht“. Der Autor will weitverbreiteten Legenden über Leben und Wirken eines der „hervorragendsten und widersprüchlichsten Staatsmänner des 20. Jahrhunderts“ entgegentreten.

Er zeigt Stalin in seiner Widersprüchlichkeit, wendet sich jedoch vor allem gegen negative Klischees und Urteile, weniger gegen verherrlichende und verdeckende Retuschierungen. So wird aus diesem ein ganz passabler und respektabler Mann, ein „russischer Patriot“, über den Chruschtschow und dann wieder Gorbatschow zu Unrecht „Gericht hielten“.<sup>11</sup>

In einer Reihe „50 Jahre ohne den Führer - Staliniade“ brachte der Moskauer Verlag „Eksmo“ die „Soziologische Erzählung“ des heute wieder in Russland lebenden Sowjetdissidenten Alexander Sinowjew „Stalin - Höhenflug unserer Jugend“ heraus. Er hatte diese zu dessen 30. Todestag in München geschrieben und veröffentlicht. Nun verdeutlicht er als „Antistalinist, aber nicht als Antikommunist und Sowjetfeind“ den Leser in Russland seine „Hassliebe“ zu diesem „Führer“. Sinowjew fordert dazu auf, Stalin und die „Stalinsche Epoche“ weder zu verurteilen, noch zu rechtfertigen, sondern aus der Zeit heraus zu erfassen und bietet dazu sein eigenes Verständnis dieser Zeit an.<sup>12</sup> Dem muss man nicht folgen, doch der Weg scheint gangbar - sicherlich schwer für jene, die mit dem Trauma furchtbarer Erinnerung leben, notwendig für jene, die sich um objektive Geschichtsermittlung bemühen, die anstelle vom „Mythos Stalin“ der Wirklichkeit nachspüren wollen.

## Anmerkungen

<sup>1</sup> Eine kürzere Fassung dieses Beitrages erschien in „Neues Deutschland“, 1./2. März 2003, S. 21.

<sup>2</sup> Dmitrij Volkogonov: Triumph i tragedija. Politiceskij portret I. V. Stalina. V 2-ch knigach. Moskau 1989 (deutsch: Dimitri Wolkogonow: Stalin. Triumph und Tragödie. Ein politisches Porträt. Düsseldorf 1989)

<sup>3</sup> Siehe derselbe: Lenin. Politiceskij portret. Moskau 1993 (deutsch: Dimitri Wolkogonow: Lenin. Utopie und Terror. Düsseldorf, Wien, New York, Moskau 1994.

<sup>4</sup> Siehe I. V. Stalin: Socinenija. T. 14, 15 i 16. Moskau 1997.

<sup>5</sup> Siehe als Auswahl mit Bezug auf die im Text genannten Titel: Slovo – tovarišču Stalinu.

Moskau 1995; Iosif Stalin v ob’jatijach sem’i. Iz licnogo archiva. Moskau 1993; Svetlana Allilueva:

Dvadcat’ pisem k drugu. Moskau 1990 (deutsch: S. Allelujewa: 20 Briefe an einen Freund. Wien

1967); Vladimir Alliluev: Chronika odnoj sem’i. Alliluevy - Stalin. Moskau 1995; A. V. Suchomlinov: Vasilij,

Syn vozdja. Moskau 2001; Stalin: V vospominanijach sovremennikov i dokumentach epochi. Moskau 1995;

V. Berezkov: Rjadom so Stalinym. Moskau 1998; G. A.

Kumanev: Rjadom so Stalinym: Otkrovennye svidetel’stva. Moskau 1999, Smolensk 2001; M. Dzilas:

Razgovory so Stalinym. Moskau 1993; B. Ilizarov: Tajnaja zizn' Stalina. Moskau 2001; Z. i R. Medvedev: Neizvestnyj Stalin. Moskau 2001; V. Pjatnickij: Zagovor protiv Stalin. Moskau 1998; A. Avtorchanov: Zagadka smerti Stalina. Moskau 1992; G. Mar'jamov: Kremlevskij cenzor. Moskau 1992; E. Gromov: Stalin: vlast' i iskusstvo. Moskau 1998; B. M. Bim-Bad: Stalin: Issledovanie žiznennogo stilja. Moskau 2002; Ju. Girenko: Stalin - Tito. Moskau 1991; G. Vichavajnen: Stalin i finny. Per. s fin., St. Petersburg 200; A. V. Antonov-Ovseenko: Stalin bez maski. Moskau 1990; V. M. Zuchraj: Stalin: pravda i loz'. Moskau 1996. A. Bullok: Gitler i Stalin. Zizn' velikich diktatorov. Per. s angl., Smolensk 2000 (deutsch: A. Bullock: Hitler und Stalin. Parallele Leben. Gütersloh 1995); L. Bezymenskij: Gitler i Stalin pered schvatkoj. Moskau 2000 (deutsch: Lew Besymenski: Stalin und Hitler. Das Pokerspiel der Diktatoren. Berlin 2002; Soldaty XX veka. Mnogotomnoe izdanie. Vypusk I. 55-letiju Velikoj Pobedy posvjašcaetsja. Moskau 2000; B. Solov'ev/V. Suchodeev: Polkovodec Stalin. Moskau 1999 und 2001; V. V. Karpov: Generalissimus. Istoriko-dok. izd. (V 2 kn.). Kaliningrad 2002; N. N. Jakovlev: Stalin: put' naverch. Moskau 2000, R. Taker: Stalin. Put' k vlasti 1879-1929. Istorija i licnost'. Per. s angl.. Moskau 1990 und 1997; Ju. V. Emel'janov: Stalin. Put' k vlasti und Stalin. Na veršine vlasti. Moskau 2002; A. A. Gordienko: Iosif Stalin. Minsk 1998; E. Radzinskij: Stalin. Moskau 1997 und 2001.

<sup>6</sup> Siehe Kruglyj stol: Kakim byt' sovremennomu škol'nomu ucebniku po otecestvennoj istorii XX veka? In: Otecestvennaja istorija, 2002, 3, S. 3 ff.; Meinungsäußerungen von A. Kiselev und Ju Afanas'ev in Rodina, 2001, 9, S.8 ff. und A. O. Cubar'jan in Rodina, 2002, 6, S. 8 ff.

<sup>7</sup> Siehe A. N. Sacharov: O novych podchodach k istorii Rossii. In: Voprosy istorii, 2002, 8, S. 3 ff.; L. I. Semennikova: Civilizacionnyj metod – "zaplatka" dlja formacionnogo? In: Otecestvennaja istorija, 2002, 3, S. 39 f..

<sup>8</sup> Siehe V.V. Karpov, kniga 1, S. 7.

<sup>9</sup> Siehe Viktor Daševskij: Loz' dlja širokoge kruga. In: Novoe vremja, Nr. 48/ 2002, S. 34 f.

<sup>10</sup> V. V. Karpov, kniga 2, S. 521.

<sup>11</sup> Siehe Ju. V. Emel'janov: Stalin. Na veršine vlasti, S. 513 ff..

<sup>12</sup> Siehe Aleksandr Zinov'ev: Stalin – našej junosti polet. Sociologiceskaja povest'. Moskau 2002.